



KODAK GRAY SCALE



C	Red-Filter Negative	Cyan Printer	M	Green-Filter Negative	Magenta Printer	Y	Blue-Filter Negative	Yellow Printer
----------	---------------------	--------------	----------	-----------------------	-----------------	----------	----------------------	----------------

no 1 .10 .20 .30 .50 .70 M 1.00 1.30 1.60 S 1.90



black

3-color

white

cyan

violet

magenta

primary red

yellow

green



KODAK COLOR CONTROL PATCHES



These colors have been selected as representative of those inks commonly used in photomechanical reproduction.

Die
politische und staatsrechtliche
Entwicklung Deutschlands

durch den
Einfluß des deutschen Zollvereins

mit Bemerkungen
über des
Dr. Haber politische Predigten

von
A. Steinacker,
Vorsitzendem Präsidenten der braunschweigischen Ständeversammlung.

Braunschweig,
Druck und Verlag von Friedrich Vieweg und Sohn.

1844.

87

UB Braunschweig

84



2301-425-1

Die
politische und staatsrechtliche
Entwicklung Deutschlands

Die
politische und staatsrechtliche
Entwicklung Deutschlands
mit Bemerkungen
durch den
Einfluß des deutschen Zollvereins.
Von Dr. Faber politische Prediger

von
A. Strinacker,

berühmter Volkswirth der deutschen Reichs-Universität.

Brannschweig.

Druck und Verlag von Friedrich Vieweg und Sohn.

1844.

Die

politische und literarische

Entwickelung Deutschlands

von

Carl von Clausewitz

2301 - 4251

Die
politische und staatsrechtliche
Entwicklung Deutschlands

durch den

Einfluß des deutschen Zollvereins

Einleitung

I. *Einfluß des Zollvereins auf die Staatsentwicklung* 1

II. *Einfluß des Zollvereins mit Bemerkungen* 20

III. *Einfluß des Zollvereins auf die Selbstständigkeit der deutschen Staaten* 67

IV. *Einfluß des Zollvereins* **Dr. Faber politische Predigten** 84

Beschreibungen

von

A. Strinacker,
derzeitigem Präsidenten der braunschweigischen Ständerversammlung.



Braunschweig,
Druck und Verlag von Friedrich Vieweg und Sohn.
—
1844.

politische und staatsrechtliche

Entwickelung und Geschichte

von

Leopold von Ranke

mit

von

Dr. Robert von Ranke

von

Dr. Robert von Ranke

Verlag von



Verlag von

Verlag von

1811

Inhalt.

	Seite
Einleitung	1
I. Einfluß des Zollvereins auf die Einheit Deutschlands	7
II. Einfluß des Zollvereins auf den deutschen Bund	39
III. Einfluß des Zollvereins auf die Selbstständigkeit der deutschen Staaten	57
IV. Einfluß des Zollvereins auf die Volksfreiheit und die ständischen Verfassungen	84

Inhalt

Einleitung	1
I. Einfluss des Hellenismus auf die christliche Botschaft	7
II. Einfluss des Hellenismus auf die christliche Kirche	30
III. Einfluss des Hellenismus auf die christliche Theologie	51
IV. Einfluss des Hellenismus auf die christliche Kunst und die Literatur	81
Schlusswort	

Einleitung.

Unter allen äußeren Erscheinungen, welche das deutsche Völklerleben seit den Befreiungskriegen hervorgebracht hat, steht der Zollverein an Wichtigkeit ohne Frage voran. Darüber werden sogar seine Widersacher nicht zweifelhaft sein, wenngleich sie freilich jene Wichtigkeit nicht sowohl in dem Segen finden, welchen er über das Vaterland bringt, als vielmehr in den Gefahren, die sie fürchten. Auch hat die öffentliche Erörterung darüber seit einer Reihe von Jahren eine Theilnahme der verschiedensten Volksklassen und eine Ausdehnung gewonnen, wie schwerlich in irgend einer andern Frage jemals der Fall gewesen ist, selbst das Eisenbahnwesen nicht ausgenommen; und die Zollvereins-Literatur wächst noch mit jedem Tage. Man hat daher wohl nicht zu fürchten, daß irgend eine Seite derjenigen Interessen, auf deren Förderung der Zollverein gerichtet ist, oder welche er doch zunächst berührt, der öffentlichen Aufmerksamkeit entgehen und einer umfassenden Prüfung entbehren werde; wo so tief die Verhältnisse des industriellen Lebens ergriffen werden, da kann in einem gebildeten Volke und in einem vorwärts strebenden Zeitalter die allseitigste Erörterung nicht ausbleiben.

Was das deutsche Volk vom Zollverein erwartet, dessen Seele und treibende Idee, das ist die Befreiung des innern Verkehrs von allen Fesseln, welche die Territorialverschiedenheit ihm bis dahin angelegt hatte. Allein gerade mit der

weitem Ausdehnung seines Gebietes und mit der Entwicklung seiner materiellen Folgen trat allmählig noch eine andere Seite der Sache in den Vordergrund, welche wenigstens in ihrem vollständigen Zusammenhange und nach allen Hauptrichtungen hin noch wenig beleuchtet worden ist, nämlich die Frage über denjenigen Einfluß, welcher vom Zollvereine auf die Gestaltung der politischen und staatsrechtlichen Verhältnisse in Deutschland zu erwarten ist? Daß eine solche Einwirkung zum Theil schon eingetreten sei, zum Theil noch bevorstehe, sagt eine halbberufte Ahnung auch dem Kurzsichtigsten; aber wie über die Würdigung des Zollvereins in jener ersten, die materiellen Interessen betreffenden Hauptrichtung, so sind auch die Ansichten getheilt in Hinsicht auf die politische und staatsrechtliche Seite.

Zwar, wenn ich von einer „Theilung der Ansichten“ spreche, so soll das nicht in dem Sinne gelten, als ob die gebildete öffentliche Meinung in Deutschland etwa in zwei große, sich einander gleichstehende Lager zerfiel, deren eins den Zollverein in jener Beziehung für segensreich, das andere aber für verderblich hielte. Die weitaus überwiegende Mehrheit der Verständigen ist guten Muthes, wenigstens ruhig, und die Zahl der aufrichtig oder nur scheinbar Aengstlichen fällt mit der verhältnißmäßig überhaupt geringen Zahl der Gegner des Zollvereins im Ganzen zusammen. Allein auch zwischen diesen beiden entschiedenen Gegensätzen liegen noch gar viele einzelne Besorgnisse, Vermuthungen, Zweifel und Unklarheiten, welche zu erörtern eben sowohl zu den Aufgaben der Zeit gehört, als die Verfolgung materieller Zwecke, und deren Dasein allein schon genügt, um uns einsehen zu lassen, daß sie, wie der Zollverein selbst, als ein wirkendes Element in der Entwicklungsgeschichte aufgefaßt und berücksichtigt werden müssen. So wie überhaupt aus dem Streite der Gegensätze die Wahrheit hervorgeht, so wird auch hier der Widerspruch nur dazu beitragen, daß wir unsere Lage richtiger auffassen, ihre Gefahren erkennen und die Vortheile, welche sie darbietet, benutzen lernen. Und wenn

es dem Streben auch nur gelänge, jene Besorgnisse zu heben, die Vermuthungen der Gewißheit anzunähern, die Zweifel und Unklarheiten aufzuhellen, wenn man auch darauf verzichten müßte, die entschiedenen Gegner selbst zu versöhnen, so wäre doch damit schon Wesentliches für die innere Haltung, die Hoffnung und das Vertrauen derjenigen Partei gewonnen, welche nun einmal durch eigenen Willen oder durch die Gewalt der Umstände auf die eine oder andere Seite gebracht ist.

Zu den entschiedensten Widersachern des Zollvereins gehört, wenn überhaupt Heftigkeit des Angriffes, Leidenschaftlichkeit der Sprache und Wortmenge einen Maßstab dafür abgibt, auch in Beziehung auf die politische und staatsrechtliche Seite vor Allen der pseudonyme Dr. Faber in seinen politischen Dachpredigten. Er bildet den Mittelpunkt einer eigenen Doctrin, welche sich am vollständigsten in jenen Dachpredigten ausspricht, daneben aber auch in einer Menge von Zeitungsartikeln im Hamburgischen Correspondenten vertheidigt wird. Ob er wirklich der Vater einer politischen Lehre geworden, deren Jünger sich jetzt in den Zeitungen um den Lehrer gruppiren, oder ob er nur in verschiedenen Formen sein eigener Repräsentant ist, mag hier unentschieden bleiben, obgleich es für Jeden, der nur einigermaßen deutsche Schreibart zu beurtheilen und namentlich gewohnheitsmäßige Stylfehler zu erkennen versteht, nicht schwer sein wird, sich zu überzeugen, daß, wenn nicht alle, doch die meisten jener später erschienenen Zeitungsartikel, mögen sie nun aus irgend einem Punkte des hannoverschen Landes oder gar aus Dresden datirt sein, sämmtlich aus derselben Feder herrühren, welcher auch die Dachpredigten ihren Ursprung verdanken. Wir werden indeß nicht ungerecht sein, im Gegentheil dem Doctor Faber noch eine Ehre erzeigen, wenn wir ihn nach Tendenzen, Ansichten, Manieren und sittlichen Eigenschaften für den Typus und Exponenten einer Schule halten, deren Glaubensbekenntniß und politischer Charakter als ein Ganzes aufgefaßt werden kann, und wenn

wir einstweilen Alles, was in der nämlichen Richtung zur Oeffentlichkeit gelangt ist, auf seine Rechnung schreiben. Irren wir darin, so wird der Irrthum wenigstens kein wesentlicher sein, und wo außerdem der innere, geistige Zusammenhang mit dem Systeme (der Dachpredigten) nachgewiesen werden kann, da weiß man ja, wie oft überhaupt der Meister für die Consequenzen seiner Jünger haften muß.

Uebrigens ist es keine Kleinigkeit, den Doctor zu widerlegen. Zwar will ich dieß nicht so gedeutet wissen, als ob seine überwiegenden staatsrechtlichen und politischen Kenntnisse von jedem Angriffe zurückschrecken, denn er ist kaum in die Anfänge derselben eingedrungen, und hochmüthig absprechende Arroganz, mit welcher er seine Blöße zu verdecken sucht, wird einem ruhigen, ungetrübten Auge nicht leicht als wissenschaftliche Bildung erscheinen. Ebenso wenig ist es die in den Predigten herrschende Verstandesschärfe und die klare Durchsichtigkeit eines auf festen Grundlagen nach allen Seiten hin ausgearbeiteten Systemes, was eine Widerlegung schwierig machte, denn der Doctor kündigt sich als einen Empiriker an, welcher rationelle Auffassung politischer Fragen verachtet, und seine ganze Dialektik (wir werden Beweise dafür liefern) besteht allein darin, daß er, um eine eigene Behauptung zu beweisen, derselben gegenüber den crassesten Gegensatz, welchen in Schutz zu nehmen keinem Vernünftigen in den Sinn kommt, als Angriffspunkt aufstellt und dann durch dessen Widerlegung oder hochmüthige Abfertigung seine Ansicht bewahrheitet zu haben glaubt. Auch ist es nicht seine Belesenheit im Fache der publicistischen Literatur, denn der Doctor, wenn anders wir ihn für ehrlich halten sollen, kennt von unseren bessern Schriften gar nichts, sondern höchstens den Schund. Endlich ist es auch nicht die Kunst der Darstellung, welche den Angriff erschwert, denn aus der ganzen Schrift blickt ein schmutziger Schlafrock hervor, die Schreibart ist voll Trivialitäten und Gemeinheiten, nicht einmal frei von groben Fehlern, und mir ist, so oft ich in den Predigten oder einem verwandten Zeitungsartikel

gelesen habe, hinterher unwillkürlich ein Gefühl gekommen, als ob ich mir die Hände waschen müßte.

Wissenschaftliche oder sittliche Ueberlegenheit ist es daher nicht, worin der Doctor Faber seinen Hauptschutz fände, sondern es sind andere Eigenschaften, die schwerlich als schriftstellerische Vorzüge gelten können. Es ist zunächst jene dunkelhafte, übermüthige Verachtung alles Systemes, welche die eigene halbverstandene Ansicht statuirt, ohne eine Begründung für nöthig zu erachten, ohne in die entgegenstehende Ansicht ehrlich einzugehen, ohne eine Widerlegung für möglich zu halten, jenes zuversichtliche, plumpe Umherschlagen der Anfängerbildung, deren Verirrungen man bis auf die Fundamente verfolgen müßte, wenn man jeden Satz wieder auf seine richtige Stelle bringen wollte, jene zungenfertige, mit Verdächtigungen, Malicen und Schimpfworten ausgestattete Wortfülle, die sich fortwährend im eigenen Kreise dreht und sich bei Grundsätzen nicht festhalten läßt, weil sie selbst keine Grundsätze hat. Und mit dieser nach allen Seiten hin charakteristisch ausgeprägten Mittelmäßigkeit — um den mildesten Ausdruck zu wählen — stellt der Doctor sich so hoch über alle politischen und literarischen Bewegungen des Jahrhunderts, daß man glauben sollte, gerade Er sei erst nöthig gewesen, um der Welt ein Licht anzuzünden, wie er denn selbst auch an manchen Stellen es unbegreiflich findet, daß die Welt nicht schon vor ihm auf seine Weisheit gekommen sei.

Das schreibende und lesende Publicum hält im Ganzen die Dachpredigten schon für vergessen, besonders nachdem man wußte, daß dieselben nicht, wie Anfangs geglaubt wurde, die Ansichten der hannoverschen Regierung darstellten. Insofern könnte man sie als eine rasch über die Bühne gegangene Erscheinung unbedenklich der Vergangenheit überlassen, ohne ihnen durch erneuerte Aufmerksamkeit eine höhere Bedeutung zu verschaffen, als sie verdienen. Allein ihr Geist spukt noch von Zeit zu Zeit in dem Hamburgischen Correspondenten umher, und da wird es nicht unnütz sein, einmal

genau zu untersuchen, was denn eigentlich daran ist, und was Deutschland vom Zollvereine in politischer und staatsrechtlicher Hinsicht zu hoffen oder zu fürchten hat.

Die Meinung des Doctors geht im Wesentlichen dahin: Der Zollverein kann zur Einheit Deutschlands nicht führen, sondern nur einen Theil desselben unter preussische Formen bringen; diese Art von Einheit wird aber der Individualität der deutschen Volksstämme, so wie der bereits durch den deutschen Bund hergestellten und vollkommen genügenden Einheit Abbruch thun und zu einem Kampfe auf Leben und Tod zwischen dem Bunde und der Union führen. Der Zollverein gefährdet außerdem die durch den Bund garantierte Souverainetät der einzelnen deutschen Staaten, indem er sie zwingt, sich den von Preußen ausgehenden Maßregeln zu unterwerfen, und er droht durch seine unwiderstehliche Einwirkung auf das Finanz- und Steuerwesen den ständischen Verfassungen den Untergang. Wir wollen nun die Fragen nach den einzelnen Richtungen erörtern, welche diese Ansicht darbietet.

I. Einfluß des Zollvereins auf die Einheit Deutschlands.

Bevor wir Dasjenige, was wir in unserm schlichten Verstande bisher unter der Einheit des deutschen Vaterlandes uns gedacht haben, in einfachen Worten darlegen, wollen wir zunächst die Ansichten der Dachpredigten darüber hören. Der Doctor stellt sich im Eingange der zweiten Predigt selbst die Frage: Was ist deutsche Einheit? und verfährt bei deren Beantwortung (S. 264) scheinbar ganz analytisch, indem er die rein wissenschaftliche Frage: »Was ist Einheit eines Ganzen?« vorausschickt und dann die untergeordnete: »Was ist deutsche Einheit?« folgen läßt. Wir müssen indeß schon hier eine Unvollständigkeit der Erörterung rügen, indem offenbar die den Mittelsatz bildende Zwischenfrage fehlt: Was ist die Einheit eines Volkes? Der Doctor wird in dieser Rüge vielleicht eine Schulpedanterie finden, allein ich glaube, daß sie sogleich ziemlich in den Kern der Streitfrage führt. Was er nämlich unter der Einheit eines Volkes versteht, darüber kommt man überhaupt nicht recht in's Klare, indem er (S. 253 und 254) versichert: »Der Staat unserer Zeit werde nicht zusammengehalten durch Gleichheit der Volksrace«, und die »modernen Jünger sogenannter Nationalität« ohne Weiteres für »Narren« erklärt, dann aber doch wieder (S. 257) emphatisch ausruft: »Gemeinsame Sprache und schriftstellerische Werke, eine ganze Zahl von Gleichför-

migkeiten in Staat und Sitte und gemeinschaftliche Schicksalstheilung seit länger als tausend Jahren rief laut: »Die Deutschen sind Brüder, eine Familie; wir haben uns gemeinschaftlich vom Joche der Fremdherrschaft befreiet, wollen auch künftig in einem Hause bei einander wohnen und Glück und Unglück theilen.« — Ebenso beruft er sich Seite 283 auf die »natürliche Einheit Deutschlands, wie sie Abstammung und Geschichte schuf«, redet S. 285 von der »natürlichen Verknüpfung der deutschen Länder, entstehend durch alle vorhandenen Zeichen gleicher Volksthümlichkeit und Gemeinsamkeit in Charakter, Gesinnung, Gesetz und Sitte, welche dem Bundesgebäude zum Grunde liege«, und setzt überhaupt an mehreren anderen Stellen seines Buches allgemein gültige und von der Willkühr unabhängige Merkmale einer Volkseinheit voraus. Wie ist dieser Widerspruch zu erklären? Der Doctor darf seines Zweckes wegen nicht zu dem Resultate gelangen, daß Deutschland einer innigeren Vereinigung bedürfe, als welche im jetzigen Augenblicke allein in der Bundesform besteht, und er ist deshalb gezwungen, nicht das Volk, sondern eine Untergliederung desselben, den Stamm als die Grundeinheit und den nächsten Stoff der Staatenbildung wenigstens in Deutschland anzunehmen. Denn, sagt er, in Deutschland haben sich durch die Geschichte viele Länderindividualitäten ausgebildet, deren gesonderte Interessen wiederum natürliche Einheiten darstellen, und von welchen deshalb auch den Begriff des Staates bei uns ausgehen muß. Es leuchtet ein, daß ihm bei dieser Construction der Begriff einer deutschen Nationalität als Grundlage eines deutschen staatlichen Gebäudes hindernd entgegenstand, und darum wird sie Anfangs bei Seite geschoben; nachdem er indeß auf solche Weise seine »individuellen Länder« construirt hat, fühlt er recht wohl, daß das unverbundene atomistische Nebeneinanderstehen derselben ein metapolitisches Umding sein würde, und da wendet er sich unwillkürlich und so unbefangen, als ob nichts geschehen wäre, dennoch wieder zu der geschmäheten und verachteten

Nationalität, zu den »natürlichen« Einigungsmomenten des deutschen Volkes, indem die Nationalität nun doch wieder Alles zusammenhalten und der Träger der deutschen Freiheit sein soll. Ein solches Hinundherschwanken der Grundsätze und Gesichtspunkte konnte nur zu baaren Willkürlichkeiten führen, wie sie auf S. 265 der Doctor als die Resultate seiner Erörterung zusammengestellt hat. Die deutsche Einheit bezeichnet er daselbst folgendermaßen: »Die natürliche Zusammengehörigkeit werde durch äußeres Band der deutschen Länder wirksam und staatlich verbunden (beiläufig auch ein Proöbchen von der bestimmten Ausdrucksweise des Dachpredigers), als Gegensatz und Eigenes und Ganzes den nichtdeutschen Reichen gegenübergestellt und zu Schutz und Trutz gerichtet. — — Einheitliches Zusammenfassen aller deutschen Länder zu einem Ganzen, so weit die natürliche Gleichheit der Theile ihre Vereinigung in einem gemeinschaftlichen Oberfakt erlaubt; so weit äußere Selbstständigkeit und Trutz und Schutz wider das Ausland es fordert und inwiefern die vorhandenen Länderindividualitäten nicht widerstreiten.« Man sieht ein, mit solchen anscheinend sehr präcisen Allgemeinheiten ist im bestimmten einzelnen Falle gar nichts, oder vielmehr, es ist Alles damit zu machen. Der Doctor statuirt zwei obere Nothwendigkeiten, deren aber keine der andern untergeordnet sein soll, welche gleichgeltend neben einander stehen, deren eine daher immer vorgeschoben werden kann, wenn man Folgerungen aus der andern herleiten will, und deren Merkmale außerdem so sehr dem individuellen Ermessen überlassen sind, daß sich über jeden einzelnen Punkt wieder streiten läßt. Wendet man sich gegen die staatliche Zersplitterung Deutschlands und macht man auf deren Gefahren aufmerksam, so erwidert der Doctor: ich gestatte ja selbst einen äußern wirksamen Verband und ein einheitliches Zusammenfassen aller deutschen Länder zu einem Ganzen; fordert man aber nun Entwicklung dieses Grundsatzes, so sagt er: das widerspricht den vorhandenen Länderindividualitäten.

Der Fehler liegt darin, daß der Doctor überhaupt die Form der Volkseinheit als einen absoluten, für die deutschen Verhältnisse unbedingt geltenden Begriff darzustellen sucht, während er doch auch hier nur ein relativer sein kann. Die Einheit eines Volkes ist überhaupt die selbstständige Erscheinung seiner Persönlichkeit im Weltleben und an sich von den Formen, in welchen sich diese Persönlichkeit ausgeprägt und entwickelt hat, völlig unabhängig. Die Persönlichkeit setzt aber, wie beim Individuum, so auch beim Volke ein Bewußtsein voraus, und dieses ist nicht eine Folge der Formen seines staatlichen Gesamtlebens, sondern es bestimmt und fordert dieselben. Die äußere Einheit eines Volkes kann man daher als die Uebereinstimmung dieser Formen mit den Forderungen seines allgemeinen Volksbewußtseins bezeichnen. Hieraus ergibt sich, daß die Bedingungen der Einheit keineswegs für alle Zeiten dieselben sind, sondern daß sie je nach den herrschenden Ansichten sich verändern und wechseln. Zwischen der streng demokratischen und despotischen Durchführung eines Gleichheitsprincipes, zwischen der Zusammenwerfung aller Staatsangehörigen in eine Heerde unter einer alleinschaltenden Macht, möge diese nun monarchisch oder demokratisch sein, als dem einen Endpunkte, und dem nur lose zusammenhängenden Provinzialismus, als dem andern, liegt eine Menge von Mittelstufen in der äußern Form des Volkslebens, welche aber nur insofern und so lange den naturgemäßen Zustand darstellen, als sie der Ansicht des Zeitalters entsprechen. So kann diese Ansicht in einem Jahrhunderte den Partikularismus begünstigen, dessen Schädlichkeit sie im folgenden erkennt, sie kann bald nach Individualisirung, bald nach Vereinigung drängen, bald die Bundesform, bald die volle Einheit des Staates mit oder ohne Provinzialismus fordern. Wenn ein Volk in den Formen seiner äußern politischen Erscheinung sich seiner Kraft und Unabhängigkeit bewußt ist, so ist es als Volk genügend vereinigt, und es kommt nicht weiter darauf an, wie jene Formen beschaffen sind; allein

wie es an allem vernünftigen Grunde fehlen würde, noch etwas Weiteres in diesem Falle zur Einheit zu fordern, so würde es im entgegengesetzten Falle auch vollkommen willkürlich und widersinnig sein, von einer schon vorhandenen Einheit da zu sprechen, wo das Volksbewußtsein dieselbe noch nicht anerkennt, weil eben dieses Bewußtsein den Maßstab von Dem an die Hand giebt, was der äußern Erscheinung fehlt.

Die Frage wird daher in jedem Falle eine rein praktische, und ihre Beantwortung ist nur aus dem Geiste des Zeitalters zu erkennen. Fragen wir aber die Geschichte, so weist diese in Deutschland unverkennbar und mit sehr ernsten Thatfachen auf eine Richtung des Zeitgeistes nach Zerstörung des Partikularismus hin; die wenigen Jahre vom Reichsdeputationshauptschlusse bis zum Ende des Wiener Congresses geben hinlängliches Zeugniß ihrer unwiderstehlichen Bestimmtheit, gleichwie aber auch die Auffassung des treibenden Grundgedankens in der ganzen neuern Geschichte die innere Nothwendigkeit einer solchen Erscheinung begreiflich macht. Jener Partikularismus war aus den Formenbildungen des Feudalsystems und aus dem Corporationswesen des Mittelalters hervorgegangen, gegen Beides richtete sich der Gedanke der neuern Geschichte, und da mußten die alten Formen wohl untergehen. Die Selbstständigkeit, welche das Feudalsystem mit seinen vielen Verzweigungen im Staate voraussetzte, machte eben das Bestehen des Staates unmöglich und hatte allmählig dessen Fugen auseinander getrieben; aber nur bis zum Ende des vorigen Jahrhunderts wirkte die Centrifugalkraft dieser widernatürlichen Bewegung, und wie in der Geschichte immer der Wirkung die Gegenwirkung folgt, so drängte von jenem Zeitpunkte an der Geist der deutschen Geschichte in allen Kreisen, in allen Beziehungen und Verhältnissen, in allen Adern des Völkerlebens auf eine Wiedervereinigung der zersplitterten und zerstäubten Elemente des Staatsganzen. Man würde nur auf einer niedern Stufe der Auffassung bleiben, wenn man diesen Gedanken der Zeit etwa in einer einzelnen Erscheinung wahrnehmen und dar-

aus beweisen, so wie, wenn man nur diese daraus erklären wollte; er war die Seele, welche in den Mediatisirungen dieses Jahrhunderts wirkte, er hat die Franzosen vertrieben, er hat im Staate selbst die Mittelbarkeit des Lehnssystems gesprengt, die gutherrlichen Lasten ablösbar gemacht und den Landmann in ein directes Verhältniß zum Staate gebracht, er hat die Bannrechte, die Privilegien der Zünfte aufgehoben, die alten morschen Corporationsverfassungen gestürzt und aus deren Trümmern den geläuterten Begriff einer vernünftigen Staatsgewalt emporgehoben. Er aber hat auch im deutschen Volke die Sehnsucht nach größerer Einheit hervorgerufen, und er wird noch längere Zeit hindurch die Schicksale des Vaterlandes bestimmen.

Wenn ein solcher Gedanke in der Geschichte wirkt, so ist es gewiß sehr schwer, von vorn herein den Zeitpunkt zu bestimmen, wo er an seinem Ziele angekommen sein und entweder der Ruhe oder auch der entgegengesetzten Bewegung weichen wird. Der Doctor Faber meint, dieß sei in der Stiftung des deutschen Bundes geschehen, wobei es freilich kaum zu erklären sein würde, daß ja auch seit jener Zeit — der Doctor Faber liefert selbst die Beweise dazu — auf mehr als eine Weise der Wunsch einer innigern Vereinigung sich im deutschen Volke ausgesprochen hat. Wir brauchen dem Doctor nicht in seinen zornsprühenden Feldzügen gegen die Idee der Wiederherstellung einer deutschen Gesamtmonarchie oder einer deutschen Republik zu folgen, da von Beiden, so viel wir wissen, in diesem Augenblicke nicht die Rede ist. Darauf aber müssen wir aufmerksam machen, daß er hier — was schon oben als seine Dialektik bezeichnet wurde — Alles, was seiner Neigung und seinem Zwecke nicht entspricht, ohne weitere Auswahl und Sonderung, ohne Anerkennung milderer Formen mit der unglaublichsten Zuversicht unter die Kategorie eines gehässigen Extremes bringt und dann in ganz unnöthiges Schimpfen mit Tollheit, Träumerei, Brauselöpsen u. s. w. geräth. Alles, was über sein Maß hinausgeht, ist ihm der Tod provinzieller Eigenthümlichkeiten

in Deutschland, ist »radicale« Einheit, ist französische Centralisation, ist der unwiderrufliche Schritt zur Revolution und zum Despotismus. Er setzt auseinander, wie schlimm die Uebertreibung des centralisirenden Princip's in Frankreich gewirkt hat — woran, beiläufig gesagt, wenig vernünftige Menschen zweifeln —, und dieser Beweis genügt ihm, um zu zeigen, daß überhaupt keine nähere Vereinigung der deutschen Volkselemente, als die jetzige durch den Bund, aufgefunden werden könne. Er preist die segensreichen Wirkungen der deutschen Stammeigenthümlichkeiten und folgert daraus, daß alle Unterschiede sogleich aufhören würden, wenn die Deutschen in den Formen des öffentlichen Lebens einander etwas mehr genähert werden sollten. Er erinnert an die verühtigten und halbmythischen Revolutionsversuche früherer Jahre, welche die Einzelstaaten in Deutschland gewaltsam zu zertrümmern dachten, und bringt damit jedes weitere Streben nach deutscher Einheit in eine verdächtige Verwandtschaft.

Die eine Thatsache indeß, daß nichtsdestoweniger ein solches Streben besteht, daß es wie ein gemeinschaftlicher Athemzug die Regungen aller deutschen Volksstämme belebt, die Thatsache kann auch der Doctor nicht wegleugnen, und darin finden wir nach unserer Ansicht den Beweis, daß auch die wahre Form für die Einheit des Vaterlandes noch nicht gefunden ist. Ohne gerade in die enthusiastische Verehrung des Doctors einzustimmen, können wir den Verdiensten der Bundesverfassung ihr volles Recht widerfahren lassen, allein wenn sie auch nach ihrem festgehaltenen Zwecke vollkommen zu nennen wäre, so würde doch daraus nicht folgen, daß nicht daneben noch andere Zwecke durch Gemeinschaftlichkeit erreicht werden könnten. Wenn man den Abschnitt in den Predigten: »Einheit des gemeinsamen Vaterlandes im deutschen Bunde« liest, so sollte man meinen, der Bund sei als die vollkommenste Gestaltung Deutschlands aus einem allgemein und klar anerkannten Grundprincipe hervorgegangen und so in sich und

seinem Zwecke gemäß abgeschlossen, daß jede Erweiterung seines Wesens als ein Frevel erscheinen müsse, während man doch weiß, daß die Bundesacte bei dem unerwarteten Wiedererscheinen Napoleons auf dem festen Lande nur im Drange der Umstände und in größter Eile zu Stande gekommen ist, und daß selbst die einsichtsvollsten Staatsmänner jener Zeit sie nur als ein Werk der Eile anerkannten und bezeichneten. So nennt der Freiherr v. Sagern in einem Schreiben an den Fürsten Metternich (Mein Antheil an der Politik, Bd. 3, S. 233) den damaligen Zustand „ein sehr ungleiches Bündniß, nicht eben durch die ausdrückliche Nothwendigkeit erzeugt, und also von mehr wie einer Regierung kalt aufgenommen, von der Nation im Ganzen aber sehr festgehalten“, — natürlich, eben wegen des Dranges nach Einheit, welcher auch das Unvollständige nicht verschmähen durfte, während er das Vollkommnere nicht erreichen konnte. Und an einer andern Stelle (Bd. 3, S. 19) sagt derselbe Staatsmann, welchen doch der Doctor schwerlich zu den Träumern, den modernen Philosophen, den Radicals oder irgend einer andern Abtheilung seiner Gegner rechnen wird: „Wollte unsere Nationalität nicht ein zuverlässigeres, freundlicheres, brüderlicheres, auf Recht gestütztes Zusammensein? Was war, was ist davon die Folge? Daß einst das Bündniß zu Versailles stärker war, als aller deutscher Verband. Daß ich mich seit dem Wiener Congress täglich mit Besorgniß fragen muß, ob nicht zwischen Berlin und Petersburg *) ein engeres Einverständniß sei, als zwischen deutschen Höfen selbst! Daß man Dinge zu Aachen erledigt hat, die man zu Frankfurt hätte erledigen sollen! Daß man hernach auf anderen Congressen über Dinge deliberirte, Beschlüsse faßte, deren man sich hernach selbst so schämte, daß sie kaum für die Nachwelt offenkundig sein werden.“

*) Geschrieben 1830. Vierzehn Jahre später hätte v. Sagern an die Stelle von Berlin und Petersburg vielleicht Hannover und London gesetzt.

Wir wollen indeß bei diesen allgemeinen Betrachtungen, die allerdings immer nur den Werth von Autoritäten haben können, nicht stehen bleiben, sondern etwas näher auf die Ansicht des Doctors eingehen. Als den Zweck des Bundes bezeichnet er (S. 269) die »Vereinigung der deutschen Staaten zu einem Ganzen bei Selbstständigkeit der souverainen Länder.« Ich gestehe, daß ich mit dieser Zweckbestimmung keinen klaren Begriff verbinden kann. Ueber den Ausdruck »souverain« wollen wir dabei gar nicht einmal streiten, da man weiß, daß er unzählige verschiedene Bedeutungen hat, daß in der Regel der Zweite etwas Anderes darunter versteht, als der Erste, und daß er in unserer staatsrechtlichen Kunstsprache durchaus überflüssig, vielmehr eben seiner Vieldeutigkeit wegen nur schädlich ist. Allein der Ausdruck »Selbstständigkeit« läßt sich festhalten, denn er bezeichnet unbestreitbar denjenigen Zustand, bei welchem ein Staat in seinem eigenen Wesen und in seinen Kräften die zureichenden Gründe und Bedingungen seines gesicherten Bestehens findet und also auch von daher allein die Impulse für seine Handlungen nimmt. Ist nun aber ein Staat in solcher Weise selbstständig, so kann er nicht wieder Theil eines Ganzen sein, weil er im letzten Falle nicht für sich allein, sondern eben nur in Beziehung auf das Ganze existiren und seine Thätigkeit nicht aus sich allein, sondern auch aus dem Verhältnisse zum Ganzen und nach den von daher erhaltenen Einwirkungen bestimmen würde.

Ich schließe mich vollkommen des Doctors Wunsche (S. 268) an, »daß gar keine Zweckbestimmung in die Grundgesetze des deutschen Bundes aufgenommen sein möchte, da Ziel und Richtung des deutschen Vereins am besten aus seinen aufgestellten Grundsätzen und Einrichtungen erhellen.« Es geschieht gar leicht, daß man bei der Fassung diplomatischer Actenstücke zu Worten genöthigt wird, welchen man eine strenge Geltung gar nicht gestatten darf, und daß hinterher Andere sich an diese Worte klammern und aus ihnen ein Ding zufluchen, von welchem man sich im Anfange

nichts hat träumen lassen. So ist es namentlich dem Doctor gegangen, der bei dem Artikel 2 der Bundesacte und Artikel 1 der Wiener Schlusssacte stehen bleibt, aber ganz und gar unberücksichtigt läßt, daß beide Grundgesetze, wie deren Einzelheiten völlig außer Zweifel stellen, weit entfernt gewesen sind, eine völlige Unabhängigkeit und Selbstständigkeit der souverainen deutschen Staaten im Bunde sich auch nur als möglich zu denken, weil ja sonst gar keine Einwirkung der Bundesgewalt auf die inneren Verhältnisse der einzelnen Staaten denkbar wäre. In welchem bedeutendem Grade das lehte aber dennoch der Fall ist, darüber belehrt ein flüchtiger Blick auf die Bundesacte; wir werden auch späterhin nochmals auf diese Frage zurückkommen müssen.

Gleichwohl ist es richtig, daß die Unverträglichkeit der beiden Voraussetzungen: Vereinigung Deutschlands zu einem Ganzen und Selbstständigkeit der einzelnen Bundesstaaten, bis in die neuesten Zeiten ihre Vertheidiger gefunden hat, und man kann sagen, daß der Streit darüber den rothen Faden bildet, welcher sich durch die ganze politische Geschichte Deutschlands in den letzten Jahrzehnten zieht. Je nach Gelegenheit und Veranlassung hat man bald auf die Einheit des Bundes hingewiesen, um aus dieser dessen Beruf zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten einzelner Bundesstaaten abzuleiten, bald aber wieder die Selbstständigkeit der Bundesstaaten vorgeschützt, wenn es wünschenswerth war, solche Einmischung zu verhüten. Die Gründe, welche diesen Wechsel der Stellung und der Auffassung veranlaßten, brauchen hier nicht erörtert zu werden; gewiß ist aber, daß, wenn man eine Selbstständigkeit der Staaten im Sinne des Doctors Faber will, man kein Ganzes schaffen kann, und eben so gewiß ist ferner, daß die allgemeine Ansicht des deutschen Volkes die durch den Bund geschaffene Einheit noch nicht für genügend hält.

Freilich, der Doctor construirt Alles ganz behende und geläufig nach seiner Weise. Er weis't (S. 275 u. f.) nach, daß zur Herstellung einer Bundesgewalt die einzelnen deut-

schen Staaten nichts hergegeben hätten, als solche Bestandtheile ihrer eigenen Gewalt, von denen sie doch eigentlichen Gebrauch zu machen nicht im Stande gewesen wären, also unnütze Abfälle der Souverainetät, durch deren Verlust sie in ihrer Selbstständigkeit nicht beeinträchtigt seien. Diese Abfälle in ihrer Wiedervereinigung durch die Bundesverfassung bildeten aber ein genügendes Einheitsband nach innen wie nach außen. Hiergegen läßt sich zunächst Folgendes einwerfen. Oestreich und Preußen haben auch vor der Entstehung des Bundes gezeigt, daß sie eine europäische Selbstständigkeit in Anspruch nehmen und namentlich z. B. das Recht des Kriegs und Friedens nicht für ein Attribut halten, von welchem sie ihrer Schwäche wegen keinen Gebrauch machen könnten. Wenn sie also in den Bund traten und diesem das Recht über Krieg und Frieden überließen, so verzichteten sie den Worten der Bundesacte zufolge auf eine Befugniß, welche in ihrer Lage keineswegs auch für sich allein als unnütz und unbrauchbar gelten konnte. Bei Oestreich und Preußen trifft also die Annahme nicht zu. Bei den mittleren und kleineren Staaten mag sie gegründet sein; allein nun entsteht die sonderbare Frage, wie denn der Doctor ein solches Verhältniß mit der von ihm als A und D geforderten Unabhängigkeit der einzelnen Staaten reimen will? Denn wenn ein Staat nicht einmal für sich allein darüber entscheiden kann, ob er sich gegen die Macht eines andern Staates vertheidigen soll, so kann man doch vernünftiger Weise nicht behaupten, daß er der Sache nach selbstständig und unabhängig sei. Was also an Bundesgewalt in Betreff der Bestimmung über Krieg und Frieden erschaffen sein mag, besteht zum bei weitem größten Theile aus den Einlagen, welche Oestreich und Preußen gemacht haben, und diese beiden Großstaaten werden dafür, wenn die Frage einmal zur Entscheidung kommen sollte, auch bedeutend größere Actien in Anspruch nehmen und nach der Natur der Dinge bewilligt erhalten, als irgend einer der kleinern Bundesstaaten. — Das Nämliche, was hier bei-

spielsweise nur von dem Rechte über Krieg und Frieden gesagt ist, gilt ebenso vollständig von den übrigen Elementen der staatlichen Selbstständigkeit, aus denen die Bundesgewalt zusammengesetzt ist, von der Entscheidung von Streitigkeiten zwischen Bundesgliedern, von der Einmischung in die Angelegenheiten anderer Staaten und von der Durchführung allgemeiner Bundesmaßregeln. Wir sehen also, daß die Voraussetzung des Doctors auf einer Unwahrheit beruht; sein Satz, daß zu der Bundesgewalt kein erhebliches Element der Selbstständigkeit hergegeben sei, ist zur Hälfte falsch, und zur andern Hälfte, wo er wahr ist, spricht er gerade gegen ihn. Das Richtige ist, daß die überwiegende Mehrzahl der deutschen Staaten niemals eine volle, völkerrechtliche Selbstständigkeit gehabt und dieselbe natürlich auch durch den Eintritt in den Bund nicht erhalten hat, daß wir also mit der Annahme einer solchen eine Unnatürlichkeit, eine Täuschung, eine Unmöglichkeit zum Bundeszwecke machen würden. Wollen wir eine bundesmäßige Vereinigung Deutschlands, so müssen wir auf die volle Unabhängigkeit der Bundesstaaten verzichten, und umgekehrt. Eigentlich gibt der Doctor Faber das auch zu, denn gerade, wo er von jenen entbehrlichen Eigenschaften der Selbstständigkeit spricht, fügt er beschränkend hinzu, daß man diese bei den deutschen Staaten gerade nicht im strengsten Sinne nehmen dürfe; und so kommt er also bei der Ausführung nur auf eine verhältnißmäßige Unabhängigkeit, was nicht mehr sagt, als: die deutschen Staaten müssen in ihrer Vereinigung bis zu einem gewissen Punkte selbstständig bleiben. Damit wird nun aber die ganze Aufgabe anders gestellt; sie besteht nicht mehr darin, ein einfaches Princip, mit welchem der Doctor bisher Alles aus dem Felde geschlagen hat, schlußgerecht durchzuführen, sondern vielmehr darin, jenen „gewissen Punkt“ aufzufinden, bis zu welchem man ihm Geltung gestatten kann; und damit gelangen wir von dem Wege der innern Nothwendigkeit, welche die Folge eines aufgestellten Grundsatzes ist, auf das Feld der politischen Erwägungen.

Wir können des Doctors Bundeszweck: Vereinigung der deutschen Staaten zu einem Ganzen bei Selbstständigkeit der Bundesstaaten, nicht ferner gelten lassen, weil wir wissen, daß die volle Selbstständigkeit im Bunde wie außerhalb desselben eine Unmöglichkeit ist, und wenn wir diesen sogenannten Bundeszweck von seiner Ausführung abstreifen, so ist ihr der Lebensnerv genommen. Von allen seinen hochtrabenden und hochmüthigen Raisonnements bleibt dann weiter nichts übrig, als die höchst triviale Behauptung, daß die deutschen Bundesstaaten gerade so viel Selbstständigkeit haben und behalten müssen, als ihnen die bisherige Entwicklung der Bundesverfassung der Form nach gestattet, oder mit anderen Worten: die Vertheidigung des nackten status quo durch eine Reihe von Trugschlüssen. Darum hat der Doctor auch ganz Recht, wenn er sich bei jeder Gelegenheit gegen die Versuche Anderer sträubt, die Interessen und Verhältnisse mit dem Lichte der Wissenschaft und der Erkenntniß zu beleuchten, weil freilich seine Theorie eine wissenschaftliche Prüfung am wenigsten ertragen kann; darum darf man sich nicht wundern über die vielen unwürdigen Kraftausdrücke, die ihm für Demonstration gelten, und mit welchen er im Gefühle seiner Unfehlbarkeit ein wahres Kartätschenfeuer gegen Alle unterhält, die es wagen möchten, anderer Meinung zu sein.

Der Doctor scheint indeß selbst gefühlt zu haben, daß seine ganze Beweisführung, insoweit sie aus dem angeblichen Bundeszwecke hergeleitet ist, doch im Ganzen auf ziemlich schwachen Füßen steht, und er kommt derselben daher noch auf andere Weise zu Hülfe.

Die jetzige Lage der Dinge, sagt er, ist nicht nur dem Bundeszwecke entsprechend, sondern sie ist auch überhaupt die beste, ja die allein mögliche. Die Verschiedenheit der deutschen Volksstämme fordert ein getrenntes Sonderleben derselben, und deswegen darf die Vereinigung nicht weiter gehen, als bis zu der jetzigen Entwicklung des Bundes. Wir haben den logischen Fehler, welcher in dieser Argumen-

tation liegt, und welcher darin besteht, daß er jede weitere Annäherung der getrennten Interessen zwischen den deutschen Bundesstaaten für eine Aufhebung der Stammverschiedenheiten hält, schon oben gerügt, und wollen hier nur noch hinzufügen, daß ja am Ende auch die Bundesform selbst in ihrer bisherigen Entwicklung und noch mehr nach ihren bis jetzt unausgeführten gesetzlichen Grundlagen schon eine Vereinigung der deutschen Volksstämme, also bis zu einem gewissen Grade ebenfalls eine Aufhebung der Unterschiede zur Folge hat. Es wird indeß jetzt an der Zeit sein, den kritischen Weg auf einige Zeit zu verlassen und auf dem constructivenden selbst darzustellen, was von der provinziellen Stammverschiedenheit des deutschen Volkes zu halten ist, und in welchem Verhältnisse dieselbe zum Begriffe der Einheit steht.

Daß ein Volk von vierzig Millionen nicht als eine einzige große, aus lauter gleichen Einzelwesen bestehende Herde aufgefaßt werden kann, daß vielmehr bei den Formen seiner äußern Erscheinung die Schattirungen, welche die Eigenthümlichkeit der Stämme ihm aufgedrückt hat, berücksichtigt werden müssen, das wird kein verständiger Mensch bezweifeln. Wäre Deutschland auch ein Reich, so würden jene Verschiedenheiten dennoch als Provinzialismen hervortreten und in seinem Verfassungswesen eine eigene Stelle in Anspruch nehmen. Ebenso gut, wie der Doctor Faber, habe auch ich schon früher *) die Schädlichkeit eines Systemes gezeigt, welches im Staate nur Atome, aber keine näheren Beziehungen und Verhältnisse unter einzelnen größeren oder kleineren Gruppen seiner Bestandtheile anerkennt und allerdings gerade im heutigen Frankreich seinen schärfsten Ausdruck gefunden hat. In welchem Maße aber solche Verschiedenheiten größerer und kleinerer Abtheilungen im Volke berücksichtigt werden müssen, darüber lassen sich keine allge-

*) Staatslexicon Bd. 13, S. 262 u. f. in dem Artikel: Provinzialstände, Landrath, Departementalrath.

meine Regeln geben, indem jene Abtheilungen ebenfalls kein Werk der Willkür, der bloßen positiven Einsetzung sind, sondern aus dem Bewußtsein der einzelnen Theile des Volkes selbst, wie die nationale Erscheinung aus dem Bewußtsein des Ganzen hervorgehen und davon getragen werden müssen. So kann ein großer Staat in Provinzen, die Bundesform in einzelne Staaten zerfallen, und hier wie dort können noch weitere Unterabtheilungen eintreten; es kann ferner die Organisation und die freie Selbstbewegung der einzelnen Abtheilungen bald eine ausgedehntere und bald eine unvollkommnere, beschränktere sein, je nachdem die Zahl der Sonderinteressen eine größere oder kleinere, ihre Bedeutung eine höhere oder geringere ist und je nachdem die Auffassungsweise des Volkes — die ja auch zu dessen Eigenthümlichkeiten gehört — sich mehr dem Gemeinschaftlichen oder dem Besondern zuwendet. Nur der eine Grundsatz steht für alle Verfassungsformen unabänderlich fest, daß, je ausgebildeter die Theile sind, desto kräftiger, lebendiger und inniger das Band sein muß, welches sie zu einem Ganzen vereinigen soll, wenn man nicht fürchten will, daß das Allgemeine und Gemeinschaftliche in dem Besondern untergehe.

In wiefern nun dieser Rücksicht durch die jetzige Entwicklung der Bundesverfassung genügt sei, darüber ist schon zu viel gesiritten und gesprochen, als daß hier nicht einige allgemeinere Bemerkungen genügen dürften. Herr v. Bülow-Cummerow sagt irgendwo mit vollem Rechte, daß der Regel nach jede Bundesform um so schwächer zu werden pflege, je älter sie werde; wir wollen aber noch auf einen andern Umstand aufmerksam machen, welcher die ernstlichste Erwägung fordert. Die Zahl größerer Bundesverhältnisse ist in der Geschichte überhaupt nicht sehr groß; von einem auf ewige Zeiten und mit staatsrechtlichem Charakter unter Monarchien geschlossenen Vereine bietet indeß der deutsche Bund das erste Beispiel dar. Wir wollen hoffen, daß der Versuch gelingt, wir dürfen uns aber nicht verhehlen, daß er ein durchaus neuer ist, und daß er noch keine Ge-

legenheit gehabt hat, sich in der Stunde der Gefahr zu bewähren. Die Natur der Monarchie widerstrebt einigermaßen der Unterordnung unter ein Bundesverhältniß und einer von da ausgehenden Oberleitung gemeinschaftlicher Interessen. Man hat dem deutschen Bunde vorgeworfen, daß seine bisherige Thätigkeit größtentheils eine negative gewesen sei, und nicht ohne Grund, obgleich der Vorwurf gewiß mehr die Sache, das Verhältniß, als die Personen trifft. Die Stifter der Bundesacte sahen es recht wohl ein, daß mit einer bloßen hohlen, auf formellen Bestimmungen beruhenden und nur auf Eventualitäten berechneten Gemeinschaftlichkeit, wie sie jetzt ihr blinder Lobredner, der Doctor Faber, für genügend hält, für die nothwendige Einheit, Sicherheit und Würde des Vaterlandes noch wenig oder nichts erreicht sei. Sollte Deutschland aus selbstständigen Monarchien in dem Sinne bestehen, daß sie nicht der Oberherrlichkeit eines gemeinschaftlichen Hauptes unterworfen blieben, sollte also die Bundesgewalt nur aus der Summe der zusammengelegten Fürstengewalt gebildet werden, so war es nöthig, durch Gemeinschaftlichkeit der Interessen ein geistiges Band zu schaffen, welches von Heerd zu Heerd, von Herz zu Herzen ging und durch den in den Verhältnissen des täglichen Lebens sich kundgebenden Begriff eines allgemeinen Bundesbürgerthums auch die Volksstämme aneinander schloß. Daß dazu das Recht über Krieg und Frieden, dessen man sich nach einem dreißigjährigen Frieden kaum erinnert, die richterliche Entscheidung in Streitigkeiten zwischen Bundesstaaten, die ja Gottlob ziemlich selten sind und noch seltener ein allgemeineres Interesse haben, die Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines Bundesstaates, und was der Doctor Faber noch dahin rechnen mag, daß alle diese Attribute nicht ausreichen, um eine geistige Verbrüderung unter dem deutschen Volke herzustellen, darüber ist man schon im ersten Augenblicke nicht zweifelhaft gewesen, und die Bundesacte nahm daher noch mehrere Bestimmungen auf, welche auf verschiedenen Wegen den Zweck verfolgten,

eine Gemeinschaftlichkeit des Rechtszustandes — bis auf einen gewissen Punkt — und Freiheit des Verkehrs im Bereiche des ganzen Bundes herzustellen. Zu den Bestimmungen der ersten Art gehören hauptsächlich die Artikel 12 (Oberappellationsgerichte), 13 (landständische Verfassungen), 16 (Religionsverschiedenheit) und 18 (Grundlagen eines Bundesbürgerrechts); zu denen der zweiten Art vor Allem der Artikel 19 über die zu gewährende Freiheit des Verkehrs und der Schifffahrt. Die Erfahrung hat gezeigt, daß von diesen Verheißungen noch gar Vieles unerfüllt geblieben ist; ein unbefangener Blick kann aber kaum zweifelhaft darüber lassen, daß hauptsächlich in dem Bundesverhältnisse unter monarchischen Staaten die Hindernisse lagen und auch ferner liegen werden. Besonders gilt dies von den Verkehrsverhältnissen, welche in der Regel um so mehr in einem engen Kreise und um so weniger von einem höhern vaterländischen Gesichtspunkte in einem einzelnen Staate aufgefaßt zu werden pflegen, je stärker hier der Glaube an eine vermeintliche Selbstständigkeit herrscht, und je länger der Separatismus sich daran gewöhnt hat, das eigene Interesse sich von dem allgemeinen getrennt, ja wohl gar demselben entgegengesetzt zu denken, nach außen aber mit Mißtrauen zu sehen und jede Annäherung für ein Opfer zu halten.

Aber freilich, wir könnten dem Doctor hier Unrecht thun, er selbst berührt ja die Sache, und wir wollen ihm nicht den Vorwurf einräumen, seine Worte übersehen zu haben. Auch er fühlt, daß die bloße Verweisung des deutschen Einheitsstrebens auf die Bundesform ihr Mißliches hat, und sagt (S. 285) in dieser Hinsicht: »Offen gesprochen, zeigte das Bundesgebäude keine andere Klammern und Zusammenfügungen, als jene äußerlichen Verträge und gesetzlichen Sanctionen, — wir thaten Recht daran, es für ein Werk menschlicher Willkühr zu erklären, das gleiche Willkühr auch wieder aufzuheben vermöchte, und würden um Alles in der Welt sein Verbleiben nicht verbürgen, vielleicht nicht einmal als

sehnlichen Wunsch hegen« (d. h. sehnlich wünschen). Nun kommt er auf die »natürlichen, unumgänglichen Bedürfnisse Deutschlands und laut sprechenden Interessen seiner Länder«, durch welche die Staaten »aneinander geschmiedet und unauslösbar im Bunde versflochten« werden, und hier hebt er dann hervor: die Nationalität, die Anziehungskraft der beiden Großmächte und die Rücksichten, welche sowohl die größeren, als die kleineren Bundesstaaten haben, sich einander nicht zu verlassen, sondern sich gegenseitig zu schützen. — Wenn die Nationalität zur politischen Einheit genügte, so könnten wir auch den Elsaß zu Deutschland rechnen. Die Nationalität ist freilich Dasjenige, was den Charakter eines Volkes ausmacht, allein zum Begriffe des Staates gehört außerdem vor allen Dingen, daß jener Charakter und die dadurch ausgesprochene Idee der Einheit auch eine politische Form erhalte und in dieser eine äußere Anerkennung finde. So sprechen wir noch von Polen, während wir im staatlichen Sinne nur noch von Russen, Preußen und Oestreichern sprechen könnten, so finden wir Deutsche in der Schweiz, im Elsaß, in den russischen Ostseeprovinzen, während Deutschlands politische Gränzen nicht so weit reichen. Die Nationalität ist allerdings dasjenige Element, welches die politische Einheit eines Volkes begründet, aber sie ist noch bei weitem nicht diese selbst, sie ruft nur das Bewußtsein hervor, welches dann aber nicht in stiller Selbstschauung sich schon allein genügt, sondern auf äußere Geltendmachung im Leben bringt. Es ist recht gut, wenn man an die Nationalgleichheit erinnert, aber sie ist mehr, als eine bloße Farbe auf der Landkarte, sie ist eine Sehnsucht, die Befriedigung fordert und sich nicht mit unvollkommenen Formen abfinden läßt.

Daß ferner die Anziehungskraft präponderirender Staaten in einem Bundesverhältnisse für dessen Bestand von großer Wichtigkeit ist, wollen wir dem Doctor gern zugeben und nachsichtig genug sein, ihm nicht einmal den Einwurf zu machen, daß, während er hier selbst Preußen die Aufgabe

ertheilt, im Norden Deutschlands die mindermächtigen Staaten durch seinen Einfluß zusammenzuhalten, er sonst in seinem ganzen Buche nur die Tendenz verfolgt, Preußen zu verdächtigen und ganz ausdrücklich und mit den unzweifelhaftesten Zeichen der Billigung (z. B. S. 28) hervorhebt, daß Hannover den Thatfachen nach der Gegensatz von Preußen, gewissermaßen dessen handelnder Widersacher sei. Aus dieser thatsächlichen Opposition erklärt er Hannovers Widerstand gegen Preußens Zollsystem, erklärt er ferner die Stiftung des mitteldeutschen Vereins, welchen er (S. 29) ausdrücklich bezeichnet »als ein Separatbündniß mittlerer Fürsten mit einem Mittelpunkte in Hannover (!), welches einen politischen Gegensatz zu Preußen enthält und unter Umständen ihn zeigen könnte.« Diese verdächtige Drohung klingt freilich nicht wie eine Unterordnung unter die Anziehungskraft der norddeutschen Großmacht, durch welche ja Deutschlands Einheit verbürgt sein soll, allein ich will den Doctor nicht weiter mit seinen eigenen Widersprüchen in die Enge treiben, sondern auf die Sache selbst eingehen. Mit jener Anziehungskraft hat es allerdings seine Richtigkeit, nur tritt in Deutschland der bedenkliche Umstand ein, daß dieselbe nicht von einer, sondern von zwei Großmächten, also nach verschiedenen Seiten hin geübt wird, und da entsteht nun die intrikate Frage: durch welche Anziehungskraft denn nun diese beiden Großmächte zusammengehalten werden? Und mit dieser Frage fällt die ganze Argumentation über den Haufen.

Noch weniger ist aber endlich auf die Rücksichten zu geben, welche die mittleren und kleineren deutschen Staaten ihrer eigenen Selbsterhaltung wegen auf die Einheit und Erhaltung Deutschlands zu nehmen haben. Dieselben Rücksichten bestanden im Wesentlichen auch vor dem dreißigjährigen wie vor dem siebenjährigen Kriege, und sie erhielten doch das Reich nicht beisammen. Der Doctor predigt ja daneben (S. 192) schon jetzt »Rücksichten gegen das mächtige Ausland«, schon jetzt im Frieden, was würde er erst

thun, wenn es zum Kriege kommen und etwa das gefeierte England uns gegenüber stehen sollte! Hannover soll ja schon jetzt eine »politische Opposition« gegen Preußen führen, soll dieselbe »unter Umständen« (etwa bei einem Zerwürfniß Preußens mit England?) durch die That auch zeigen; welche Rücksichten sollen denn nun höher stehen, die gegen das Ausland oder die auf die eigene Rettung durch deutsche Einheit? Und was ist denn das für eine Einheit, die immer schöne Worte im Munde führt, aber fortwährend augendienerisch nach dem Auslande schießt und jede Stunde zum Verrathe bereit ist?

So recht geheuer scheint es dem Doctor freilich bei allen seinen Lobgesängen auf die jetzige politische Verfassung dennoch nicht zu sein, denn er bekennet an einer andern Stelle (S. 307) ganz offen: »Mißtrauen wider den Bund besteht schon lange und wirkt gemeinschädlich«, und ebenso später (S. 324): »Mißtrauen wider den Bund ist eine seiner schwächsten Seiten.« Er fordert deshalb selbst — und das will für einen so conservativen Mann Viel sagen — zur Vervollkommnung der Bundesverfassung auf und bedauert die Blindheit der Menschen, welche noch nicht auf seine Vorschläge gekommen seien. Diese bestehen (S. 323) in Folgendem: Rascher Gang der Geschäfte, größere Deffentlichkeit der Bundestagsverhandlungen, größere Pflege der natürlichen Einheit Deutschlands durch Beförderung deutscher Literatur und Kunst, endlich Regulirung der Passpolizei, Bestimmungen über Heimaths- und Wohnortrecht, so wie über Requisitionen der Behörden verschiedener Staaten. Wir können noch hinzufügen, was der Doctor an dieser Stelle vergessen zu haben oder absichtlich nicht zu wiederholen scheint, daß er nämlich (S. 306) sogar nationale Volksvertretung beim Bundestage fordert. Allein zunächst müssen wir ihm die Ehre der Erfindung streitig machen, indem unter seinen Vorschlägen auch nicht ein einziger sich befindet, den nicht schon vor ihm ein Anderer gemacht hätte, und daß, wie jeder Anfänger in der deutschen Publicistik weiß, gerade

die wichtigsten derselben, nämlich die auf Volksvertretung beim Bundestage und größere Oeffentlichkeit der Bundestagsverhandlungen, schon lange der Gegenstand warmer, aber bis jetzt vergeblicher Anstrengungen unserer tüchtigsten Schriftsteller in der Literatur und unserer beredtesten Volksvertreter in den Ständerversammlungen gewesen sind. Eben das Schicksal, welches Anträge der Art bisher gehabt haben, sollte den Doctor doch wohl von den Hindernissen überzeugen, welche ihnen entgegenstehen, und es klingt fast wie Hohn, wenn er jetzt die nach Einheit strebenden Deutschen darauf verweisen will.

Der Doctor gibt zu (S. 309), und es ist vollkommen wahr, daß „der Bund nicht versuchte, Einheit Deutschlands in materiellen Einrichtungen und Streben herzustellen.“ Allein darin liegt auch eben, was das deutsche Volk bisher schmerzlich vermisst hat. Es wollte selbst wissen, worin die Einheit bestehe, die man ihm verheißten, und mit immer größerer Bestimmtheit hatte im Laufe der Jahre die Ueberzeugung sich Bahn gebrochen, daß die aus der Bundesverfassung allein hervorgegangene äußere Verknüpfung des Vaterlandes noch bei weitem nicht genüge, daß sie vielmehr, um der Vervollkommnung näher geführt zu werden, vor allen Dingen Verkehrsfreiheit fordere. Staatsrechtliche Fragen, welche zum Geschäftskreise des Bundes gehören, weiß die größere Masse des Volkes nicht zu würdigen, für Verhältnisse der allgemeinen Politik, in denen ja ohnehin die beiden Großmächte regelmäßig das Wort für Deutschland führen, interessiren sich nur kleinere Kreise, die höhern Standpunkte sind nur den Gebildeten zugänglich; aber der tägliche Verkehr von Hand zu Hand, der Erwerb, die Verwerthung der eigenen Kräfte, das sind Interessen, welche auch den Massen nahe liegen und ohne deren Freiheit und Gemeinschaftlichkeit sie sich keine wahre Einheit denken können. Der Bund hat nur eine äußere Vereinigung geschaffen, keine solche Einheit, die im Bewußtsein des Volkes liegt; das Volk kennt zum großen Theile kaum einen deutschen Bund, dessen

Wirkungen seinen Gesichtskreis nicht berühren, und es kann sich keine Gemeinschaftlichkeit der Interessen, keine Theilnahme an demselben Vaterlande denken, wenn z. B. hannoversche Importen ihm gerade eben so fremd sein und ebenso behandelt werden sollen, wie chinesische.

Je tiefer nun aber das Bedürfnis einer innigen Vereinigung der deutschen Volksstämme allmählig gefühlt wurde, desto bestimmter mußte sich die Aufmerksamkeit aller deutschen Staatsmänner darauf richten, diejenigen Factoren dafür in Thätigkeit zu setzen, welche außerhalb des Zweckes oder der bisherigen Kräfte des Bundes lagen, also vor allen Dingen den Verkehr zu reguliren, demselben eine freiere, gesicherte Bewegung zu verschaffen und sein Verhältniß zum Auslande zu ordnen. Der Doctor Faber wird bei dieser Gelegenheit mit Hohngelächter antworten und versichern, es sei wohl wenigen deutschen Regierungen bei ihrem Eintritte in den Zollverein in den Gedanken gekommen, dadurch die politische Einheit fördern zu wollen, denn er glaubt nachzuweisen, daß der Zollverein eigentlich gar keinen wahren aufgestellten Hauptzweck habe, daß vielmehr so ziemlich jede Regierung ihren eigenen Zweck dabei verfolge und namentlich Preußen noch seinen ganz besondern geheimen. Wir könnten ihm zugeben, daß Nebenzwecke dabei verfolgt sind und werden, und dennoch bei unserer Ansicht bleiben. Der Zollverein hat ohne alle Frage einen vom ganzen deutschen Volke anerkannten und verstandenen Hauptzweck: Freiheit des Verkehrs im Innern, denn das ist unbestreitbar bisher das Stichwort und die Formel gewesen bei allen Bestrebungen für sein Gedeihen und Fortschreiten, der entscheidende Grund bei allen Anschlußfragen. Jene Freiheit ließe sich nun auf zwei verschiedenen Wegen herstellen: entweder durch Aufhebung aller Zölle, oder durch Erhebung gemeinschaftlicher Zölle an den Gränzen gegen das Ausland. Daß die erste Maßregel nicht ergriffen werden konnte, braucht ja wohl nicht mehr bewiesen zu werden, es blieb also nur die zweite übrig. An

das Bestehen eines gemeinschaftlichen Gränzzollsystems mußten sich dann aber sehr natürlich auch andere Nebenzwecke knüpfen, über welche gestritten werden kann, als Finanzfragen, Schutzzölle für die inländische Industrie, Repressalien gegen das Ausland u. s. w. Auch mag es gern sein, daß unter bestimmten Umständen oder bei einer bestimmten Auffassungsweise die Nebenzwecke mehr in den Vordergrund gerückt werden und vorübergehend den Gesichtspunkt trüben; aber darum bestand noch niemals in Deutschland eine Spaltung über den dem ganzen Volke gemeinschaftlichen und von der öffentlichen Meinung festgehaltenen Hauptzweck. Ist dieß aber richtig, so kommt es gar nicht darauf an, ob diejenigen Staatsmänner, welche bisher den Zollverein beförderten, dabei auf einem höhern oder tiefern Standpunkte sich befanden, ob sie dabei an die politische Einheit dachten oder nicht; sie wollten Verkehrsfreiheit geben, welche die Sehnsucht aller deutschen Volksstämme forderte, und damit gaben sie Einheit, wenn auch der innige Zusammenhang, ja in gewisser Hinsicht die Identität dieser beiden Begriffe erst allmählig klar wurde. Könnte man aber darüber noch irgend zweifelhaft sein, so bedürfte es nur einer Verweisung darauf, wie sehr das deutsche Einheitsgefühl erstarkt ist, seitdem der größte Theil der Gränzen im Innern von Deutschland dem Verkehre geöffnet ist.

Es ist wahr, was der Doctor tadelnd hervorhebt, daß der Zollverein auch im Innern noch nicht bei seinem Ziele angelangt ist, daß er noch keineswegs Gemeinschaftlichkeit aller Interessen, welche dem Verkehre wichtig sind, erreicht hat. Noch bestehen Schranken für den Verkehr mit manchen inneren Erzeugnissen, noch fehlen gemeinschaftliche Bestimmungen über Gegenstände des Handels und Wechselrechts, über die Communicationsmittel u. s. w., aber wir fühlen uns Alle am geöffneten Eingange einer großen Bahn, auf welcher sich mehr erreichen läßt, als bisher schon erreicht worden ist, und das Bedürfniß wird befriedigt werden, sobald es zu einer allgemeinen klaren Anerkennung gekommen ist. Noch

sind viele schwierige und streitige Fragen über das Verhältniß des Handels zur Industrie, des Verkehrs überhaupt zu den Staatsfinanzen nicht ausgeglichen und keineswegs alle Wünsche erfüllt, aber die Erfahrung wird die verschiedenen Interessen in ihre richtige Stellung zu einander bringen, die Gegensätze auflösen und der gesunden öffentlichen Meinung um so sicherer die ihr gebührende Stimme verschaffen, je mehr das auf vernünftiger Einsicht beruhende Selbstbewußtsein im Innern des Zollvereins erstarkt. Noch fehlt dem Zollvereine selbst eine über das bloß völkerrechtliche Verhältniß hinausgehende Organisation, noch beruht er auf kündbaren Verträgen, und der Doctor Faber rügt mit Recht (ob auch mit Aufrichtigkeit?) diesen Mangel; aber ebenso gewiß ist es, daß das Bedürfniß erst mit der wachsenden Wichtigkeit des Zollvereins hervortreten und nicht etwa schon im Voraus sogleich im Anfange seines Entstehens befriedigt werden konnte *). Die Frage ist noch neu und wird sich gewiß Bahn brechen, wenn sie erst vollständig in die Auffassungsweise des Zeitalters aufgenommen ist; man darf aber dreist behaupten, daß am wenigsten gerade der Doctor Faber daran, wie überhaupt an der weitem innern Entwicklung des Zollvereins zweifeln wird, weil er sonst unmöglich auf den außerdem abenteuerlichen Gedanken verfallen wäre, daß der Zollverein einst den deutschen Bund über den Haufen werfen könnte.

Wie schwer und unbehaglich daher die Anerkennung auch an mancher Stelle sein mag, so ist es dennoch eine unbestreitbare Thatsache, daß die wenigstens bis zu einem bedeutenden Grade und in einem großen Umfange erreichte Verkehrsfreiheit dem Zollvereine die allgemeine Sympathie der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes erworben hat. Man ist sich bewusst, daß ein Gedanke der Zeit dadurch

*) Das Weitere über diese Frage gehört wohl nicht hierher, ich verweise deshalb auf meinen Aufsatz über die Zollcongresse im ersten Bande der constitutionellen Jahrbücher von 1843, S. 287.

erfüllt wird, man fühlt sich kräftiger, vertrauender, freier in der Vereinigung derjenigen Interessen, deren frühere Trennung dem einen deutschen Staate die Gränzen des eigenen stammverwandten Nachbarlandes ebenso fremd machte, als die Gränzen Frankreichs oder Rußlands; man wird gehoben und zu neuen Anstrengungen ermuthigt durch den Gedanken, daß schon das nichtdeutsche Ausland anfängt, eifersüchtig auf die Fortschritte deutschen Gewerbleißes, deutschen Handels und deutscher Selbstständigkeit zu sehen, und nach vielen zerrissenen Jahrhunderten bricht zum ersten Male das Bild eines wahren, großen und selbstbewußten deutschen Vaterlandes aus dem Nebel hervor. Die Entwicklung Deutschlands durch die Verkehrsfreiheit ist jetzt mit dem Drange innerer Nothwendigkeit in unsere Geschichte verwachsen, sie ist der Wahlspruch für unsere Zukunft. Wir sehen jetzt ein, daß wir auf dem Wege der Verkehrsfreiheit auch zu einer wirklichen, vom Geiste des Volkes getragenen Einheit gelangen können, aber ebenso bestimmt, daß es um diese Einheit auf ewige Zeiten geschehen sein, daß Deutschland sich unwiederbringlich zersplittern, daß vielleicht bei der ersten Katastrophe der Name Deutschlands von der Landkarte verschwinden würde, wenn auch die jetzt gewonnenen Resultate nochmals verloren gehen sollten.

Der Zollverein war der einzige Weg, auf welchem die Freiheit des Verkehrs sich erlangen ließ, und auch diese Gewißheit gehört zu den wichtigen Resultaten unserer jetzigen Erfahrungen. Wer die Schwierigkeiten erwägt, welche noch jetzt beim Anschlusse eines neuen Staates regelmäßig zu überwinden, die Vorurtheile, welche zu beseitigen, die Besorgnisse, welche zu heben, ja selbst die engherzigen Antagonismen, welche zu bekämpfen sind, der wird zur vollsten Gewißheit gelangen, daß die Vereinigung über ein für ganz Deutschland berechnetes System der Verkehrsfreiheit in der Mitte der Bundesversammlung geradehin zu den Unmöglichkeiten gehört haben würde. Ein Plan, der noch nicht den Vortheil des Bestehens für sich hatte, würde von allen Sei-

ten her aus dem Gesichtspunkte der Einzelinteressen angegriffen sein, Eifersucht hätte zu Parteiungen geführt und auswärtige Intrigue das freieste Feld gehabt. Schon die einzige Stimme des kleinsten Bundesstaates hätte ja genügt, um die Verhandlung zum Scheitern zu bringen, und wer würde an Einstimmigkeit geglaubt haben? Wenn aber die Hoffnung, die Handelseinheit Deutschlands durch den Bund vermittelt zu sehen, aufgegeben werden mußte, so blieb kein anderer Weg übrig, als der freilich langsamere vom Besondern zum Allgemeinen, der Weg allmäliger Vereinigung einzelner Staaten zu demselben Ziele. Diesen Weg schlug auch diejenige flüchtige Erscheinung ein, welche man unter dem Namen des mitteldeutschen Vereines versteht, welcher übrigens trotz aller Großartigkeit und Ritterlichkeit, die der Doctor Faber (S. 12) in lächerlichem Pathos davon rühmt, doch mindestens diejenige Eigenschaft abging, ohne die nun einmal Großes in der Welt überhaupt nicht zu Stande kommt, nämlich Entschiedenheit im Willen und Energie im Handeln. Er litt an dem nämlichen Fehler, welchen man unseren politischen Parteien oft vorwirft: er war aus einer lediglich negirenden Opposition hervorgegangen und hatte selbst keinen schaffenden, organisirenden und construirenden Charakter. Dem preussischen Systeme, welches klar und entschieden war, setzte er kein System, sondern nur sogenannte gute Vorsätze entgegen, und darum würde er untergegangen sein, wenn auch Kurhessen nicht abgefallen wäre. Wollte man nun nicht die Hoffnung auf innere Verkehrsfreiheit gänzlich aufgeben, so blieb nur der Anschluß an Preußen als den Sieger übrig, und Deutschland hat allmählig begriffen, daß es diesen letzten Weg nicht auch noch verschmähen durfte.

Wir müssen uns nun nochmals auf kurze Zeit zum Dachprediger wenden. Daß er zur festen, innigen und in der Stunde der Gefahr nicht wankenden Verbindung des Vaterlandes zu einem Ganzen die Gemeinschaftlichkeit der Verkehrsverhältnisse nicht für nöthig hält, haben wir schon oben

gesehen; er geht aber noch einen bedeutenden Schritt weiter, indem er meint, eine solche Vereinigung führe überhaupt nicht zum Guten, eben weil die Interessen der einzelnen Bundesstaaten unter sich zu verschieden seien. „Deutschland“, sagt er S. 192, „vermag kein angemessenes System von Handelspolitik, was (welches) in positiver Leitung und Förderung des Handels besteht, aufzustellen und durchzuführen, und ich bin sehr nahe daran, alle Pläne der Art für Windbeutelei zu halten.“ (sehr artig). „Die geographische Lage Deutschlands, das Verhältniß seiner Production und Fabrication und sein Bedürfniß ausländischer Zufuhr hindern nach meinem Glauben ein eigenthümliches consequentes Handelssystem, wie es einzelne andere Länder führen. Deutschland, im Herzen von Europa, umgeben wie kein Land von Nachbarn, die eben so reich und meistens (?) reicher produciren und fabriciren; durch die Nachbarschaft ringsum einer Vielheit von Einflüssen ausgesetzt, wie sie ein Land nachbar auf den andern regelmäßig übt, politisch und mercantilisch, ohne großartige Schifffahrt und Seemacht und Colonieen, also abhängig in den Colonialbedürfnissen von den seefahrenden Nationen und baar der unermesslichen Vortheile beider; untergeben in seiner unbeschränkten Schifffahrt den Seemächten; außerdem vermöge seiner übeln Lage zu Frankreich und durch innere Getheiltetheit in viele Staaten einer Menge von Rücksichten unterworfen, die es gegen auswärtige Länder politischer Interessen wegen nehmen muß; und nun noch dazu die ganz verschiedenen Bedürfnisse der einzelnen deutschen Staaten in Bezug auf Handel, und endlich die finanziellen Einflüsse: ich möchte wohl den Wunderdoctor sehen, welcher eine Handelspolitik für Deutschland vollführte, wie sie z. B. England, Frankreich, Rußland besitzt.“ Und an einer spätern Stelle (S. 364) heißt es zum Theil noch deutlicher: „Die Verhältnisse rathen den kleinern Staaten Deutschlands, wider keine Großmacht von Europa in besondere Föderation zu treten, die außerhalb des deutschen Bundes entsteht, theils weil die

kleinere Macht wohlthut, sich nicht besondern Haß und specielle Feindschaft eines großen Feindes« (Englands?) »aufzuladen, theils weil das kleinere Land zu leicht von der engern Föderation zu anderen als gemeinsam deutschen Zwecken verwandt werden könnte« (?), »etwa zu einer Diversion bei der orientalischen Auflösung im preussischen Interesse« (?), »wenn im Orient der Knoten durchgehauen wird. Für letztere politische Speculationen, die außerhalb der Defension Deutschlands liegen, thut das kleinere Land wohl, sich Wahl und Stellung frei und ungebunden zu erhalten bis zum Moment, wo man sich bestimmt entscheiden muß, um die passende Partei ergreifen zu können und begehrt und belohnt zu werden.« Ich habe beide Stellen wörtlich hergesetzt, weil sie das wahre, auch noch bei verschiedenen anderen Gelegenheiten bestätigte Glaubensbekenntniß des Doctors enthalten; zugleich aber auch, weil sich die ganze Misère unserer spießbürgerlichen und kurzsichtigen Kleinstaaterci nicht bezeichnen-der aussprechen kann, als in diesen Worten. Weil Deutschland keinen Zucker, keinen Kaffee, keinen Reis producirt, kann es auch kein Handelssystem haben; weil Deutschland im Herzen von Europa und also zwischen vielen Nachbarn liegt, darf es nichts thun, um den von daher kommenden Einflüssen sich zu entziehen; weil es gegen Frankreich schlecht gedeckt und im Innern zerrissen ist, darf es sich nicht enger vereinigen, sondern jeder Staat muß seine Augen nach dem Auslande wenden und nach den von daher erhaltenen Rücksichten sein Benehmen ordnen, damit das Ausland uns schone und beschütze; weil der kleinere Staat in Deutschland von seinem größern Bruder vielleicht unfreundlich behandelt werden könnte, muß er eine zweideutige Politik zu seinem Grundsatz machen und durch die Besorgniß vor seinem Uebergange zum Feinde den größern Bruder in Respect erhalten. Das ist so etwa der wahre Sinn dessen, was der Doctor hier vom Dache predigt. Es gibt andere Menschen von schlichtem Verstande, welche in ihrer Einfalt geglaubt haben und glauben, daß eben seiner Lage und der mäch-

tigen, drohenden Nachbarschaften wegen Deutschland Alles aufbieten müsse, um solchen Einflüssen entgegenzutreten und sich von denselben frei zu machen, daß es feige und ehrlos sei, für die Stunde der Gefahr auf das Ausland und nicht vielmehr auf die eigene Kraft zu rechnen, daß man das einmal bestehende Uebel der politischen Zersplitterung durch geistige Einigkeit wieder gut machen solle, daß überhaupt eben in jenen Gefahren nur der Beweis von den überwiegenden Nachtheilen unserer vom Doctor so hoch gepriesenen Zerrissenheit und die Aufforderung zu engem, aufrichtigem und ehrlichem Zusammentreten, nicht aber zu einer vaterlandsverrätherischen, entehrenden Politik liege. Allein mit dem Doctor läßt sich darüber nicht streiten, er wird einen absprechenden, wegwerfenden Kraftausdruck oder ein Schimpfswort bei der Hand haben und sich dann in den weiten Mantel seiner Unfehlbarkeit hüllen.

Er hat aber noch einen zweiten Einwurf. „Der Zollverein,“ sagt er S. 335, „enthält nicht solche Bedingungen und wirkt nicht auf die Weise, daß alle deutschen Staaten ihm beitreten könnten; er ist also auch gar nicht im Stande, zur wahren Einheit Deutschlands zu führen. Oestreich und das nordwestliche Deutschland“ (d. h. Hannover) „können sich ihrer Sonderinteressen wegen ihm nie anschließen, so wie aber auch aus dem Grunde nicht, weil die Einheit, welche der Zollverein schafft, nichts weiter ist, als eine preussische Uniform.“ Diese letzte Behauptung wird späterhin (im dritten und vierten Abschnitte) noch eine besondere Betrachtung hervorrufen, hier wollen wir nur bei der ersten stehen bleiben, nämlich, daß Oestreich und Hannover durch die Eigenthümlichkeit ihrer Verhältnisse gehindert würden, dem Vereine beizutreten. Ob die Verschiedenheit der Interessen wirklich so groß ist, daß sie eine Vereinigung unter den jetzt feststehenden Bedingungen nicht zuläßt, mag hier, als eine mehr der Nationalökonomie angehörende Frage unerörtert bleiben; gewichtige Stimmen haben die Bedenklichkeiten für übertrieben

und namentlich die von Seiten Hannovers darauf gegründeten Einwürfe für unhaltbar erklärt. Jedenfalls bliebe ein vernünftiges Nachgeben auf beiden Seiten als Auskunftsmittel übrig, welches gewiß zum Ziele führen würde, wenn man dabei nur ohne vorgefaßte Meinung und mit gutem Willen zu Werke ginge. Der Zollverein würde gewiß zu Opfern bereit sein, um damit die Ausdehnung seiner Gränzen bis zu den Gränzen des Vaterlandes zu bewirken; nur dürfte man freilich auf der andern Seite solche Nachgiebigkeit nicht geradehin für unerschöpflich halten und seinen eigenen Werth nicht überschätzen. Gelänge indeß auch das nicht, müßte also der Zollverein auf die nationale Genugthuung, auf den Triumph gegen das Ausland verzichten, im Wege des freien Vertrages und durch brüderliches Entgegenkommen aller deutschen Staaten den Artikel 19 der Bundesacte erfüllt zu haben, so wäre damit für die Einheit Deutschlands zwar nicht Alles, aber immer doch noch sehr Vieles erreicht. Der Zollverein ist nun einmal vorzugsweise und thatsächlich die Heimath der Idee der Einheit geworden, und in seiner Mitte wird sie sich mit immer größerer Kraft entwickeln. Man wird sich immer mehr daran gewöhnen, namentlich im Auslande, unter Deutschland hauptsächlich das zollverbündete zu verstehen. Hier im Innern des Zollvereins wird vorzugsweise die Gefinnung sich ausbilden, welche es verschmäht, sich ruhig allen »Einflüssen der Nachbarstaaten« hinzugeben, gegen dieselben aus politischen Beweggründen auch in den Handelsverhältnissen »Rücksichten« zu nehmen, und welche nicht fürchtet, durch engeres Aneinanderschließen das mächtige und einflußreiche Ausland zu beleidigen. Der Zollverein wird in der Stunde der Gefahr auch seine nicht verbündeten deutschen Brüder nicht verlassen, weil wir zu Gott hoffen, daß dann wenigstens die »Rücksichten gegen das Ausland« höherer und heiligeren Erwägungen Platz machen werden, aber Alle und Jene vornämlich werden es zu bedauern haben, daß die Gelegenheit versäumt worden, schon vorher im

friedlichen Bunde Herz und Hand in Einem Sinne zu vereinigen. Und möge dann nicht die Zeit kommen, wo Diejenigen, welche jetzt ohne ernste Gründe und ohne den Zwang wichtiger Thatsachen nur in scheinheiliger Augendienerei die zerstörende Hand gegen die große Schöpfung des Jahrhunderts richten, die ganze Schwere ihrer Verantwortlichkeit zu fühlen haben!

Im Grunde scheint nun auch der Doctor Faber einzusehen, daß der Zollverein eine größere Einheit in Deutschland begründen werde, als bis jetzt durch den Bund möglich war, allein er fürchtet für sein Lieblingskind, die »Länderindividualität«. Wir müssen diesen Punkt an einem spätern Orte nochmals berühren, doch können wir des Zusammenhanges wegen einige Bemerkungen nicht unterdrücken. Wenn die öffentliche Meinung nach innigerer Einheit verlangt, so drückt sie damit freilich von selbst aus, daß sie einen großen Theil der bis jetzt festgehaltenen Individualitäten nicht für heilsam und zeitgemäß hält, und es ist schon oben gesagt, daß darüber, ob dieß richtig sei oder nicht, nur der jedesmalige Bildungszustand des Volkes und die Erkenntniß des Zeitalters entscheiden müsse. Auch die Individualitäten sind keineswegs immer Vorzüge, und wenn ein Volkstamm noch Böpfe tragen sollte, während alle übrigen schon mit geschorenen Haaren einhergehen, so wird man schwerlich der Meinung sein, daß er einen wesentlichen Theil seiner Eigenthümlichkeit aufopferte, sobald er sich entschlösse, doch auch die Böpfe abzulegen. Namentlich würde es für Hannover ganz zuträglich sein, wenn es einigen seiner Individualitäten entsagte und dagegen Besseres von anderen deutschen Staaten lernte. Sind die Individualitäten so vortrefflich, und müssen sie nothwendig erhalten werden, warum wollen wir dann nicht lieber ohne Weiteres zu der Individualität der weiland alten Reichsstädte zurückkehren? Es ist eine schöne Sache um die historische Begründung eines Zustandes, aber zum historischen Bestehen gehört vor allen Dingen auch die Zustimmung des Zeitalters, und es ist eitel Donqui-

schotterie, dieser mehr aufdringen zu wollen, als was sie will und verträgt. Mag man tausendmal dem deutschen Volke vorpredigen, es habe genug formelle Einigung, das Volk sieht klarer durch den blauen Dunst, als die Finsterlinge meinen.

II.

Einfluß des Zollvereins auf den deutschen Bund.

Was wir bei diesem Abschnitte vom Dachprediger zu erwarten haben, kann uns nicht zweifelhaft sein; er sagt S. 331 ganz unumwunden: „Ich halte sämtliche Bertheidiger einer zweiten Einheit Deutschlands neben oder außer der im Bunde entweder für gutmüthige Häute (d. h. Dummköpfe) oder für schlaue Füchse, je nach Gelegenheit und Gestalt ihrer äußern Lage.“ Das ist ziemlich deutlich und bezeichnet hinlänglich den Standpunkt, den er sich gewählt hat. Von diesem Standpunkte aus gewahrt er nun Folgendes: Preußen wird beim Zollvereine nur von dem ehrgeizigen Plane geleitet, die kleinern deutschen Staaten an sein Interesse und seine Leitung zu fesseln, durch dieses neue Einheitsband entsteht aber im Bunde selbst ein zweiter Bund, ein Staat im Staate, welcher das Gewicht seines Einflusses nicht dem Bunde, sondern nur Preußen zuführen wird. Auf diese Weise können aber Bund und Zollverein neben oder in einander auf die Dauer nicht bestehen, ohne in einen Kampf auf Leben und Tod zu gerathen.

Wir wollen einstweilen bei der letzten Voraussetzung stehen bleiben und fragen: Wer wird in solchem Falle siegen, der Bund oder der Zollverein? Siegt der Bund, so ist ja der Wunsch des Doctors erfüllt und die Erscheinung, welche ihm soviel Aergerniß bereitet, aus dem Wege geschafft. In diesem Falle also kann er sich trösten. Aber es könnte ja

auch der Zollverein siegen, und wie dann? Ich nehme keinen Anstand zu bekennen, daß wenn dieser Fall eintreten sollte, man das Ereigniß nur auf Rechnung der mangelhaften Bundesverfassung schreiben dürfte. Der Bund soll Deutschland gegen den äußern Feind schützen, wenn er aber nicht einmal seine eigene Existenz gegen eine friedliche und freiwillige Vereinigung einzelner Bundesstaaten über die gleiche und gemeinschaftliche Regulirung innerer Angelegenheiten schützen kann, wenn er so schwach gebaut ist, daß er zusammenstürzt, sobald eine Mehrzahl seiner Mitglieder im Wege des Vertrages einsteigen zu erreichen sucht, was im Wege der Gesetzgebung zu erreichen ihm bisher unmöglich gewesen ist, so läßt sich mit Sicherheit annehmen, daß er einem von Außen kommenden ernstlichen Stöße noch viel weniger zu widerstehen im Stande sein würde.

Ich bin indeß weit entfernt, dem Bunde eine solche Schwäche zuzutruen und sie zur Operationsbasis meiner Widerlegung zu nehmen. Der Bund ist ja, wie der Doctor Faber so umständlich auseinandersetzt, durchaus vollkommen organisiert, und was ihm noch fehlt, als Passpolizei, Heimathrecht und dergleichen, das fällt nicht eben schwer in das Gewicht, er wird durch alle möglichen Rücksichten, Sympathien, Interessen, Ueberlieferungen, die der Doctor ebenfalls des Breiten aufzählt, außerdem zusammengehalten, hat also den Vorzug des Bestehens, die Anerkennung der Nothwendigkeit für sich, wie sollte es denn nun eigentlich kommen, daß er durch den Zollverein zu Grunde gerichtet würde? Ein feindseliges Zusammentreffen wäre doch nur auf dem Wege nach demselben Ziele denkbar, aber was der Zollverein will, liegt ja, wie der Doctor behauptet, nicht im Zwecke des Bundes, darf nicht von ihm verfolgt werden, der Zollverein hat also einen andern Zweck, ohne in die Thätigkeit des Bundes irgendwie einzugreifen. Gleichwie der Doctor (freilich irrig) meint, die Bundesgewalt sei nur aus den Abfällen der Souveränitätsrechte der einzelnen Staaten zusammengesezt, und es sei diesen also dadurch nichts verloren ge-

gangen, eben so und mit noch mehr Recht kann man behaupten, daß zu denjenigen Elementen, aus welchen der Zollverein besteht, der Bund gar nichts hergegeben hat, daß ihm also dadurch auch nichts von seinen Attributen entzogen ist. Gegen die freiwillige Vereinigung einzelner Staaten über ihre Verkehrsinteressen an sich hat der Doctor auch nichts einzuwenden, er hebt selbst Hannovers gleichartige Bestrebungen zur Bildung des mitteldeutschen Vereins und, nach dessen selbigem Hinscheiden, des Steuervereins hervor und bezeichnet es als eine höchstwichtige Aufgabe der Staatsweisheit, durch einen solchen Sonderverein, dessen Mittelpunkt und Seele dann Hannover bilden würde, eine Gegenkraft gegen Preußen zu erhalten. Darüber, ob das rathsam sei oder nicht, wollen wir hier mit dem Doctor nicht streiten, da wir es jetzt nur mit dem Verhältnisse des Bundes zu thun haben; wir wollen uns nur die Notiz machen, daß auch er eine Zollvereinigung im Innern des Bundes selbst dem Principe nach keineswegs für unzulässig hält. Auch können wir uns unmöglich die Mühe geben, den Satz noch weiter zu beweisen, da das Gegentheil gradehin absurd sein würde. Wenn nun aber eine solche Vereinigung an sich unbedenklich ist, und wenn sie sich hinterher durch Aufnahme neuer Staaten erweitert, wo ist dann die Gränze, bei welcher sie anfängt unzulässig zu werden? Was zwei Staaten thun dürfen, das muß doch auch bei zwanzigen erlaubt sein, oder worin läge der Grund des Gegentheils? Und wenn wirklich der Zollverein dem Bunde gefährlich werden sollte, warum verbietet der Bund ihn nicht? Der Doctor Faber wird antworten: Weil er nicht will und ihm dazu die Gewalt fehlen würde. Und mit dieser Antwort wären wir ziemlich in die Mitte der Frage gekommen.

Von zwei Fällen ist nur einer denkbar: entweder ist die Verkehrseinigung ein nothwendiges Element der Festigkeit des Bundes, oder sie ist es nicht. Ist das erste der Fall, so leidet die Entwicklung der Bundesverfassung an einem Grundfehler, indem sie die Verkehrseinigung nicht selbst zu erreichen

suchte, und zwar an einem völlig unheilbaren, insofern der Doctor Faber darin Recht haben sollte, daß ein für ganz Deutschland berechnetes Zollsystem in das Reich der Unmöglichkeiten gehöre. Alsdann würde auch alle Mühe vergeblich sein, den Bund ferner zu halten, da er doch seinem Untergange unrettbar entgegenginge, und es wäre sogar die höchste Staatsweisheit und zugleich der edelste Patriotismus, dann schon bei Zeiten sich nach einem andern Bande umzusehen, welches Deutschland bei der ersten Krisis zusammenhielte. — Oder die Gemeinschaftlichkeit der Verkehrsinteressen gehört nicht nothwendig zu den Bestandtheilen des Bundes; dann ist auch nicht einzusehen, wie durch deren Zustandekommen auf anderm Wege der Bund in Gefahr gerathen könnte. Es giebt ja noch viele andere Interessen, welche dem ganzen Vaterlande entweder durch ihre Natur, oder durch Uebereinkunft unter den einzelnen Staaten gemeinschaftlich sind, will man in ihnen eine Bundesgefahr finden?

Blicken wir der Sache auf den Grund, so sehen wir, daß der Doctor sich durch seine Grundsatzlosigkeit in eine fatale Klemme gebracht hat. Auf dem Standpunkte, den er eingenommen hatte, um Hannover vom Beitritte zum Zollverein abzuhalten und wo möglich in diesem selbst eine Spaltung hervorzubringen, mußte ihm Alles daran liegen, den Satz durchzuführen, daß ein allgemeiner Zollverein überhaupt für Deutschland wegen der „Länderindividualitäten“ nicht angemessen und auch nicht erreichbar sei; um so weniger konnte er sie also zu den Aufgaben des von ihm in Schutz genommenen Bundes zählen. Wenn nun dennoch die deutschen Staaten zufällig anderer Meinung, als der Doctor Faber sein, wenn sie es dennoch ihrem eigenen Interesse angemessen finden sollten, eine solche Vereinigung zu schließen, dann müßte diese im Verhältnisse zum Bunde eigentlich eine durchaus indifferente, unerhebliche Sache sein; allein dann könnte der Doctor nicht Feuer! rufen; und so geräth er in die Absurdität, in der Uebereinstimmung vieler Bundesstaaten über innere Angelegenheiten deshalb eine Bundesgefahr zu er-

blicken, weil in derselben dennoch Kräfte gesammelt würden, welche von Rechtswegen dem Bunde nicht entzogen werden dürften.

Ich will meine Meinung offen darüber aussprechen und es dann dem Dachprediger überlassen, ob er mich zu den „gutmüthigen Häuten“ oder zu den „schlaunen Füchsen“ zählen will. Ich glaube allerdings, daß es eine wichtige Aufgabe des Bundes gewesen wäre, die Handelseinigung Deutschlands durch Ausführung des Artikels 19 der Bundesacte zu bewirken, und bin ferner der Meinung, daß der Bund, indem er diese Aufgabe auf anderm Wege erreichen ließ, auf einen nicht geringen Theil seiner Bedeutung und namentlich seiner eigenen Entwicklungsfähigkeit verzichtet hat. Die Gründe dafür sind nicht weit zu suchen. Unbestreitbar ruht in der Gemeinschaftlichkeit eines Zollsystems unter äußerlich getrennten Staaten eine bedeutende Masse geistig-politischer Kräfte, sie ist die nächste und natürlichste Grundlage für das Bewußtsein der Einheit, wenn sie zugleich den Gränzen der Nationalität sich im Wesentlichen anschließt, in ihr personificirt sich bei uns das deutsche Volksleben. Das ist eben die schwächste Seite des Bundes, daß er in seiner bisherigen Entwicklung noch zu wenig Rücksicht auf das Gewicht des Bestandes genommen hat, welcher ihm entstehen würde, wenn auch die innere, regelmäßige und natürliche Volksthätigkeit in ihm ihren wahren, kräftigen Mittelpunkt erkannte, wenn die äußere Wirksamkeit des Bundes mit dem Leben des Volkes in eine engere, freundlichere Verbindung träte und das Bundesleben sich mit dem Volksleben identificirte. Die Gründe, weshalb dieß noch nicht geschehen ist, sollen hier nicht erörtert werden, da wir nur an der Thatsache festzuhalten brauchen, daß jenes Mißverhältniß besteht. Die deutschen Volksstämme sehnten sich nach Verkehrsfreiheit, und der Bund konnte sie nicht geben; da entstand der Zollverein, er übernahm die Erbschaft und damit freilich auch die große Menge von Einigungskräften, welche dem Bunde nunmehr entgangen war. Zur Zeit der Bundesacte mochte die Wichtigkeit dieser Rück-

sicht noch weniger in die Augen fallen; kaum war damals ein Abschnitt in dem großen Kriegsdrama geschlossen, noch rollten in der Ferne die Donner des abziehenden und auf der andern Seite schon wieder die des heranstürmenden Gewitters, der Krieg mit seinen überwiegenden Ansprüchen füllte noch den Vordergrund der Bühne und ließ die andern Beziehungen des Lebens noch nicht in das richtige Verhältniß ihrer Geltung eintreten. Jetzt aber leben wir in einem langjährigen Frieden, des Kriegslärms erinnert sich nur noch die ältere Generation, und die Interessen des Volkes drehen sich allein um friedliche Beschäftigung. Hierauf richtet es alle seine geistigen Kräfte und hier ist die Seele seines eigentlichen thatkräftigen Lebens zu suchen. Der Bund begnügte sich mit dem Körper der deutschen Volkes und überließ dem Zollverein dessen Geist und Bewußtsein. Gleichwohl war dieser Gang der Entwicklung, dieses aus dem innern Volksgeiste hervorgehende Streben nach einer Vereinigung, in welcher das freie Leben des bürgerlichen Geschäftes Raum für seine Bewegung fand, nicht zu verhindern, nachdem sich gezeigt hatte, daß der Bund mit den ihm zu Gebote stehenden Mitteln dem Bedürfnisse nicht genügen konnte. Wir wollen uns nichts verhehlen und nichts beschönigen, vielmehr offen anerkennen, daß damit für die Festigkeit des Bundes Vieles verloren gegangen ist.

Wir wollen noch weiter gehen und ein neues Bedenken hinzufügen. Der Doctor Haber will freilich nichts davon wissen, daß es überhaupt gut gewesen wäre, Deutschland in den Verkehrsinteressen zu einigen, und er hütet sich sehr, die Seite zu berühren, daß auch der Bund selbst sich eine solche Aufgabe gestellt hatte. Gleichwohl ist diese Thatsache nicht zu läugnen, und dann steht also ferner fest, daß der Zollverein die Erfüllung eines Bundeszweckes übernommen hat, dessen Verfolgung der Bund selbst aufgeben mußte; es hat sich also auf der einen Seite das Unvermögen des Bundes zur Erreichung seiner Zwecke und daneben die praktische Ueberlegenheit des Zollvereins in derselben Frage durch die That

herausgestellt. Dadurch mußte nothwendig der Zollverein in der Meinung des Volkes grade eben soviel an Ansehen gewinnen, als der Bund verlor.

Ich glaube, daß ich jetzt die Schattenseite aufrichtig genug gezeichnet habe, zum Theil noch mit tiefem Bogen, als der Doctor Faber. Und dennoch kann ich keine Gefahr erblicken. Wem sollte Gefahr drohen? Dem deutschen Bunde? Wir müssen uns hier etwas näher verständigen. Was ist der deutsche Bund? Er ist die jetzige staats- und völkerrechtliche Form für die Erscheinung des deutschen Volkes. Sollte also der Bund durch den Zollverein gestürzt werden, so würde damit nichts geschehen, als daß das deutsche Volk eine andere Form der politischen Erscheinung annähme. Nun wäre es doch aber die offenbareste Windbeutelerei, schon jetzt darüber zu urtheilen, ob diese neue Form, wenn der Fall überhaupt im Buche der Zukunft vorgeschrieben stehen sollte, besser oder schlechter sein werde, als die jetzige. Bis jetzt stellt der Zollverein nur die innere Freiheit für den Verkehr in einer Anzahl deutscher Staaten dar, womit allerdings bis zu einem bestimmten Punkte eine Gemeinschaftlichkeit der nationalökonomischen, finanziellen und legislatorischen Grundsätze und Einrichtungen zusammenhängt. Daß diese Gemeinschaftlichkeit sich noch auf andere Seiten des Staats- und Volkslebens ausdehnen kann, wird Niemand läugnen, und die wahren Vaterlandsfreunde werden es wünschen, allein soviel wird doch Jeder begreifen, daß der Zollverein in seinem jetzigen Stadium der Entwicklung gar nicht im Stande sein würde, Deutschland als politisches Ganzes zusammenzuhalten, geschweige denn, die Bundesverfassung zur Seite zu schieben; daß er vielmehr erst noch ein langes Stadium durchlaufen müßte, bevor er dazu auch nur die Kraft hätte. Wenn nun aber noch so viele und so bedeutende Eventualitäten vor-
ausgesetzt werden müssen, um dem Zollvereine ein politisches Uebergewicht über den Bund zutrauen zu können, welcher Sterbliche ist dann im Stande, jetzt schon zu sagen, wie jene Eventualitäten dereinst verwirklicht werden? Kann der

Organismus, welcher sich dann bildet, nicht alle guten Elemente des Bundes in sich aufnehmen? Und wenn das der Fall sein sollte, wer möchte dann behaupten, daß die Ersetzung des Bundes durch den Zollverein ein Verlust für das deutsche Volk wäre? Unbestreitbar wäre doch die Frage, ob dies der Fall sei oder nicht, nur nach den Ansichten des Zeitalters zu entscheiden, welches einen solchen Tausch in Händen hätte, und welches nach den bis dahin gemachten Erfahrungen über die Sache wahrscheinlich viel richtiger urtheilen würde, als unser Dachprediger. Bis dahin also dürften wir immerhin die Geschichte walten lassen, die jetzt einmal den Zollverein in die Elemente ihrer allgewaltigen Thätigkeit aufgenommen hat.

Wir wollen indeß bei dieser allgemeinen Betrachtung nicht stehen bleiben, sondern gern noch etwas tiefer in die Sache hincingehen. Es ist oben darauf hingewiesen worden, daß auch der Bund eine Handelsfreiheit im Innern Deutschlands sich vorgenommen hatte; diese Absicht wird jetzt vom Zollvereine ausgeführt, und daraus folgt, daß der Zollverein keineswegs dem Zwecke des Bundes widerstreitet, demselben vielmehr zu Hülfe kommt. Hier kann also nichts Feindliches, nichts Unverträgliches gefunden werden. Oder sollte der Zollverein etwa dem Wesen des Bundes widersprechen? Der Bund hat die Aufgabe, nicht, wie der Doctor Faber will, eine bloße äußere Aggregation deutscher Einzelstaaten, sondern ein kräftiges, einiges deutsches Volk zu bilden. Diese Aufgabe ist nicht grade nächster Zweck des Zollvereins, aber ihre Lösung wird durch ihn befördert; beide, Bund und Zollverein, arbeiten also hier an demselben Werke und sich einander in die Hände, beide wollen Deutschland groß und kräftig machen. Auch hier ist mithin kein Anlaß zu Conflicten gegeben, weil, was der eine erreicht, dem andern niemals nachtheilig werden kann. Ueberhaupt haben wir nur zwei Eventualitäten zu betrachten: entweder dehnt der Zollverein sich mit der Zeit über alle Bundesstaaten aus, dann ist allerdings sein Ziel erreicht, aber nicht die mindeste Ver-

fahr für den Bund oder für Deutschland zu fürchten, und zwar aus dem einfachen Grunde nicht, weil ja die Verbündeten in beiden Fällen die nämlichen sein würden. Das Aeußerste, was in diesem Falle etwa eintreten könnte, wäre nur, daß Bund und Zollverein sich identificirten, was freilich keineswegs so ohne Weiteres erfolgte, schon deshalb nicht, weil der Bund auf ewige Zeiten, der Zollverein aber immer nur auf eine bestimmte Reihe von Jahren geschlossen ist. Wenn indeß auch eine solche Verschmelzung eintrete, so würden wir doch darin aus dem Standpunkte des Bundes immer nur eine Vervollkommnung der Form des Bundes erblicken, der unmöglich schlechter werden könnte, wenn er die großen Elemente der Volkskraft, welche jetzt der Zollverein sammelt, in seinen Organismus aufnähme. Ob dann die Bundesacte bliebe oder ob ein neues Grundgesetz gemacht würde, das wäre für die Sache selbst die unerheblichste Frage von der Welt, so wie man ja überhaupt die Theilnehmer am Vertrage für blind halten müßte, wenn man meinte, daß sie sich nicht selbst sagen könnten, ob es für sie vortheilhaft oder schädlich sei, mit dem Zollvereine zum Bunde überzutreten. — Oder — und das wäre die andere oben angedeutete Alternative — der Zollverein gewinnt nicht den ganzen Bund. Auch in diesem Falle kann schon nach der jetzigen Lage der Dinge von einem Conflict zwischen beiden Unionen aus dem Grunde nicht die Rede sein, weil der Zollverein bereits die Majorität im Bunde hat und Niemand so leicht mit sich selbst zu zanken anfängt. Aus dem nämlichen Grunde ist auch nie Gefahr vorhanden, daß etwa der Zollverein sich vom Bunde lossagen möchte, denn der Zollverein hat vom Bunde nichts zu fürchten, wird von demselben in seiner Entwicklung nicht gehindert und durch nichts zur Trennung veranlaßt. Eben so wenig ist aber anzunehmen, daß die außerhalb des Zollvereins bleibenden Staaten den Bund nur aus dem Grunde sprengen sollten, weil sie den Zollverein nicht leiden könnten; sie würden ja damit nichts erreichen, und Hannover z. B. würde, wenn es die Gemeinschaft mit dem

Zollvereine im Bunde für unerträglich hielte, doch keine andere Wahl haben, als grade dann selbst um seine Aufnahme in den Zollverein zu bitten oder ein englisches Proconsulat zu werden.

Damit soll indeß nicht geläugnet werden, daß die politische Stellung der außerhalb des Zollvereins bleibenden deutschen Staaten, welche nicht mächtig genug sind, um ihre Unabhängigkeit selbst und allein zu behaupten, eine immer schwierigere wird. Je mehr der Zollverein die wahre Lebenskraft des deutschen Volkes in sich zusammenfaßt und dadurch auch der Träger der höhern sittlichen und politischen Ideen wird, um so mehr werden jene nichtvereinten Staaten die Abnahme ihrer deutschen Bedeutung fühlen und sich in mancher Beziehung auf die zweite Linie versetzt sehen. Insofern hat der Doctor Faber allerdings Recht, allein die Gefahr ist dann nicht für den Bund, sondern nur für die dem Zollvereine nicht angeschlossenen Staaten vorhanden. Auch ist ein leichtes Mittel aufzufinden, wodurch jene Staaten den sinkenden Einfluß wiedergewinnen können, und ich will es dem Doctor nicht vorenthalten. Die Kraft und Bedeutung des Zollvereins beruht, wie wir gesehen haben, darauf, daß er eine große Idee der Zeit in sich aufgenommen und zur Verwirklichung gebracht hat. Dieses Ergebniß noch zu vereiteln ist nun freilich den außerhalb stehenden Staaten nicht mehr möglich, aber es bleibt ihnen der Weg des Wett-eifers, der Concurrenz offen, um das Uebergewicht des Zollvereines auszugleichen oder gar zu besiegen. Außer der Verkehrs-freiheit hat die Zeit noch mehre große Ideen, welche der Verwirklichung warten und welche der wärmsten Theilnahme des deutschen Volkes gewiß sind; dieser möge man sich bemächtigen und auf solche Weise ein edler Nebenbuhler des Zollvereins werden. Wenn man das aber nicht will, so murre man wenigstens nicht eifersüchtig auf das Wachsen eines andern Einflusses, an dem man ja selbst Theil nehmen, ja den man durch seine Theilnahme noch vermehren könnte, auf den man aber aus principieller Abneigung verzichtet.

Ich gestehe, daß ich nichts Schreckhaftes in der Vorstellung erblicke, die jetzige Bundesverfassung nur als eine Durchgangsepoche zu betrachten, durch welche der Weg zu einer höhern politischen Entwicklungsstufe genommen werden muß und wird. Kein Zeitalter darf in die Anmaßung verfallen, eben seine Schöpfungen für die vollkommensten zu halten und der Nachwelt jeden Vorrath zu weiterer Ausbildung und Verbesserung abzusprechen. Selbst angenommen, daß der deutsche Bund im Jahre 1815 das Beste gewesen sei, was man damals erreichen konnte, so folgt daraus nicht, daß er auch damals die beste Form wirklich war, und noch weniger, daß er nach dreißig, nach fünfzig Jahren keiner Verbesserung bedürfte. Auch Deutschland selbst ist nicht mehr das Deutschland von 1815, es ist klarer, entwickelter, selbstbewußter geworden, es hat neue Keime der Lebenskraft in sein nationales Dasein aufgenommen, welche nach neuen Formen drängen, und wenn seine äußere Erscheinung nicht ein todttes Nachwerk sein soll, so muß sie den Bewegungen seines innern Organismus folgen und entsprechen. Der Doctor Faber wird damit völlig einverstanden sein, denn auch er rügt ja manche Mängel des Bundes und fordert nachdrücklich zu deren Abstellung auf; so handelte es sich also nicht um das Princip, sondern nur um Modalitäten, und man könnte die Frage ruhig demjenigen nachfolgenden Zeitalter überlassen, dem ihre Lösung zur Aufgabe gemacht werden wird. Wie es auch kommen möge, so hat man keine Gefahr zu besorgen, da auf jeden Fall die Entwicklung eine durchaus friedliche sein wird und an einen Kampf zwischen dem Bunde und dem Zollvereine in den Augen vernünftiger Menschen niemals zu denken ist.

Auf einem höhern Standpunkte gewinnen wir aber grade eine große Beruhigung durch den wachsenden politischen Einfluß des Zollvereins. Wenn der Bund wirklich an den Mängeln leidet, welche der Doctor Faber ihm vorwirft, wenn es wahr ist, daß er durch Mißtrauen geschwächt wird, daß die rege Theilnahme des deutschen Volkes sich von ihm abwendet

und zum großen Theile auf den Zollverein übergeht, wenn er bedeutender Reformen bedarf und wenn man doch auch wieder die großen, bisher unübersteiglichen Hindernisse betrachtet, welche der Durchführung solcher Reformen auf dem Wege der Bundesgesetzgebung entgegenstehen, wenn es endlich gewiß ist, daß jene Mängel mit jedem Fortschritte in der Entwicklung bestimmter hervortreten, klarer erkannt werden müssen und dann die Kluft zwischen Bedürfnis und Befriedigung immer fühlbarer wird, ist dann zu erwarten, daß der Bund im Augenblicke einer ernststen Gefahr für sich allein auch im Stande sein werde, die Gesamtinteressen des Vaterlandes zu halten, zu schützen und zu vertreten? Muß man es nicht vielmehr für diesen Fall als einen durch nichts Anderes zu ersetzenden Vortheil preisen, daß alsdann der Zollverein mit seiner gesammelten geistigen Nationalkraft, mit seinem Einheits- und Selbstständigkeitsgeföhle, mit seiner festen, sichern, auf die Thätigkeit eines gesunden Volkslebens gebaueten Haltung dem Bunde schützend und helfend zur Seite steht? Und wer sind nun wohl die bessern, ehrlichen Vaterlandsfreunde, Diejenigen, welche an der innern und äußern Beförderung des Zollvereins arbeiten, auf Beseitigung aller Unterschiede zwischen ihm und dem Bunde hinwirken und dazu selbst Opfer nicht scheuen, oder Diejenigen, welche im Zollvereine Mißtrauen zu erregen, die Eintracht zu stören und außerhalb desselben die Eifersucht anderer Staaten aufzuheben suchen?

Aus dem Gesichtspunkte der Principien betrachtet ist daher die Gefahr eines feindlichen Zusammentreffens zwischen dem Bunde und dem Zollvereine zum Nachtheile Deutschlands nie zu befürchten; sie können friedlich neben einander hergehen und sich im Augenblicke der Gefahr gegenseitig zu Hülfe kommen, vielleicht auch später einst eben so friedlich sich vereinigen, niemals aber in die Nothwendigkeit gerathen, einander nach dem Leben zu trachten. Indes gehört zur Vollständigkeit der Vorstellung, welche der Doctor sich von der Sache macht, und zu den Besorgnissen, von welchen er gequält wird, noch eine eigenthümliche Färbung, die wir einer nähern Be-

trachtung unterwerfen müssen. Aus seinem ganzen Buche tritt eine bittere Antipathie gegen Preußen hervor, welche allen seinen Ausführungen eine bestimmte Richtung und einen sich gleich bleibenden Charakter giebt, von welcher man aber schwer sagen kann, ob sie mehr aus Haß oder aus Furcht entsprungen ist. Auch wie weit sie geht, läßt sich nicht mit Bestimmtheit sagen; der Doctor tritt freilich an manchen Stellen bestimmt genug hervor, an andern aber ist er vorsichtiger, und nur der bittere Grimm, der dann unwillkürlich zwischen den Zeilen hervordringt, läßt muthmaßen, daß er noch mehr verschwiegen als ausgesprochen hat. Namentlich auch in Dem, was er über das Verhältniß des deutschen Bundes zum Zollvereine sagt, ist eine gewisse der eigenen Herzensneigung widerstrebende Zurückhaltung nicht zu verkennen; allein auf der andern Seite ist es nicht schwer, aus seinen Obersäßen die Consequenzen fortzuführen und auf solche Weise zu einer ziemlich bestimmten Vorstellung von Dem zu gelangen, was eigentlich den Kern seiner Besorgnisse bildet. Und auch in dem Verhältnisse zwischen Bund und Zollverein ist ihm dieß lediglich Preußen. Man glaube ja nicht, daß der Doctor mit gleichem Fanatismus gegen die Zollunion das Kreuz predigen und zu Felde ziehen würde, wenn dieselbe nicht eben von Preußen, sondern etwa von seinem ritterlichen mittel-deutschen Vereine ausgegangen wäre, er fühlt recht wohl, daß allein von jener Grundlage aus seine Lehre schwerlich Proselyten machen dürfte, und deshalb stellt er — ungeachtet der an mehreren andern Stellen enthaltenen schielenden Bewahrung, mit welcher er eine so bestimmte Deutung von sich fern zu halten sucht — Preußen als ein in allen Winkeln des Zollvereins lauerndes, bald mit seinem Alpdrucke zermalmendes und bald mit Syrenenstimmen verlockendes Schreckgespenst auf, welches nunmehr der Welt durch des Doctors Zauberspiegel gezeigt werden soll. Der Zollverein, sagt er, ist keine deutsche, sondern eine preussische Schöpfung, er ist ausgegangen von der Eigenthümlichkeit des preussischen Staates, welche allen übrigen Vereinsstaaten unwillkürlich einge-

impft wird. Preußen ändert bei der Erweiterung des Zollvereins nichts in seinem Systeme, während alle beitretenden Staaten sich demselben unterordnen müssen, seine Finanz- und Verwaltungsgrundsätze werden die herrschenden im Vereine, sein Einfluß ist der überwiegende, Preußen allein handelt, während den übrigen Staaten nur eine passive Rolle zugetheilt bleibt. Auf diese Weise wächst Preußens Hegemonie im Zollvereine üppig fort und überzieht wie eine Schlingpflanze allmählig den größten Theil von Deutschland. Darum warnt der Doctor und ruft den Sorglosen, welche nicht hören und nicht sehen wollen, vom Dache herab zu, daß das Capitol in Gefahr sei. Denn — wir brauchen jetzt ja die Resultate, zu welchen er wirklich gelangt, nur zusammenzustellen, um sogleich zu erfahren, was er außerdem denkt. Daß durch die Ausbildung des Zollvereins an sich dem deutschen Bunde keine Gefahr drohen kann, ist zu einfach zu begreifen, als daß selbst der Doctor darüber sich oder Andere täuschen könnte; aus dem Gesichtspunkte der Preußenfurcht tritt aber seine Warnung in ihr helles Licht. Der Doctor fürchtet nichts mehr und nichts weniger, als daß Preußen den deutschen Bund oder doch den größten Theil desselben zuerst durch die Banberkünste des Zollvereins an sein Commando bannen und demnächst bei einer passenden Gelegenheit als gute Prise in seine Tasche stecken werde. Der deutsche Bund wird untergehen und der Zollverein sich in Preußen verwandeln — das ist der einfache Ausdruck der Besorgniß des Doctors. Wenigstens müssen wir dieselbe in diesem Sinne und in dieser Ausprägung auffassen, weil sie sonst gar keine Bedeutung haben würde, und die vorsichtige Beschränkung, welche auf S. 366 u. f. der Dachpredigten der Sache gegeben wird, halten wir für nichts, als für diplomatische Redensarten. Der Dachprediger zweifelt hier freilich selbst an Preußens Absicht auf eine Hegemonie, aber sein Zweifel klingt mehr wie eine Warnung oder Drohung, und indem er die Anklage offen auszusprechen Scheu trägt, kleidet er sie in die an das Lächerliche streifende Besorgniß ein, Preußen könne

durch die weitere Entwicklung des Zollvereins selbst gegen seinen eigenen Willen in die Bahn gedrängt werden, auf welcher es nach der Oberherrschaft in Deutschland streben müsse. Und diese Oberherrschaft, bei welcher die einzelnen Staaten nur etwa noch einige Autonomie für innere Angelegenheiten behielten, bezeichnet er (S. 371) sehr bestimmt als „preussische Universalmonarchie in Deutschland.“

Fürwahr ein staunenerregender Blick in die Zukunft, den der Doctor uns da öffnet! Er reißt mit fester Hand den Vorhang weg, vor welchem wir Andern — wir im Zollvereine — in stumpfsinniger Ergebung bisher gesessen haben, und zeigt uns den Abgrund, an dem wir schlaftrunken wandeln. Und wenn wir nun erwägen, daß der Doctor den hannoverschen Standpunkt vertheidigt, daß er für Hannover den Beruf einer politischen Opposition gegen Preußen in Anspruch nimmt, so wird man allerdings seinen Angstruf erklärlich finden. Hannover vertritt dann die Selbstständigkeit Deutschlands gegenüber einem ehrgeizigen Riesenplane, Hannover hält das Banner, um welches wir uns schaaren müssen, um deutsch zu bleiben und nicht preussisch zu werden. Nicht vom Zollvereine als solchem, sondern von Preußen, welches sich der Kraft des Zollvereins nur zu seinen Zwecken bedient, droht dem Bunde Gefahr, und die zollverbündeten Fürsten werden in ihrer Verblendung nur zum Sturze des Vaterlandes mißbraucht. Darum wacht auf, ihr Schläfer, und hört auf die Warnungsstimme, die der treue Eckard von den Dächern an der Leine euch zuruft!

Wir wollen uns die Augen ausreiben, sie an die blendende Helle des plötzlich verbreiteten Lichts zu gewöhnen suchen und uns dann die Gespenster etwas in der Nähe beschauen. So groß also sollte die Gefahr sein, und wir hätten bisher noch nichts davon gesehen? Ich gestehe offen, daß ich auch jetzt noch nicht daran glauben kann, ja daß der Doctor selbst mich an andern Stellen wieder beruhigt hat. Er zieht z. B. (S. 359) den Bund dem Zollvereine vor, weil jener auf ewige Zeiten, dieser nur auf eine Reihe von Jahren ge-

geschlossen sei, was doch nur soviel bedeuten kann, daß der Zollverein geringere Wahrscheinlichkeit des Bestehens für sich habe; er rügt an derselben Stelle die Unnatürlichkeiten einer Verbindung im Zollvereine, was ebenfalls nicht auf innere Kraft und Festigkeit schließen läßt. Die süddeutschen Staaten, sagt er ferner, liegen nicht im Bereiche der politischen Anziehungskraft Preußens, sondern Oesterreichs, und können nur durch überwiegende finanzielle Vortheile dem Vereine erhalten werden; hier scheint also die Gefahr einer politischen Amalgamation mit Preußen sehr fern zu liegen. Ueberhaupt kann ich mir nicht so recht denken, wie eigentlich Preußen durch den Zollverein in die Lage gebracht werden könnte, sich Deutschlands zu bemächtigen und den Bund zu sprengen. Das Zollsystem, welches der Verein angenommen hat, ist allerdings von Preußen ausgegangen und, auf dem Wege, auf welchem der Zollverein entstanden ist und allein entstehen konnte, mußte es nothwendig von irgend einem einzelnen Staate ausgehen, gleichwie bekanntlich das System des Steuervereins im Wesentlichen von Hannover ausgegangen ist. Eine solche Accommodation liegt also in der Natur der Sache und ist unvermeidlich. Wenn man nun aber auch wirklich ein von Preußen ausgegangenes System in Beziehung auf Deutschland ein fremdes nennen könnte, so würde damit doch noch nicht dargethan sein, daß das deutsche Staats- und Volksleben nicht Kraft genug mehr hätte, diesen fremden Stoff mit seinen gesunden Säften zu verarbeiten und als etwas Eigenes zur Erscheinung zu bringen. Es ist wohl nicht ohne Absicht geschehen, daß der Doctor durchgängig den Begriff des Fremdartigen einschleibt, wo er höchstens von Fremdem, d. h. außerhalb des einen Staates zuerst Gedachtem oder vollständig Durchgeführtem reden könnte. Das Erste, dem eigenen Wesen widersprechend, wird unnatürlich aufgedrungen und bleibt heterogen; das Zweite, wenn es nur dem eigenen Wesen entspricht, wird augenblicklich conform und verliert jede Spur seines außerhalb der Landesgränze liegenden Ursprunges. Schwerlich giebt es noch irgend einen Theil der

heutigen Gesetzgebung, bei welchem nicht in diesem Sinne fremde Ideen und Erfahrungen benutzt wären. Bieviel wir im Staatsverwaltungsfache von den Franzosen angenommen haben, weiß jeder Geschäftsmann; und eben so bekannt sind die Nachbildungen im Heerwesen. Hannover hat jetzt in dem Leben und Treiben seiner höhern Stände ungleich mehr englische Elemente, als Deutschland preussische; nur hat es leider von England allein das Abstoßende, Unnütze, nicht aber das Praktisch-Tüchtige entlehnt. In der Gemeinschaft des Völkerlebens theilt immer derjenige Staat den andern am meisten mit, welcher den Einfluß politischer Macht und höherer Bildung für sich hat; Hannover würde ebenfalls einen solchen Einfluß gewiß gern üben, wenn es ihn nur besäße. Grade bei stammverwandten Völkern ist auch eine solche Mittheilung des Besondern zu natürlich, als daß man ihr entgegenarbeiten dürfte; aber sie wird auch eben so natürlich eine gegenseitige, wenn nur die überwiegende Intelligenz des einen Staates nicht lediglich auf eine träge, indifferente Masse zu wirken hat. Wäre dieß der Fall, so würde die einseitige Aufnahme fremder Eigenthümlichkeiten ohne erwidernde Mittheilung ein Verjüngungsproceß sein, bei welchem freilich die eigene Individualität allmählig unterginge, der aber gleichwohl nach der ewigen Regel des Werdens, daß das Wachsende über dem Verwesenden herrscht, als eine Naturnothwendigkeit erschiene. Wo aber das Völkerleben noch eigene Haltung, Kraft und Regsamkeit hat, wo die Bildung — nicht bloß einzelner Classen und nicht bloße Stubengelehrsamkeit — nicht zurückgeblieben ist, wo der Staatsorganismus nicht durch todte Formen, sondern durch das Bewußtsein seiner Angehörigen getragen wird, da beruht der geistige Verkehr auf einer Wechselwirkung, auf einem Austausch, bei welchem auch der mittheilende Staat wieder Elemente von andern in sich aufnimmt. So würde also auch die Frage, ob durch den Zollverein preussisches Wesen die Oberherrschaft in Deutschland bekommen werde, hauptsächlich von dem Stande der politischen, sittlichen und intellectuellen Bildung abhängen, welche in den

übrigen Staaten herrscht, und für diese daraus nur die Aufgabe entstehen, in allen Culturverhältnissen mit Preußen in einen edlen Wettstreit sich einzulassen. Vor einem cultivirten Staate sich zu fürchten, wäre Albernheit, wo nicht noch Schlimmeres, und wenn Preußen bisher durch den Zollverein in mancher Hinsicht einen Einfluß auf die verbündeten Staaten geübt hat, so wird auch Niemand, der seine Augen nicht in die Tasche gesteckt hat, die Thatsache verkennen, daß aus diesen andern Staaten grade durch den Zollverein wiederum mindestens eben so viele Elemente des Volkslebens, eben so gewaltige Massen von Ideen in Preußen eingedrungen sind.

Ob Preußen nach einer politischen Suprematie, vielleicht gar nach einer Obergewalt in Deutschland strebt, mag der Doctor aus seinem Standpunkte beantworten; ich habe auf die Frage nie Gewicht gelegt, weil ich fest überzeugt bin, daß wenn auch solche ehrgeizige Pläne in Preußen gehegt werden sollten, sie doch nie anders, als durch die Kraft der Sympathie des deutschen Volkes und mit dessen vollem Einverständnis in Erfüllung kommen könnten. Nur durch aufrichtige Beförderung des deutschen Elementes könnte Preußen zum Siege gelangen, dann aber würde nicht Deutschland in Preußen, sondern Preußen in Deutschland aufgehen. Ich wenigstens habe noch genug Vertrauen zur Kraft des deutschen Volkslebens, um zu erwarten, daß es fähig sein wird, dem Geiste den Geist entgegenzusetzen. Aber freilich wird die Erhaltung, die Entwicklung und selbst die Wirksamkeit dieser Kraft nicht dadurch befördert, daß wir den Partikularismus an die Spitze stellen, daß wir spießbürgerlich unsere, doch wahrlich nicht überall durch die Nothwendigkeit gebotenen Individualitäten mit kleinlicher Eifersucht festhalten, daß wir uns gegenseitig verdächtigen und mit dem Auslande drohen, sondern nur dadurch, daß wir Alle treu beisammen stehen, Alle fest an die Heiligkeit einer deutschen Sache glauben und in der Einheit unsere Zuversicht, unser Selbstgefühl finden.

III.

Einfluß des Zollvereins auf die Selbstständigkeit der deutschen Staaten.

Wir haben den Gegenstand, welchem dieser besondere Abschnitt gewidmet ist, schon bei früheren Gelegenheiten zu berühren Veranlassung gehabt, doch wird die Wichtigkeit der Sache es um so mehr rechtfertigen, alle einzelnen Bestandtheile desselben nun einmal zusammenzustellen und aus einem gemeinschaftlichen Gesichtspunkte aufzufassen, als hier die Absicht der Dachpredigten unverkennbar darauf gerichtet ist, das Selbstständigkeitsgefühl der deutschen Regierungen zum Widerstande gegen eine Gemeinschaftlichkeit derjenigen Interessen aufzuregen, welche der Zollverein umfaßt. Und wunderbarer Weise erscheinen ihm auch in diesem Verhältnisse die Gegensätze durch und durch so scharf geschieden, daß er im Bunde Alles vortrefflich geordnet, im Zollvereine aber Alles unnatürlich, schielend, zweideutig, und daß er in allen Beziehungen Gefahr erblickt.

Des Doctors Ansicht im Allgemeinen kennen wir schon. Während nach ihm der Bund auf die Freiheit der Staaten gegründet und von Oestreichs oder Preußens Uebergewicht in demselben nichts zu fürchten ist, findet er im Zollvereine nur den vorherrschenden Einfluß Preußens, welcher auf Kosten jener Selbstständigkeit vermehrt wird. Die einzelnen

Staaten haben nicht nur von vorn herein durch Annahme eines preussischen Systemes einen großen Theil ihrer Unabhängigkeit geopfert, sondern sie müssen sich auch ferner im Wesentlichen den Anordnungen fügen, welche Preußen zu treffen für gut findet. Sie haben damit wichtige Zweige der Landes- und Finanzverwaltung aus den Händen gegeben, ohne durch die Theilnahme an der Leitung des Vereins einen entsprechenden Ersatz zu bekommen, Preußen ist also nicht nur durch den Verein kräftiger und einflußreicher geworden, sondern es haben auch die einzelnen Staaten von ihrer Selbstbestimmung gerade so viel verloren, als Preußen gewonnen hat.

Bevor wir diese Ansicht in ihrer Vollständigkeit auffassen, müssen wir verschiedene Einzelheiten prüfen, auf denen sie beruht. Der Doctor äußert sich darüber auf S. 347 bis 353 der Dachpredigten zwar nicht erschöpfend, wie er selbst sagt, indeß wollen wir ihm einstweilen hier folgen und dann noch Einiges von anderen Stellen seines Buches nachholen. Von den Attributen der Souverainetät findet er zunächst die Gesetzgebung gefährdet, theils durch die Menge neuer Gesetze, welcher jeder eintretende Staat sogleich beim Anschlusse übernehmen muß, und theils durch das fortwährende Eindringen fremder Normen auch nach dem Anschlusse. In erster Beziehung muß man dem Doctor darin vollkommen Recht geben, daß die Zollgesetzgebung im ganzen Vereine eine gleiche ist, und daß nur derjenige Staat zugelassen wird, welcher sich zu deren Annahme versteht. Hierin liegt nichts Unnatürliches, da für den Abschluß neuer Verträge, wenn derselbe nicht regelmäßig vereitelt werden soll, kaum wohl etwas Anderes übrig bleibt, als die unveränderte Festhaltung der in allen übrigen Vereinsstaaten schon geltenden Gesetze. Ja dieses Verfahren würde sich selbst dann als das zweckmäßigste empfehlen, wenn jener Grund nicht schon so überwiegend wäre; denn die Güte der vorhandenen Gesetze wird offenbar richtiger im Vereine selbst beurtheilt, wo man sie übt und über ihren Werth oder ihre Mängel fort-

während die reichsten Erfahrungen sammelt, als außerhalb desselben, wo es natürlich an solcher Erfahrung durchaus fehlt. Sieht man ferner vom Principe ab, so scheint auch für die Güte der im Vereine geltenden Zollgesetzgebung eine nicht zu verwerfende Autorität darin zu liegen, daß auch Hannover aus derselben die Grundzüge für die seinige entlehnt und auf den Steuerverein übertragen hat; wenigstens wird keinem Sachkenner, der die hannoverschen Steuergesetze liest, die Aehnlichkeit mit dem preussischen Muster entgehen. — Wie man aber auch darüber urtheilen möchte, so ist doch so viel nicht zu bestreiten, daß im Augenblicke des Anschlusses der neu eintretende Staat es völlig frei in seiner Hand hat, ob er die ihm bis dahin fremde Gesetzgebung annehmen will oder nicht, da er ja nur nicht einzutreten braucht, um sich dieselbe fern zu halten, und daß also in dieser ersten Annahme vernünftiger Weise keine Schmälerung seiner Souverainetätsrechte gefunden werden kann. Der Anschluß beruht auf einem freien Vertrage, und die Annahme der Zollgesetze bildet eine Bedingung desselben; nun mag jeder Staat, bevor er sich bindet, mit sich selbst darüber zu Rathe gehen, ob die Vortheile, welche er vom Vereine erwartet, für ihn größer sind, als die vermeintliche Unannehmlichkeit der Annahme einiger fremden Gesetze. — Ebenso unrichtig ist aber auch des Doctors Ansicht über die später nachfolgenden neuen Zollgesetze. Bis jetzt ist freilich noch wenig der Art erschienen, da die eigentliche Gesetzgebung des Zollvereins bekanntlich nur selten verändert wird und nur etwa der Tarif von Zeit zu Zeit einige Modificationen erleidet; allein ich gebe zu, daß auf das Mehr oder Weniger für das Princip nichts ankommt und will deshalb auch die Frage nur von dieser Seite auffassen. Der Doctor führt den luxemburgischen Vertrag an, um zu beweisen, daß mit dem erfolgten Anschlusse das Wort Preußens allein in der Zollgesetzgebung gelte; allein damit hat er nur einen Beweis seiner mangelhaften Sachkunde gegeben. Die Zollanschlüsse gehen, wie dieß die Natur der Sache mit sich

bringt, überhaupt in einer zweifach verschiedenen Weise vor sich, entweder in der Art, daß ein benachbarter Staat oder ein benachbarter Landestheil eines andern Staates sich dem nächsten zollverbündeten Staate und durch diesen dem Zollvereine anschließt, oder dergestalt, daß der Eintritt in den Zollverein unmittelbar erfolgt. Jenes ist gewöhnlich dann der Fall, wenn der anzuschließende Gebietstheil keinen großen Umfang hat und aus diesem Grunde oder wegen der geographischen Lage am zweckmäßigsten mit dem größern Nachbarstaate in einer Verwaltungsgemeinschaft bleibt. Dieß liegt offenbar im gemeinschaftlichen Interesse und wird namentlich vom Doctor Haber bei seiner Vorliebe für Localverhältnisse wohl kaum bestritten werden. Denn eben solcher Eigenthümlichkeiten wegen hat der Zollverein den in allen Anschlußverträgen ausgesprochenen Grundsatz, „daß freilich in den Gebieten der contrahirenden Staaten übereinstimmende Geseze über Eingangs-, Ausgangs- und Durchgangsabgaben bestehen, dabei jedoch diejenigen Modificationen zulässig sein sollen, welche, ohne dem gemeinschaftlichen Zwecke Abbruch zu thun, aus der Eigenthümlichkeit der allgemeinen Gesezgebung eines jeden Theil nehmenden Staates oder aus localen Interessen sich als nothwendig ergeben.“ Eine solche den Individualitäten sich anschmiegende Autonomie könnte aber auch zu den buntesten Verwickelungen führen, wenn sie nicht für naturverwandte und ineinandergeschobene Gebiete wieder unter eine gewisse Gleichmäßigkeit gebracht würde, und das ist nur durch solche besondere Abtretungen ausführbar, bei denen übrigens dennoch die Willensfreiheit des abtretenden Staates so weit als irgend möglich aufrecht erhalten ist. Das Mäßigste, was man indeß fordern kann, ist die im Voraus verheißene Zustimmung zu legislativen Maßregeln, welche „in allen Staaten des Vereins angenommen werden.“ In dieser Weise ist Luxemburg an Preußen und durch Preußen in den Zollverein getreten; es würde aber die größte Ignoranz verrathen, hieraus schließen zu wollen, daß immer nur Preußen den Anspruch auf eine

solche überwiegende Stellung habe, indem vielmehr ebenso oft auch das directe Gegentheil der Fall ist. So sind bei dem Anschlusse Braunschweigs an den Zollverein mehrere preussische Gebietstheile der braunschweigischen Verwaltung übergeben, und der darüber geschlossene Vertrag vom 19. October 1841 sagt ebenfalls im Artikel 3 wörtlich: »Etwaige Abänderungen der in Beziehung auf die gedachten Abgaben im Herzogthume Braunschweig bestehenden gesetzlichen Bestimmungen, welche der Uebereinstimmung wegen auch in den fraglichen preussischen Landestheilen zur Ausführung kommen müßten, bedürfen der Zustimmung der königlich preussischen Regierung. Diese Zustimmung wird nicht versagt werden, wenn solche Abänderungen in den Herzoglich braunschweigischen Landen allgemein stattfinden.« Man könnte sogar behaupten, daß Preußen hier mehr an Braunschweig abgegeben habe, als in dem vom Doctor angeführten Falle Luxemburg an Preußen, indem Preußens Zustimmung nur von der Allgemeinheit der neuen Bestimmung in dem Gebiete des Herzogthums Braunschweig abhängig gemacht ist, Luxemburg dagegen erst durch die Einstimmigkeit des ganzen Zollvereins gebunden wird; allein wir können auch hier dabei stehen bleiben, den Grundsatz selbst widerlegt zu haben, ohne noch auf kleine Vortheile Gewicht zu legen. — Abgesehen von diesem Falle eines mittelbaren Anschlusses ist aber der freie Wille der Zollvereinsstaaten in Beziehung auf Veränderungen in den bestehenden Gesetzen keineswegs im Voraus gebunden, wie z. B. der Artikel 5 des mit Braunschweig abgeschlossenen Vertrages ausdrücklich sagt: »Veränderungen in der Zollgesetzgebung, mit Einschluß des Zolltarifs und der Zollordnung, so wie Zusätze und Ausnahmen können nur auf demselben Wege und mit gleicher Uebereinstimmung sämmtlicher Glieder des Gesamtvereins bewirkt werden, wie die Einführung der Gesetze erfolgt.« Diese Berichtigungen werden ohne Zweifel genügen, um zu zeigen, daß die Dachpredigten in ihren Be-

sorgnissen für das Gesetzgebungsrecht der Vereinsstaaten von ganz falschen Voraussetzungen ausgehen.

Für das selbstständige Verwaltungsrecht der einzelnen Vereinsstaaten erblickt der Doctor eine zweifache Gefahr theils darin, daß dieselben gezwungen würden, fremde, namentlich preussische Beamte aufzunehmen, theils darin, daß alle Vereinsstaaten das Recht erhalten, die Zollverwaltung in den verbündeten Ländern durch eigene Beamte zu beaufsichtigen. In Betreff der ersten Rüge gestehe ich, von einem gegen irgend einen neu eintretenden Staat in dieser Hinsicht geübten Zwange noch nie etwas gehört zu haben. Die Aufnahme fremder, routinirter Zollbeamten mag in solchen Fällen von der einen Seite empfohlen und von der andern selbst gewünscht sein, weil sie in einem bestimmten Maaße regelmäßig im beiderseitigen Interesse, sowohl des Zollvereins als des neu eintretenden Staates liegt, und tritt deshalb auch bei der Ausführung sehr häufig ein; ich zweifle indeß, ob irgend ein Vertrag existirt, bei welchem sie auch nur zur Bedingung gemacht wäre, obgleich doch die Bedingungen immer der freien Annahme oder Verwerfung unterliegen. Die Interessen treffen hier auf eine natürliche Art zusammen. Allerdings muß der Zollverein wünschen, daß die Zollgesetze in allen verbündeten Staaten gleichmäßig ausgeführt werden, was beim Anschlusse eines neuen Staates in der Regel (wenn nämlich dieser nicht zeitig vorher die nöthigen Vorbereitungen getroffen hat) nur durch Unterstützung mit einem Theile des bereits eingeübten Personals gesichert werden kann, und außerdem wird in diesem Falle auf der bisherigen Zollgränze ein Theil der Beamten disponibel, welcher dann am zweckmäßigsten auf der neuen Gränze zu verwenden ist. — Auf der andern Seite wird der neu eintretende Staat seiner eigenen Verwaltung wegen in der Regel gern damit zufrieden sein, daß er einige bereits erfahrene Beamte bei der Einrichtung des neuen Verhältnisses zur Hülfe bekommt, und wenn er nicht etwa die Aussicht hat, der Gränzstaat zu bleiben, so liegt in der Ueber-

nahme fremder Beamten für ihn noch der besondere Vortheil, daß er im Falle der weitem Ausdehnung des Vereins und wenn er selbst Binnenland wird, nur eine geringere Anzahl eigener Officianten außer Thätigkeit zu setzen hat. Uebrigens ist es bekannt, daß auch die aus fremden Diensten eintretenden Officianten mit dem neuen Dienstverhältnisse aufhören, Fremde zu sein, indem sie zu dem aufnehmenden Staate in volle Dienstabhängigkeit treten und, so lange diese währt, außer aller dienstlichen Beziehung zu dem Staate stehen, welcher sie zuerst angestellt hat. — In alle Dem wird man vernünftiger Weise nur gegenseitige Erleichterungen, nicht aber eine Beschränkung der Souverainetätsrechte erblicken. — Die Befugniß der Vereinsstaaten endlich, die Zollverwaltung gegenseitig zu überwachen, ist eine so durchaus unerläßliche Maßregel, daß ohne sie auch nicht der kleinste Verein zu Stande kommen würde. Selbst wenn nach des Doctors Vorschlage nur einzelne Gruppierungen deutscher Staaten zur Gemeinschaft der Verkehrsverhältnisse erreicht werden sollten, möchte schwerlich auch nur ein einziger darunter sein, welcher dem Nachbar ohne Weiteres die Frage überließe, wie er das gemeinschaftliche Interesse auffassen und innerhalb seiner Staatsgränzen behandeln wolle; und es ist bekannt, daß namentlich auch der hannoversche Steuerverein den Grundsatz einer gegenseitigen Controle durch eigene Aufsichtsbeamte von dem Systeme des Zollvereins (oder von dem preussischen Systeme) angenommen hat. Eine Beschränkung der Hoheitsrechte ist in solcher Beaufsichtigung nicht zu finden, sondern höchstens eine nicht unter allen Umständen angenehme Maßregel; aber solchen Maßregeln muß man sich fügen, wenn man den Zweck will, und man fügt sich ihnen gern und ohne Souverainetätsdünkel, weil man den Zweck für zu wichtig und zu erhaben hält, als daß dabei kleinliche Rücksichten der Eitelkeit in Betracht kommen könnten.

In der Beschränkung der Freiheit, Handelsverträge mit dem Auslande zu schließen, erkennt auch der

Doctor an sich noch keinen Vorwurf, der den Zollverein träfe, indem eine solche Beschränkung die nothwendige Folge einer jeden vertragmäßigen Verkehrsgemeinschaft sei. Aber er nennt es eine »Ungleichheit« in dieser natürlichen Beschränkung, daß Preußen allein ziemliche (?) Freiheit in der Wahl von neuen Handelsverbindungen behalte, weil es im Vereine anführe und das Organ der Union zu Anknüpfungen im Auslande sei. Ich verstehe diesen Vorwurf nicht recht; er scheint mir nur darauf hinauszulaufen, daß Preußen größer ist, als andere Vereinsstaaten. Der Zollverein hat noch keine diplomatische Agenten im Auslande, und Handelsverbindungen, welche über seine Gränzen hinausreichen, können also nur auf die Weise erreicht werden, daß einer der Vereinsstaaten die Initiative ergreift und für den Verein die Unterhandlungen leitet, wobei es sich von selbst versteht, daß, ganz einfache und unbedenkliche Fälle ausgenommen, keiner der Zollstaaten, auch Preußen nicht, jemals Verträge schließt, über deren Gegenstand nicht vorher Mittheilung gemacht und wobei nicht die Interessen der einzelnen Staaten zur Sprache gebracht und abgewogen wären. Wenn bisher Preußen diese Rolle übernommen hat, so liegt der Grund nicht etwa in den Bestimmungen des Vereins, sondern theils darin, daß dieser Vereinsstaat schon wegen seiner politischen Stellung die meisten diplomatischen Verbindungen im Auslande besitzt; theils aber auch darin, daß Preußen bisher der einzige Küstenstaat im Zollvereine gewesen, also zur Leitung der gemeinschaftlichen Verhältnisse beim überseeischen Handel am unmittelbarsten berufen und am besten geeignet ist. Ohne Zweifel ist es auch ein Gewinn und kein Nachtheil für den Zollverein, wenn einer seiner größeren Staaten die in den meisten Fällen nothwendig bei ihm in größerm Umfange und in größerer Zahl gesammelten Erfahrungen und intellectuellen Kräfte zum Besten des Ganzen verwendet, da die Staaten zweiten und dritten Ranges wohl nur selten in der Lage sein werden, in Beziehung auf großartige Verhältnisse einen wirksamen Ein-

fluß im Auslande zu üben, und es ist namentlich sehr zu bezweifeln, ob der jetzt durch Preußens Vermittelung mit Nordamerika abgeschlossene Vertrag jemals durch irgend einen der kleineren Staaten zu Stande gekommen wäre. Sollte jedoch in einem einzelnen Falle die Rolle der Vermittelung durch die natürlichen Verhältnisse einem andern Vereinstaafe zugewiesen sein, so würde der Verein nicht das Mindeste dagegen zu erinnern haben, sondern die gewonnenen Resultate ebenso gern und dankbar annehmen, als wenn sie von dem mächtigsten Mitgliede ausgingen. So würde man z. B. Baden gern die Vermittelung eines Handelsvertrages mit Frankreich überlassen, wenn es sich dieser Aufgabe gewachsen glaubte, man würde sich freuen, wenn Würtemberg mit der Schweiz, Baiern mit Oestreich über gegenseitige angemessene Begünstigungen im Namen des Vereins sich verständigte. Auch für entferntere Verbindungen ist die Wirksamkeit kleinerer Staaten keineswegs ausgeschlossen. Dächten wir uns den Fall, daß Hannover jetzt dem Zollvereine beizutreten entschlossen wäre, so hätte dieser Staat, wenn er sich wirklich auf die Höhe der Verhältnisse zu heben wüßte, im jetzigen Augenblicke eine Stellung von solcher Wichtigkeit für die Beziehungen zum Auslande, wie sie bei so beschränkter politischer Macht wohl selten gefunden werden kann. In einem Zeitpunkte, wo die englische Handelspolitik schwankt, wo dem dortigen Getreidezolle ein Volkssturm droht, wo in der Whigpresse (man vergleiche nur die bekannten Artikel des Morning-Chronicle über diesen Punkt) schon wiederholt der Wunsch ausgesprochen ist, daß nur der Zollverein erst die Gränzen Deutschlands überall erreicht haben möge, weil erst dann England mit einem fest consolidirten Ganzen Handelsverträge abschließen könne: in einem solchen Zeitpunkte steht Hannover zwischen England und dem Zollvereine, dem an seiner Erwerbung unbestreitbar Viel liegt; es könnte nach beiden Seiten die Hand reichen zu Annäherungen, auf beiden Seiten sein Gewicht geltend machen und Resultate gewinnen, für die ihm das ganze Vaterland danken würde.

Und schwerlich hätte Hannover zu besorgen, daß Preußen oder irgend ein anderer Vereinsstaat ihm mit seiner Eifersucht hindernd in den Weg träte.

Die Befürchtung des Doctors hat aber auch noch eine andere Seite. Wenn er zuerst der Meinung ist, daß im Zollvereine für Handelsverträge zu wenig geschehen möchte, so fürchtet er doch auch wieder, daß man unter Umständen des Guten zu viel thun könne. »Denn«, sagt er, »der Zollverein kann Handelsverbindungen mit dem Auslande eingehen, die möglicher Weise einem einzelnen Lande sehr schädlich sind.« Die nahe liegende Antwort hierauf besteht darin, daß ja kein Handelsvertrag im Namen des Zollvereins ohne Einstimmigkeit aller Mitglieder geschlossen werden, also auch kein einzelner Staat sich beschweren kann, wenn seine Interessen dadurch verletzt werden. Der Doctor sucht dieser Antwort mit einer Dunkelheit zuvorzukommen: »Der einzelne Zollstaat«, sagt er, »kann jene Verbindung nicht hemmen, da der Weg, welchen alle solche Maßregeln in der Union nehmen, den Thatfachen und selbst der fixirten Ordnung des Vereins« (?) »nach meistens unabhängig vom Willen des Einzelstaates läuft und regelmäßig eine indirecte Biegung« (?) »hat, wider die das einzelne Land wenig einwenden darf.« Käme in diesem Satze nicht so Etwas von der »fixirten Ordnung des Vereins« und »der indirecten Biegung« vor, so könnte man allenfalls herauslesen, daß der einzelne Staat in der Regel zu viele Rücksichten gegen die anderen zu nehmen habe, um ohne größere Unannehmlichkeiten dem Abschlusse eines von der Mehrzahl gewünschten Handelsvertrages widersprechen zu dürfen; allein jene Einschübfel, wenn sie nicht bloße Wortornamente sein sollen, stellen wieder Alles in Frage; denn, was die »fixirte Ordnung«, d. h. doch wohl die vertragsmäßige Organisation des Vereins, mit jenem vorausgesetztem Erfolge gemein haben soll, ist durchaus nicht einzusehen. Dürfte man indeß auch bei jener Deutung stehen bleiben, so würde ihr doch nur eine falsche Auffassung der Verhältnisse zum Grunde

liegen. Der Fall, wo von sämmtlichen Zollvereinsstaaten nur ein einziger Ursache hätte, den Abschluß eines allen übrigen willkommenen Handelsvertrages nicht zu wünschen, ist überhaupt kaum denkbar, denn so verschieden sind trotz allen „Länderindividualitäten“ die Verhältnisse der einzelnen deutschen Staaten zum Auslande doch nicht, daß gerade einem einzigen Nachtheil bringen sollte, was allen übrigen vortheilhaft ist. Träte aber dennoch einmal wirklich eine solche Verschiedenheit der Interessen ein, so würde doch nur etwa ein größerer Staat eine so singuläre Eigenthümlichkeit haben, und dann wird er, wenn seine Regierung sonst auf festen Füßen steht, auch in sich die Kraft finden, Dem zu widersprechen, was mit seinen Interessen streitet. Und wäre es aber auch nur der kleinste Staat, so wird er das Recht haben und die Mittel besitzen, zu widersprechen und die seinen Interessen verderbliche Maßregel zu verhindern; denn nie wird und kann der Zollverein fordern, daß einer der ihm zugehörenden Staaten sich ihm zum Opfer bringe. So ist es bei Verträgen und so, was im Erfolge gleich bleibt, bei der Begründung einer jeden neuen die Gesamtheit bindenden Maßregel. Wären die Protokolle der jährlichen Generalconferenzen in Zollvereinsangelegenheiten dem Doctor zugänglich, so würden sie ihm vielfache Beweise für die Richtigkeit dieser Bemerkung liefern. Die ganze Sache ist ein Nebelbild, welches er uns mit seiner reichen Zauberlaterne vorgespiegelt hat, und wer nicht an Gespenster glaubt, wird keine Gefahr darin erblicken.

Den schwersten Kummer empfindet aber der Doctor darüber, daß seiner Meinung nach die Leitung der volkswirtschaftlichen Interessen durch den Beitritt zum Zollvereine den Regierungen der einzelnen Staaten großen Theils verloren gehe. Dürfte man ihm glauben, so wäre es mit der Einwirkung der Zollvereinsregierungen auf ihre Unterthanen vorbei, alle Bande, durch welche diese an sie geknüpft sind, wären zerrissen, Alles schauete nur nach Preußen, Gewerbsthätigkeit, Handel, die ganze Industrie erhielte

von daher Bestimmung und Richtung, die Regierungen der einzelnen Staaten befänden sich auf dem Wege, geradehin überflüssig zu werden. »Bisher,« sagt er, »galt es für gute Politik, die vorhandenen Bedürfnisse und Interessen im Volke an die Regierung zu ketten, weil man berechnete, daß ihre Befriedigung die sicherste Bürgschaft für Abhängigkeit und Anhänglichkeit der Unterthanen gebe, weit besser, als Versicherungen in den Constitutionen. Da, wo die Interessen des Volkes theilhaftig sind, liegt das Pfand seiner Treue.« Mit der Erlaubniß des Herrn Doctors muß ich dagegen bemerken, daß ich diejenige Politik, welche »die vorhandenen« — also alle — Bedürfnisse und Interessen des Volkes an die Regierung kettet, um dadurch eine Bürgschaft für Abhängigkeit und Anhänglichkeit der Unterthanen zu bekommen, nicht für eine gute, sondern für eine recht grundschlechte, für eine so schlechte halte, daß sie schwerlich auch nur ein Anfänger in der Staatswissenschaft vertheidigen möchte. Wer des Volkes Wohl befördert, um die Regierung zu stärken, der macht das Bestehen der Regierung zum Zweck und das öffentliche Wohl zum Mittel, stellt also nach gesunden Begriffen die Sache geradehin auf den Kopf und kann schon dieser Verkehrtheit wegen nicht zu einer vernünftigen Politik gelangen. Aber freilich wird man auch durch eine solche Umdrehung aller Verhältnisse unausbleiblich zu der *Maxime* geführt, bei allen Bedürfnissen und Interessen, in allen Beziehungen der Thätigkeit das Volk die Nothwendigkeit der Regierung fühlen zu lassen und es zu gewöhnen, daß es nichts von sich selbst, sondern Alles von der Regierung erwarte, daß es alles Selbstvertrauen verliere und bei jeder Veranlassung an seine »Abhängigkeit« erinnert werde. Das war ja jene schöne Politik, welche uns bis in das jetzige Jahrhundert gegängelt hat, welcher wir die Erniedrigung des Vaterlandes verdanken, die freilich noch in manchen alten Perücken ihren Leibzuchtssitz festhält, von der aber gerade das jetzige Zeitalter mit aller Kraft sich zu befreien sucht. Unter den wahren Staatsmännern ist wohl kaum noch ein

Zweifel darüber vorhanden, daß die beste Politik vielmehr darin besteht, der freien Thätigkeit und Selbstbestimmung des Volkes einen so großen Spielraum zu überlassen, als unbeschadet der Zwecke der Regierung irgend geschehen kann, und nur helfend, sichernd, fördernd da einzugreifen, wo die Kraft des Einzelnen nicht ausreicht. Und wie verhält sich nun der Zollverein zu dieser Politik? Er schafft dem Verkehre die freie Bewegung in einem ungleich größern Gebiete, als welches die Regierung irgend eines der verbündeten Staaten allein ihm gewähren könnte, er gibt ihm hier die Gelegenheit, sich nach allen Seiten ungehindert zu entwickeln, er schützt ihn innerhalb dieser weiten Gränzen und macht es ihm möglich, durch den vollen Gebrauch seiner Kräfte zu zeigen, daß er auf eigenen Füßen stehen kann. Nicht Zwang, sondern Befreiung vom Zwange ist der Grundgedanke des Zollvereins, und zwar von einem Zwange, welcher nur die Folge der Zertheilung Deutschlands in so viele Staaten ist. Was soll denn bei solcher Zerissenheit die einzelne Regierung thun, um dem Verkehre zu Hülfe zu kommen, wie soll sie dessen »Bedürfnisse« für sich allein befriedigen, wie die »Interessen« in ihrer Abgeschiedenheit genügend wahrnehmen? Bei dem besten Willen kann sie ja nichts thun, weil die eigenen Gränzen ihr überall hindernd im Wege stehen, oder sie verfällt gar auf Kunstleien, welche das Volk in eine unnatürliche Stellung bringen und dem allgemeinen Betriebe die gesunde Wurzel nehmen. Wenn daher unter solchen Umständen die Regierung von der Befreiung des Verkehrs durch Erweiterung des Gebietes für denselben einen Verlust an dem ihr nöthigen Abhängigkeitsfann ihrer Unterthanen zu befürchten haben sollte, so wäre dieß doch nur etwa in der Voraussetzung anzunehmen, daß man einen blinden chinesischen Glauben des Volkes an die Allmacht der Regierung für nöthig, und daß man es schon für gefährlich hielte, wenn das Volk zu der Einsicht käme, es seien zwischen Himmel und Erde am Ende doch noch Dinge möglich, welche über die Kräfte der eigenen Regierung hinausreichten.

Freilich wird es den Regierungen im Zollvereine einigermaßen erschwert, den Verkehr und die Industrie zu »leiten«, weil diese vielmehr freier gemacht und unter den Schutz geregelter Verhältnisse gestellt sind, allein das ist auch eben ein wahres Glück, so wie der Hauptsegen des Vereins, und keine irgend aufgeklärte Regierung wird es bedauern, um den Preis der wahren Wohlfahrt ihrer Unterthanen auf eine Richtung ihrer Thätigkeit verzichtet zu haben, von welcher sie zu deren Besten doch nur einen kümmerlichen Gebrauch machen konnte, und welche ihr ohnehin, je blindgläubiger das »Abhängigkeitsgefühl« ihrer Unterthanen geworden war, um so leichter wohl gar das drückende Gesändniß abnöthigte, daß selbst die billigen Wünsche und Erwartungen des Volkes weiter reichten, als ihre eigene Macht. Dagegen eröffnet gerade der Zollverein dem guten Willen einer aufgeklärten Regierung ein neues unabsehbares Feld segensreicher Wirksamkeit, sie wird den ängstlichen, niederdrückenden Sorgen beengender Verhältnisse enthoben und auf einen Standpunkt gebracht, von welchem aus der Blick sich erweitert, die Zukunft wächst und der Drang nach Fortschritten sichere Haltung bekommt. Erst im Vereine und im Genuße der freien, geschützten Bewegung, welche derselbe schafft, wird es den Regierungen möglich, die materiellen Interessen des Volkes in ihrem eigentlichen Mittelpunkte aufzufassen und wahrhaft großartig zu fördern, während sie vorher mit dürftigem Flickwerk sich begnügen mußte oder gar in ihrer Noth auf unnatürliche Auswege versiel. Wenn daher der Doctor wehklagt: »Gerade die volle, freie innere Verwaltung war zur Zeit des Reichs und bis zu unseren Tagen das Recht, woraus die Selbstständigkeit des Landes am meisten erhellte«, so ist gegen die Richtigkeit dieser Behauptung freilich ebenso wenig Etwas einzuwenden, als wenn versichert würde, daß zur Zeit des Faustrechts jeder Ritter auf seiner Burg das Recht über Krieg und Frieden gehabt habe; allein so wenig eine solche particulare Abgeschlossenheit das Ritterthum mit seinen Burgen zu halten vermochte, ebenso

wenig wird auch jetzt noch ein aufgeklärter Staatsmann in der Beförderung des Particularismus der deutschen Staaten eine Bürgschaft für ihre Kraft und ihr Bestehen erblicken. Vielmehr begreifen wir immer deutlicher, daß doch auch jene Selbstständigkeit nur eine eingebildete war, daß nur in der Vereinigung des Ganzen die wahre Kraft liege, durch welche auch das Bestehen des Einzelnen gesichert wird, daß das ganze Staatsleben auf eine höhere Entwicklungsstufe gebracht ist, auf welcher die früheren Rücksichten der Absonderung ihren Werth verlieren und dagegen weitere Gesichtspunkte für die Staatsweisheit gesucht werden müssen. Ist es auch vollkommen wahr, was der Doctor behauptet, daß ein Theil der allgemeinen Interessen des Volkes jetzt seine Richtung und Bestimmung nicht mehr von den einzelnen Regierungen, sondern von dem Principe erhält, welches im Zollvereine herrscht, daß Gemeinschaftlichkeit der Verkehrsinteressen im Wesen der Union liegt, und daß sie gemeinschaftlichen Gang und gleichförmiges Fortschreiten von Handel und Industrie will, so wäre es doch ein an Geistesverwirrung gränzender Fehlschluß, deswegen nun behaupten zu wollen, daß eine solche in der Mitte von Deutschland erreichte Gemeinschaftlichkeit etwas Fremdes sei, daß nun durch fremde Gesetzgebung und fremde Interessen die nationalöconomischen Angelegenheiten der einzelnen Staaten geleitet würden. Wer nicht einmal zwischen dem Gemeinschaftlichen und dem Fremden unterscheiden kann, wer jede Neuerung, jeden Fortschritt, dem die eigene Beschränktheit nicht gewachsen wäre, für etwas Fremdes hält, welches man sich fern halten müsse, der sollte sich wenigstens nicht unterfangen, vor dem deutschen Volke in irgend einer staatswissenschaftlichen Frage als Lehrer auftreten zu wollen. —

Wir müssen nun noch von einer andern Stelle nachholen, was der Doctor als eine Gefahr für die Selbstständigkeit der einzelnen Staaten im Zollvereine erblickt. Es gehört dahin der (S. 344) gerügte Mangel eines gemeinschaftlichen Organes für den Verein. Was die-

ser Rüge Wahres zum Grunde liegt, wollen wir später untersuchen, einstweilen aber des Doctors Ansicht näher kennen lernen. Weil nämlich der Verein, sagt er, noch keinen bleibenden und geregelten Organismus, noch kein sichtbares und anerkanntes Haupt hat, so kann seine Entwicklung nur auf dem diplomatischen Wege erreicht werden. Hier ist aber Preußen wiederum im Vorzuge, denn alle Anregungen gehen von ihm aus, und durch Einzelverträge mit den getrennten Zollstaaten erreicht es seine Zwecke viel sicherer, als dieß bei einer feststehenden Grundverfassung des Vereines möglich sein würde. So wird im Geheimen die Sache abgemacht, bevor im Zollvereine selbst davon die Rede gewesen ist, und die Vereinsstaaten sehen sich plötzlich ganz unerwartet zu einer Neuerung gezwungen, die nur in preussischen Verhältnissen und Interessen ihren Grund hat. Wenn das wirklich wahr wäre, so könnte man fragen: warum schlagen denn die übrigen Zollvereinsstaaten nicht den nämlichen Weg ein? Weshalb fügen sie sich freiwillig einer so durchaus passiven Rolle, ohne jemals selbst die Initiative zu ergreifen? Offenbar sind hier die Rechte auf allen Seiten durchaus gleich, und der bessere, regsamere Gebrauch, der etwa auf der einen Seite davongemacht würde, wäre mindestens kein Vorwurf gegen den Verein, sondern nur gegen die Regierungen derjenigen Staaten, welche in solcher Beziehung hinter Preußen zurückblieben. Es ist aber auch eine durchaus bodenlose Behauptung, daß die Entwicklung und Fortbildung des Vereinssystems allein auf dem Wege der Separatverträge zwischen Preußen und den einzelnen Zollstaaten erfolge. In Ansehung derjenigen Gegenstände, welche der unter allen Vereinsstaaten bestehende Vertrag bereits umfaßt, wäre eine solche Fortbildung durch Einzelverträge nicht einmal rechtlich zulässig und hat auch noch niemals stattgefunden. Der Doctor kann also, wenn er nicht überhaupt bloß ins Blaue hineingegriffen hat, nur etwa diejenigen Verhältnisse meinen, in Ansehung deren eine Gemeinschaftlichkeit allerdings im Geiste des Vereins liegt, jedoch bis jetzt noch nicht durchgängig erreicht ist, namentlich den Ver-

kehr mit inländischen Erzeugnissen. In dieser Beziehung bestehen allerdings Separatverträge unter einzelnen Staaten, durch welche die Gemeinschaftlichkeit auch darauf ausgedehnt ist, allein keineswegs in der Weise, daß dieß immer von Preußen ausgegangen und durchgesetzt wäre, indem vielmehr Preußen an manchen Sonderverträgen der Art gar nicht einmal Theil nimmt.

Der Dachprediger ist durchaus unbekannt mit allen dahin gehörenden Einrichtungen des Zollvereins; nicht einmal den Zweck der jährlich zusammentretenden Zollcongresse kennt er richtig. Er findet deren Aufgabe allein in den Tariff Fragen, während ihn doch ein einziger Blick in irgend einen Anschlußvertrag hätte belehren können, daß außer jenen Fragen, außer der Verhandlung über etwaige Rügen in Ansehung der Zollverwaltung in den einzelnen Staaten und endlich außer der Abrechnung über die Einnahme zu ihren Geschäften noch wesentlich gehört: »die Berathung über Wünsche und Vorschläge, welche von einzelnen Staatsregierungen zur Verbesserung der Verwaltung gemacht werden,« so wie endlich »über Abänderungen der Zollgesetze und der Verwaltungsorganisation, welche von einem der contrahirenden Staaten in Antrag gebracht sind, überhaupt über die zweckmäßige Entwicklung und Ausbildung des gemeinsamen Handels- und Zollsystems.« An einem sichtbaren Organe für die Fortbildung des Zollvereins fehlt es daher ebenso wenig, als an einer genügenden Zusammenstellung des Stoffes, und Alles, was nach des Doctors Meinung jetzt im Wege der Diplomatie abgemacht werden müßte, bildet vielmehr recht eigentlich den Gegenstand der Verhandlungen beim Zollcongresse. Richtig ist es allerdings und schon von anderen Seiten gerügt, daß dessen Organisation noch mangelhaft und wesentlicher Verbesserungen bedürftig ist; der Doctor stimmt ebenfalls in diesen Tadel ein — und hier ist es, wo er die Wahrheit trifft — allein so wie er nun einmal die Sache des Zollvereins auffaßt, geräth er dadurch mit seinen eige-

nen Ansichten in einen neuen Widerspruch, indem er schon jetzt über die Verminderung der Souverainetätsrechte der einzelnen Vereinsstaaten wehklagt, jedoch augenscheinlich noch viel ärger sich gebärden müßte, wenn dem Zollcongresse durch vervollkommnete Organisation eine vermehrte Gewalt und damit eine noch bestimmtere und umfassendere Einwirkung auf die Verhältnisse der einzelnen Staaten ertheilt werden sollte.

Dem also verzerrten Bilde des Geschäftsganges und der Selbstständigkeitsverhältnisse im Zollvereine stellt nun der Doctor die Erscheinung im Bunde gegenüber. Hat er dort Alles nur schwarz gemalt, so taucht er hier seinen Pinsel allein in das lieblichste Rosenroth. »Das Bundesgebäude,« sagt er S. 291, »ruht auf dem Princip der Freiheit der Länder,« und diese Freiheit besteht nach ihm »in dem Besitze einer souverainen Regierung und im Rechte des Landes, seine Interessen nach eigenem Bedürfniß zu leiten und zu verwalten.« Daher nennt er als einzelne Vorzüge: »Eigenthümliche Verfassung der Länder, besondere innere Verwaltung, specielle Bedürfnisse und vor Allen die materiellen Interessen sind daher Sorge und Thätigkeit der besonderen Staaten geblieben, fern von der Einmischung und Behandlung des Bundes.« Dieses Thema wird an einer spätern Stelle (S. 309) nochmals aufgenommen, wo er die Individualität des Landes in der jetzigen Bundesverfassung bezeichnet und rühmend hervorhebt als »die eigenthümliche Richtung in Sein und Interessen des einzelnen Staates und die anerkannte Befugniß, ihr gemäß zu leben und innerlich thätig zu sein und zu streben.« Man kann das Weitere darüber, was sich in zehnmaligen Wiederholungen umherdreht, an den bezeichneten und auch an anderen Stellen im Buche nachlesen. Der langen Rede kurzer Sinn ist der, daß der Bund sich nicht um die inneren, sondern nur um die äußeren Angelegenheiten der einzelnen Bundesstaaten bekümmere; jene vielmehr der eigenen Autonomie überlasse, und darin findet er einen unschätzbaren Vorzug des Verhältnisses

im Bunde vor dem im Zollvereine. Wir wollen hier nicht weiter darüber streiten, ob eine solche Eigenschaft des Bundes, wenn sie wirklich vorhanden wäre, ein Vorzug genannt werden könnte, nicht einmal einwerfen, daß es ja eine durchaus leere Voraussetzung ist, man könne nur zwischen Bund und Zollverein wählen und nur für den einen sich entscheiden, weil wir mit diesem Einwurfe auf eine Frage zurückkommen würden, welche wir schon oben abgemacht haben; entscheidend ist aber, daß der Doctor auch hier mit seiner Apologie wiederum auf ganz falschen Thatsachen steht. Wenn er nämlich behauptet, der Bund und dessen Verfassung greife nicht in die inneren Verhältnisse der einzelnen Staaten ein, so bezeugt das nur eine grobe eigene Unkunde, oder setzt eine solche bei Anderen voraus. Zwar könnte man über des Doctors Ansicht wieder zweifelhaft werden, wenn man vergleicht, was er einige Zeit vorher (S. 282) bei Gelegenheit der vielbesprochenen Controverse über die Frage: ob der deutsche Bund ein völkerrechtlicher oder ein staatsrechtlicher Verein sei, gesagt hat. Er entscheidet sich hier ausdrücklich für die Ansicht, daß unser Bundesverhältniß über die bloß völkerrechtliche Natur hinausgehe, und sagt deshalb wörtlich: »Deutschland besitzt eine Centralautorität, eine außerhalb der Bundesstaaten (also doch auch über denselben) stehende Gewalt als moralische Person, die allerdings in gemessenem Kreise und nicht mit dem Umfange einer wahren Staatsgewalt gebietet, aber doch wenigstens Stücke von Regierungsgewalt besitzt, und in dem Kreise ihrer Gewalt dieselben Formen von öffentlicher Thätigkeit geltend macht, wie der wirkliche Staat, und oberraußend, gesetzgebend, vollziehend, richterlich und polizeilich verfährt, — auch ihren Anordnungen die einzelnen Länder unterwirft.« Wenn aber die Bundesgewalt mit dem Rechte und der Macht bekleidet ist, »oberraußend, gesetzgebend, vollziehend, richterlich und polizeilich zu verfahren,« und dann, was allerdings dazu gehört, »ihren (in jenen verschiedenen Beziehungen getrof-

fenen) Anordnungen die einzelnen Länder zu unterwerfen, wie kann man dann noch behaupten, jedes Bundesland habe die volle Freiheit, seine Interessen lediglich nach eigenem Bedürfnisse zu leiten, es habe, die besondere innere Verwaltung fern von der Einmischung und Behandlung des Bundes? So könnte man die eine Stelle mit der andern schlagen; allein der Doctor kann sagen: wenn ich an der ersten Stelle das Eine und an der zweiten das Gegentheil gesagt habe, so kann das Letzte eben sowohl das Richtige und Jenes das Unrichtige sein, wie umgekehrt; und außerdem gilt mir sein Urtheil für eine zu schlechte Autorität, als daß ich es auch nur ihm selbst zur Widerlegung entgegensetzen möchte. Ich will also die Frage aus dem Gesichtspunkte der Bundesverfassung und der Bundespraxis prüfen. Schon oben bei einer andern Gelegenheit (S. 22) habe ich darauf hingewiesen, daß bereits in der Bundesacte selbst viele Bestimmungen enthalten sind, welche unmittelbar in die Verhältnisse der einzelnen Staaten eingreifen, also deren Autonomie beschränken, denn wenn die Bundesacte im Artikel 12 verlangt, daß in jedem Bundesstaate die Rechtspflege durch drei Instanzen geordnet sein soll, so darf keiner derselben lediglich nach eigenem Bedürfnisse und fern von der Einmischung des Bundes die Zahl der Instanzen auf zwei beschränken; wenn der Artikel 13 landständische Verfassungen fordert, so darf keine deutsche Regierung die unbeschränkte Autokratie in ihrem Lande einführen, und ebenso verhält es sich mit der im Artikel 16 garantirten politischen Gleichheit der christlichen Religionsabtheilungen, mit der Stellung der mediatisirten Fürsten in den einzelnen Staaten, so wie endlich mit den im Artikel 18 gegebenen Grundzügen allgemeiner bundesbürgerlicher Rechte. Das Schlimmste aber, was dem Doctor in seinem blinden Eifer begegnen kann, ist der Umstand, daß ja der Bund, von dem er (S. 309) rühmt, daß er nicht versucht habe, Einheit Deutschlands in materiellen Einrichtungen und Streben herzustellen, dennoch im Artikel 19 der Bun-

desacte sich selbst eine solche Einheit ganz ausdrücklich zum Ziele gesetzt hat. Freilich ist jener Artikel noch nicht zur Ausführung gekommen; allein die Befugniß dazu wird man dem Bunde schwerlich streitig machen, und dann kann doch auch der Doctor Haber nicht mehr bezweifeln, daß eben Dasjenige recht eigentlich und genau in den grundgesetzlichen Wirkungskreis des Bundes gehört, dessen Ausscheidung davon er für den größten Vortug der Bundesverfassung und für das sicherste Merkmal der Selbstständigkeit der deutschen Staaten erklärt.

Oder hätten etwa späterhin die Grundsätze des Bundes sich geändert? Spräche sich etwa in seiner weiteren Entwicklung und in seiner Praxis die Absicht aus, die innern Verhältnisse der einzelnen Staaten ganz unberücksichtigt zu lassen? Ich erinnere an die Carlsbader Beschlüsse, an die Wiener Schlusssacte, an die Aufhebung des badischen Pressgesetzes, an die verschiedenen Beschränkungen der Presse und des Buchhandels; an die bundespoliceilichen Verbote gegen Vereine und Volksversammlungen, an die Mafregeln zur Aufsichtigung der Universitäten, der ständischen Verhandlungen und sogar einzelner politischer Untersuchungen, an die Beschränkung des Gebrauchs der Actenverschickung in Processsachen und an eine große Menge anderer Anordnungen, welche seit kaum fünf und zwanzig Jahren vom Bunde ausgegangen sind. Eine Kritik dieser Mafregeln wird hier nicht beabsichtigt und gehört auch nicht zur Sache, soviel wird doch aber bei gesunden Sinnen nicht geläugnet werden können, daß sie sämmtlich recht eigentlich und zum Theil recht tief in die innern Verhältnisse der einzelnen Bundesstaaten eingegriffen haben und noch eingreifen. Der Doctor kommt auch (S. 312) auf die Ahnung der Widersprüche, in die er sich selbst verwickelt hat, allein hier hüpfst er mit einigen allgemeinen Redensarten und neuen Unklarheiten sorglos darüber hinweg.

Der Doctor hat bei jeder Gelegenheit darauf hingewiesen, daß im Zollvereine Preußens Einfluß vorherrschend sei, und

er hat darin die größte Gefahr für die Unabhängigkeit der verbündeten Staaten gefunden. An einer andern Stelle (S. 302) wird er selbst auf den nahe liegenden Einwurf gebracht, daß auch im Bunde ein gleiches Uebergewicht zu bemerken sei, nämlich bei Preußen und Oestreich, und er erwidert darauf, daß ein solches Uebergewicht keineswegs in dem Wesen und der Verfassung des Bundes liege, sondern nur in einer Unterordnung außerhalb der Bundesordnung ihren Grund habe. Nicht anders aber ist es, wie wir gesehen haben, auch im Zollvereine; durch keine vertragsmäßige Bestimmung erhält Preußen einen entscheidenden Einfluß und grade, wie der Doctor in Ansehung des Bundes, dürfen wir behaupten, daß wenn ein solcher Einfluß dennoch von den übrigen Vereinsstaaten eingeräumt werden sollte, die Gründe davon in Verhältnissen zu suchen sind, welche außerhalb des Vereines und seiner vertragsmäßigen Bestimmungen liegen. Hier wie dort stehen sich also die Dinge in dieser Hinsicht völlig gleich; was der Doctor vom Bunde rühmt, dürfen wir gleichmäßig als einen Vorzug für den Zollverein in Anspruch nehmen, und was er gegen diesen auszusetzen hat, muß er auch als einen Mangel der Bundesform anerkennen. Ja wir dürfen in dieser Hinsicht noch einen Schritt weiter gehen und behaupten, daß die Selbstständigkeit und Freiheit der einzelnen Staaten im Zollvereine und nach dessen Grundsätzen noch in umfassenderm Maaße anerkannt und verbürgt ist, als im Bunde und nach der Bundesverfassung. Der Zollverein geht aus von dem Grundsatz des freien Vertrages und der völligen Gleichheit der Rechte aller seiner Mitglieder, so daß die Stimme des kleinsten Vereinsstaates vollkommen eben soviel rechtliche Bedeutung hat, als die Stimme Preußens, wogegen der Bund eine zweifache nach der Größe der einzelnen Bundesstaaten abgestufte Stimmenvertheilung hat, indem das eine Mal mehrere kleinere Staaten zu einer Gesamtstimme vereinigt werden, das andere Mal den größern Staaten mehrere Stimmen zugetheilt sind. In beiden Fällen kommt den größern Staaten neben dem natürlichen Einflusse

ihrer Schwere noch ein Stimmenübergewicht zu Statten, und im ersten — dem regelmäßigen — wird bekanntlich die getheilte Stimme von den combinirten Bundesstaaten alter- nirend geübt, so daß Beschlüsse gefaßt werden, an welchen mehr als die Hälfte der Bundesstaaten gar nicht einmal Theil nimmt. — Wie dürfen ferner nicht unberücksichtigt lassen, daß im Zollvereine eine neue Maßregel nur durch Einstimmigkeit beschlossen werden kann, während bei den Verhandlungen des Bundestages in den bei weitem meisten Fällen (Art. 7 der B. A.) die Majorität entscheidet. — So verschwinden des Doctors Befürchtungen vor einer unbefangenen Prüfung wie Nachtgespenster vor der Morgendämmerung, er hat auch nicht ein Jota von der Behauptung bewiesen, daß die Selbstständigkeit der Staaten eine ungünstigere Stellung im Zollvereine, als im Bunde habe, und steht überhaupt — wir dürfen dieß jetzt unbedenklich hinzufügen — mit seinem Lärmgeschrei trotz aller selbstgefälligen Zuversicht durchaus isolirt da. Noch ist außer ihm wohl kein deutscher Publicist, dem das Wohl seines Vaterlandes aufrichtig am Herzen liegt, auf den Gedanken gekommen, daß man dem Zollvereine ausweichen müßte, um die einzelnen Staaten vom Untergange zu retten, und schwerlich dürfte die Lehre auch Anhänger finden.

Wir wollen nun noch einen ruhigen Blick auf das Ganze der Frage werfen. Jede Vereinigung verschiedener Einzelheiten zu einem Ganzen setzt allerdings bei diesen das Aufgeben eines Theils ihrer Individualität voraus, und namentlich bei selbstbewußten Persönlichkeiten eines Theiles ihres unabhängigen Willens, ihrer Selbstbestimmung. Denn die Vereinigung besteht eben in der Unterordnung unter einen gemeinschaftlichen obern Zweck und eine von da ausgehende, also nicht allein von der individuellen Willkühr abhängende gemeinschaftliche Leitung. Will man nun die unbeschränkte Freiheit der Selbstbestimmung mit der Unabhängigkeit für gleichbedeutend erklären, so muß allerdings zugegeben werden, daß jedes Bundesverhältniß diese Unabhängigkeit einigermas-

ßen beschränkt, weil die Selbstbestimmung dann (rechtlich) nur möglich ist unter Berücksichtigung der dem Ganzen (dem Bunde) schuldigen Pflichten so wie der legalen Aussprüche des Gesamtwillens. So vollständig dieß nun auch in Ansehung des Zollvereins zugegeben werden muß, eben so offen liegt es am Tage, daß ganz das Nämliche bei jeder andern staats- oder völkerrechtlichen Verbindung der Fall ist, beim deutschen Bunde, bei Handelsverträgen zwischen größern wie kleinern Staaten, ja überhaupt jedesmal, wo sonst unabhängige Staaten in irgend ein Vertragsverhältniß treten; denn schon aus diesem Vertragsverhältnisse gehen Pflichten hervor, welche an der unbedingt freien Selbstbestimmung hindern. Freilich erschrickt der Doctor (S. 311) vor der Mahnung, daß man der Einheit Opfer bringen müsse, indem er ausruft: „barbarischer Grundsatz, würdig der Schreckensregierung!“ und nach seiner Ansicht, wenn man nämlich dieselbe consequent durchführt, würde auch das einzelne Individuum besser außerhalb des Staates, als in demselben stehen, weil hier natürlich von unbeschränkter Willkühr des Einzelnen nicht mehr die Rede sein kann, aber gleichwie der vernünftige Grund des Eintretens in den Staatsverband für den Einzelnen darin liegt, daß er einen Theil seiner freien Willensbestimmung aufopfert, um dagegen den bei weitem größern Theil derselben gesichert zu erhalten, so haben von jeher auch unabhängige Staaten es vorgezogen, sich mit andern über einzelne Interessen zu vereinigen und insoweit auf eine einseitige Einwirkung zu verzichten, statt in düsterhaftem Selbstgefühl und unter Aufopferung des eigenen Wohls sich eine vermeintliche Unabhängigkeit zu erhalten, welche doch nichts als eine lächerliche Isolirung sein würde. Die Frage über die Nützlichkeit einer solchen Verbindung der Interessen kann nur danach beurtheilt werden, ob der einzelne Staat für Dasjenige, was er an freier Selbstbestimmung aufopfert, aus der Gemeinschaft einen hinreichenden Ersatz bekommt, und sie erfordert daher jedesmal eine Prüfung der Eigenthümlichkeiten des besondern Falles. Der allgemeine Grundsatz aber

wird nicht zu bestreiten sein, daß, je kleiner ein Staat ist und je weniger er in seinen eigenen Kräften die Bedingungen einer gesicherten Selbstständigkeit findet, um so mehr Gründe für ihn vorhanden sind, sich mit andern noch dazu stammverwandten Ländern in eine Gemeinschaft einzulassen und, wenn er auch auf solche Weise einen größern Theil seiner Willkühr aufopfern sollte, doch für den vorbehaltenen einen desto wirksamern Schutz in der Gemeinschaft zu erlangen. Unter den deutschen Staaten sind nur sehr wenige, deren Kräfte und Gebietsumfang ausreichen, ohne weitere Hülfe ihre politische Selbstständigkeit zu behaupten; außerdem aber auch das Wohl ihrer Angehörigen auf naturgemäße Weise zu sichern und deren Bedürfnisse vollständig zu befriedigen, dazu ist auch nicht ein einziger im Stande, und es würde die thörichtste Verblendung sein, wenn die kleinern deutschen Staaten eine Unabhängigkeit in Anspruch nehmen wollten, wie sie etwa unter den europäischen Großmächten möglich ist. Die Vorstellung des Doctors, daß die Bundesgewalt aus völlig werthlosen und an sich nichtigen Abfällen der Staatensoveränetät gebildet sei, daß also die Stifter des Bundes die Kunst verstanden haben, Etwas aus Nichts zu schaffen, ist eitle Spiegelfechtere; im Bunde wie im Zollvereine wird ein Theil der freien Selbstbestimmung aufgeopfert, aber im Zollvereine — worauf es hier allein ankommt — ist der Ersatz ohne allen Vergleich größer als das Opfer, und zwar nicht nur in Bezug auf die Verkehrsverhältnisse, sondern auch in politischer Hinsicht. Der Zollverein beruht auf der Berücksichtigung der im Volksleben herrschenden Verhältnisse, und die innige gegenseitige Durchdringung dieser Verhältnisse wird ihn halten und unauflöslich machen. Dadurch wird nicht die Freiheit der einzelnen Staaten, d. h. die Geltendmachung eines vernünftigen Willens, sondern nur die Willkühr ausgeschlossen, und keine aufgeklärte Regierung wird es als einen Verlust betrachten, wenn sie in einer bestimmten Richtung sich das Vernünftige auch zur positiven Vorschrift gemacht sieht. Der Zollverein beruht aber

ferner auf dem Grundsatz und bringt ihn zur Anschauung, daß Einheit die Kraft bildet, er weckt und stärkt dadurch das Selbstbewußtsein der verbundenen Völker und gibt damit auch dem Regierungswillen einen Nachdruck, welchen man in der Isolirung wohl kaum ahnete. So stärkt er die Staaten und bildet eine potenzierte Gesamtkraft, von welcher auch in politischer Beziehung den einzelnen Verbündeten ungleich größere Antheile zufallen, als was sie durch Verzichtleistung auf einen Theil der freien Selbstbestimmung eingelegt haben. Denn die Verbindung der einzelnen Staaten ist nicht ein mechanisches Summiren, sondern ein organisches Wachsen und gegenseitiges Beleben und Durchdringen, die dadurch gebildete Gesamtkraft ist nicht bloß gleich der arithmetischen Summe der verbundenen einzelnen Kräfte, sondern sie ist ein neues, vor der Vereinigung gar nicht vorhanden gewesenes Product eines höhern, gesteigerten Lebensprocesses, und der einzelne Staat erhält dadurch einen Antheil an einer Kraft, zu deren qualitativer Darstellung er für sich allein gar nicht einmal im Stande war. So wird die Bedeutung der einzelnen Staaten auf ihr rechtes Maas gebracht; sie wird gereinigt — sofern es dessen bedurft hätte — von anmaßender Ueberschätzung, auf der andern Seite aber auch durch die Vereinigung zu einer Macht erhoben, welche das Recht zu einem großartigen Selbstvertrauen hat und darin einen Muth findet, den auch das Ausland schon achten gelernt hat. Und eben dieses nicht bloß in den Regierungen, sondern auch in den Völkern lebende Selbstvertrauen ist die Folge der freien geistigen Bewegung, welche im Zollvereine herrscht und welche auf einem großen Gebiete der allgemeinen Interessen nur durch ihn hergestellt werden konnte, es ist der Adel der Größe, welchen eine thatkräftige Zeit einem zum Erwachen gekommenen Volke aufprägt. Wo aber solches Selbstbewußtsein, solches Gefühl der eigenen Kraft herrscht, da hat es keine Noth mit geistiger Unterjochung, mit Vernichtung des eigenen Daseins durch die bleierne Wucht eines todten Mechanismus, vor welchem wir ängstlich ge-

warnt werden. Wahrlich wir stehen schon auf einem höhern Standpunkte, als daß wir bei Dem, was die Zeit Großes erheischt, was wir als den Schlüssel für die Zukunft des Vaterlandes erkennen, noch mit kleinlicher Sorge uns fragen sollten, ob damit auch die barocke Würde des längst der Vergangenheit angehörenden Patrimonialstaates bestehen könne, und das Zeitalter ist weit genug in der Erkenntniß gekommen, um die Kraft der Nationen in den Sachen und nicht in Formen zu suchen, welche nur durch künstliche Fiction aufrecht erhalten werden können, aber ihrem Zwecke auch nur grade so lange entsprechen, als man ihnen Anerkennung gewährt.

IV.

Einfluß des Zollvereins auf die Volksfreiheit und die ständischen Verfassungen.

Wenn man bedenkt, daß die Nachpredigten aus dem hannoverschen Standpunkte geschrieben sind und die dortige Lage der Dinge vertheidigen, so bildet es eine höchst eigenthümliche Erscheinung, bei der Mancher im ersten Augenblicke zweifelhaft sein wird, ob es Scherz oder Ernst sein soll, daß wir grade von dort her vor dem Verluste unserer Freiheit und unserer ständischen Rechte gewarnt, daß wir aufgefordert werden, es wie Hannover zu machen, um unsere Verfassungen zu behalten. Ich selbst bin mehrmals in Versuchung gewesen, eine scharfe Ironie zu vermuthen, wenn der Doctor z. B. versichert, daß die ständischen Verfassungen im nördlichen Deutschland (worunter bei ihm immer zunächst Hannover zu verstehen ist) besser gesichert seien als im südlichen; aber die peinliche Mühe, die er sich gibt, so kühnen Behauptungen von allen Seiten her theoretische Unterstützung zu verschaffen, setzt es doch immer wieder außer Zweifel, daß er in vollem Ernste redet.

Der Doctor sieht im Zollvereine den völligen Untergang der ständischen Verfassungen, und man muß gestehen, daß er selbst weite Umwege nicht scheuet, um uns diese Gefahr an-

schaulich zu machen. Er geht tief in das Mittelalter zurück, macht aus Frankreich und England anatomische Präparate, um zu zeigen, wie das deutsche Volk sein sollte und wie es nicht ist, entwickelt die Ursachen der französischen Revolution, deren Vorerrscheinungen er zum Theile auch bei uns findet, secirt die Natur des deutschen Volkes und seiner einzelnen Stämme bis auf die feinsten Aederchen, stellt Grundsätze für die Kindererziehung auf und versäumt überhaupt nichts, was auch nur im Entferntesten dazu beitragen kann, uns von seinem hellen Blicke und unserer eigenen bisherigen Verblendung zu überzeugen. Seiner bekannten Gewohnheit nach führt er seine Resultate nicht immer bis zu den äußersten Consequenzen durch, sondern bleibt oft, wenn man das Ziel so zu sagen schon mit den Händen greifen kann, plötzlich stehen, um dem Leser durch das überraschende Bewußtsein, daß er jetzt das Weitere sich selbst sagen könne, das Schlagende seiner Demonstration um so eindringlicher zu machen; wir werden indeß von ihm auch so sicher geführt, daß wir die angefangene Zeichnung mit einigen Zügen rasch nach allen Seite hin leicht zu vollenden im Stande sind.

Die Lehre des Doctors, welcher er zwei volle Predigten (die dritte und die vierte) gewidmet hat, läßt sich in folgenden Hauptpunkten zusammenfassen. Der Zollverein gefährdet das deutsche Verfassungswesen und die deutsche Volksfreiheit sowohl indirekt als direkt. Die indirekten Gefahren bestehen theils in der Zerstörung der Elemente, welche dem deutschen Verfassungswesen zum Grunde liegen, durch Aufhebung der nationalen Gliederungen, theils in der Aenderung des Wesens und der Bedeutung deutscher Stände, indem er aus der Theilnahme an der Regierung eine Volksrepräsentation macht, theils endlich in der Vernichtung der Bürgschaften, welche die ständischen Verfassungen bisher im deutschen Bunde und in den Einzelregierungen gehabt haben. Die direkte Gefahr besteht in der Beschränkung des ständischen Zustimmungsvrechts bei neuen Gesetzen und in Finanzsachen. Nach diesem allgemeinen Grundrisse wollen

wir uns nun in der Lehre etwas genauer bekannt zu machen suchen.

Die erste jener Gefahren ist offenbar diejenige, auf welche der Doctor das meiste Gewicht legt, weil er ihr den größten Theil der Erörterung widmet. „Das deutsche Volk,“ sagt er, „beruht auf dem Systeme von Gliederungen, die im Mittelalter entstanden und durch welche verschiedene in sich geschlossene Abtheilungen erschaffen wurden. Da diese Abtheilungen bei dem frühern Zustande der Verhältnisse zugleich im Besitze der öffentlichen Macht waren, so erlangten sie bei der Ausbildung der Reichsterritorien einen Antheil an der Regierung als Landstände. Als sie später die äußere Macht verloren hatten, sank auch ihr politischer Einfluß; doch sind Reste der ständischen Unterschiede in vielen Staaten noch jezt vorhanden, und an diese muß die landständische Verfassung auch ferner angeknüpft bleiben, wenn sie auf Dauer und Bestand rechnen soll. Nun geht aber Preußen bei seinem Centralisirungssysteme auf Beseitigung der Volksgliederungen und Verschmelzung aller Stände in eine gleiche Masse aus, kann also deutsche Landstände nicht schaffen, und, da mit dem Zollvereine die preussischen Staatseinrichtungen überall werden herrschend werden, so ist in den zollverbündeten Staaten keine landständische Verfassung möglich, sondern nur eine nach willkürlichen Wahlkreisen zusammengesetzte Kammer von Abgeordneten, denen aber jede sachliche Bedeutung und alle Macht abgeht, und die also auch deshalb nicht dauernd werden bestehen können.“

Wir müssen uns zunächst darüber verständigen, worin eigentlich das Wesen Desjenigen besteht, was man Gliederungen des Volkes nennt. So wie Beschäftigungsart, Bildungsverhältnisse, Lebensweise und andere, theils auf bestimmten inneren Richtungen beruhende, theils davon unabhängige Aeußerlichkeiten naturgemäß eine große Menge von Verschiedenheiten in den Erscheinungen der menschlichen Gesellschaft hervorbringen, so ist es auch natürlich, daß die dadurch gebildeten Eigenthümlichkeiten, in so weit sie unter sich

gleich sind oder doch in Hauptpunkten Gemeinschaftliches haben, sich in größeren Gruppen zusammensinden und auf solche Weise äußerlich erkennbare Abtheilungen im Volke bilden, welche man im ganz allgemeinen Sinne Stände nennt. So spricht man vom Stande der Bauern, der Handwerker, der Kaufleute, der Gelehrten, der Aerzte, der Juristen u. s. w., und zwar nicht etwa dergestalt, daß alle diese verschiedenen Stände unter einander ausschließliche Gegensätze bildeten, sondern mit vielfach sich wieder durchkreuzenden Gränzlinien. Da nun die Eigenthümlichkeiten eines jeden Volkes auf die Formen seines politischen Daseins einwirken, so versteht es sich von selbst, daß wo und so weit solche Abtheilungen vorhanden sind, sie auch von der Staatsgewalt in einer ihrer Bedeutung entsprechenden Weise berücksichtigt werden müssen. In welchem Maße dieß jedoch erforderlich sei, darüber lassen sich keine allgemeinen Regeln geben, indem vielmehr die Beurtheilung in jedem besonderen Falle, bei jedem Volke und in jedem Zeitalter sich an die eigenthümlichen Verhältnisse zu halten hat. Das Mittelalter, in welchem die Machtlosigkeit der Staatsgewalt und die Rohheit der Sitten zum eigenen Schutze aufforderte, zeigt uns jene Abtheilungen in der schärfsten Form; das Gleichartige trat damals in Schutzvereinen zusammen, welche ersehen mußten, was der öffentliche Schutz nicht leistete, sich theilweise zu Corporationen ausbildeten, oft wieder (wie z. B. die Innungen in den Städten) kleinere Vereine in sich enthielten, auf der andern Seite aber auch zuweilen wieder weit über die Gränzen der Territorien hinausreichten. So kennt man Adelsverbindungen, welche sich über größere Bezirke von Deutschland erstreckten; das städtische Element war zunächst in den Städten selbst corporirt, aber die Städte waren wieder in größere Bündnisse — wie die Hanse — vereinigt; in den Städten bildeten sich die Innungen der Handwerker und Kaufleute, aber das Innungswesen selbst hatte wieder eine größere Geltung für ganz Deutschland in gegenseitiger Anerkennung des Gesellen- und Meisterrechts.

Das Ritterthum stand zwar in einer gewissen Verbindung mit dem Adelsstande (obgleich keineswegs in einer unbedingten und ausschließlichen, wie historische Oberflächlichkeit oft behauptet, da das Ritterthum nicht durch die Geburt übergang, sondern durch Thaten erworben werden mußte, und eben so wenig alle Adelsichen Ritter, wie alle Ritter von Adel waren); allein es wurde als eine gemeinschaftliche große, sogar durch ganz Europa gehende Gilde oder Verbrüderung betrachtet, in welcher überall bestimmte Rechte und Pflichten der Mitglieder gegenseitig anerkannt wurden.

Wenn man nun allein den Umstand im Auge hätte, daß durch die Hülfe, welche diese Schutzvereine innerhalb bestimmter Landesgränzen großen Dynasten leisteten, die Territorialgewalt der deutschen Reichsfürsten entstanden ist, so könnte man leicht in die Versuchung kommen, in ihnen die unmittelbarsten und nothwendigsten Elemente des deutschen Staatsbaues zu erkennen, und aus dieser Auffassungsweise, so wie daneben aus der Thatsache, daß auch nach erfolgter Bildung der Territorien mehre innerhalb der Gränzen derselben vorhandene Schutzvereine anerkannte politische Bedeutung und Rechte erhielten, welche auch noch in den folgenden Jahrhunderten fortbestanden, ist es zu erklären, daß so viele leichtfertige Nachtreter des Mittelalters deren Beibehaltung oder Restauration fordern und sie für das unentbehrlichste Bedürfniß einer sogenannten beschränkten Monarchie halten. Was dabei ganz und gar übersehen wird, sind zwei geschichtliche Thatsachen von der größten Wichtigkeit. Die erste derselben besteht darin, daß neben Schutzvereinen, welche selbst über die Gränzen der Territorien hinausreichten, oder doch daselbst Verbrüderungen fanden, eine auf ein bestimmtes Gebiet beschränkte Staatsgewalt gar nicht bestehen konnte. Dieselbe würde immer in gewissem Maasse von auswärtigem Einflusse beherrscht worden und daher niemals zu irgend einer Selbstständigkeit und Unabhängigkeit den Vereinen gegenüber gelangt sein. Deshalb mußten die Fürsten suchen, die Städtebündnisse zu brechen und die in diesen bestehenden

Schutzvereine zu sprengen, deßhalb mußten sie sich bestreben, die Freiheit der Innungen durch policeiliche Einwirkung zu beschränken und durch Verwaltungsmaßregeln Dasjenige, was früher eine durch ganz Deutschland und wohl noch weiter gehende Gewerbsverbrüderung gewesen war, in die engere Form einer Landesanstalt zu zwingen. Auch mit dem Ritterthume würde die Territorialgewalt einen Vertilgungskrieg auf Leben und Tod zu beginnen gezwungen gewesen sein, wenn dasselbe nicht ohnehin schon durch die Einführung des Feuergewehrs bei Seite geschoben wäre. Dieses Verhältniß zwischen der neu entstehenden Territorialität und den alten Corporationen griff durch die Kraft der Unverträglichkeit bereits tief in die Existenzbedingungen der letzten ein und setzte dieselben mindestens auf eine tiefere Stufe herab. — Die zweite jener oben angedeuteten Thatsachen ist der Aufschwung der allgemeinen Bildung, welchen die großen Erfindungen in den letzten Zeiten des Mittelalters zur Folge hatten, und welche, wenn auch anfangs nur in kaum bemerkbaren Fortschritten, doch allmählig eine solche Veränderung in die übliche Beschäftigungsweise der Menschen brachten, daß dafür die alten Formen und Abtheilungen nicht mehr ausreichten. Man würde die letzten drei Jahrhunderte unserer Geschichte gewiß sehr einseitig auffassen, wenn man sie, nach den Erscheinungen in der politischen Welt urtheilend, lediglich als das Zeitalter des Stabilismus oder gar der Reaction bezeichnen und dabei unberücksichtigt lassen wollte, welche unendliche Veränderungen in den Grundlagen der Gesellschaft der fortschreitende Weltgeist im Stillen herbeiführte und weiter vorbereitete. Dabei konnten die alten Gränzen nicht mehr bestehen, sie wurden übersprungen von dem Entwicklungsgange der Bildung, und an die Stelle der rein materiellen Macht, auf welcher früherhin der ganze Organismus der Gesellschaft beruhet hatte, trat jetzt die Intelligenz als eine höhere regelnde Gewalt im Völklerleben. Auch jetzt noch wird das Gleichmäßige in der Beschäftigung sich als Gemeinschaftliches zusammenfinden und sich zur Beförderung

gemeinsamer Interessen vereinigen, aber die Beschäftigung hat neue Mittelpunkte gefunden und der Culturzustand des neunzehnten Jahrhunderts fordert andere Kategorien für die Bewegung, als welche dem Mittelalter genügt hatten und aus dessen Eigenthümlichkeiten hervorgegangen waren.

So sind die alten Gliederungen und Corporationen größtentheils gefallen, weil sie zuletzt als etwas Fremdes, Unverträgliches aus der alten Zeit in die Gegenwart hereinragten, weil allmählig Freiheiten an die Stelle der Freiheit und Privilegien an die Stelle des Volksrechts getreten waren. Wenn wir auch noch Verschiedenheiten und darauf beruhende natürliche Abtheilungen in der Gesellschaft haben, so macht doch der Begriff des Staatsbürgerthums, in dessen Entwicklung und Herausbildung der Charakter der neuern Zeit besteht, eine Abstufung in den politischen Berechtigungen einzelner Stände immer weniger möglich, weil gegen den Grundsatz der Gleichheit vor dem Gesetze kein haltbarer Einwurf mehr vorgebracht werden kann. Vor allen Dingen wird die Auffassungsweise des Zeitalters sich immer bestimmter einer solchen Gliederung des Volkes widersetzen, bei welcher räumliche oder geographische Abtheilungen (Gemeinden, Bezirke, Provinzen) von persönlichen durchkreuzt werden, wo also verschiedene Theilungsgründe neben einander bestehen, denen es an einem höhern Vereinigungspunkte fehlt. Was in den Beschäftigungsverhältnissen früherhin die Standesunterschiede und die Corporationen bewirkten, das strebt jetzt der Associationsgeist nicht nur zu ersetzen, sondern noch zu überbieten, aber eben dieser der Entwicklung unserer Zeit so eigenthümliche und nothwendige Geist setzt eine zu große und leichte Beweglichkeit voraus, als daß er in die festen Formen eines Verfassungsgebäudes gezwängt oder gar in seinen stets wechselnden Erscheinungen zu dessen Träger gemacht werden könnte. Vielmehr wird die Aufgabe der Verfassungskunst sich immer mehr dahin bestimmen, daß der Staat die Beschäftigung so viel als möglich der freien Willkühr der Individuen zu überlassen

und in solcher Freiheit zu schützen, nicht aber neue Gränzen aufzurichten habe, nachdem die alten von der Zeit selbst beseitigt worden sind.

Zwischen diesen geschichtlichen Thatfachen und den daran natürlich sich knüpfenden Betrachtungen schwankt nun der Doctor Faber hin und her mit jener Haltungslosigkeit, welche immer die nothwendige Folge des Mangels an allen Grundsätzen, der Verachtung jeder Rechtsidee und aller höhern Anschauung ist. Zwar die Anerkennung müssen wir ihm widerfahren lassen, daß er uns über die Art seiner Auffassungsweise vollständig aufklärt; dieselbe ist eine durchaus mechanische, er kennt nur Kräfte der sichtbaren Natur und von den Eigenschaften des menschlichen Geistes nur die niedern. So sagt er S. 427: „Recht in der politischen Welt — man kann darüber schimpfen und klagen, aber nimmer schafft man es zu einem Dinge, was sich befestigte und bewahrte durch sich selbst und ohne handgreifliche Machtmittel“, und er läugnet also damit, daß der positive Schutz, welchen das Recht in der Welt findet, selbst ein Ausfluß der Rechtsidee sei. Und an einer andern Stelle (S. 429), wo er selbst die politische Bildung unter den Garantien der deutschen Verfassungen aufzählt, fügt er sogleich wieder beschränkend hinzu: „doch möchte ich diese Gewähr nicht sehr hoch schätzen; offen gesagt, bei solchen Dingen rechne ich materiell.“ Im unmittelbaren Uebergange zu unserer jetzigen Frage setzt er nun aber (S. 404) seine Erziehungsmaximen auseinander, welche auch der Politik zum Grunde gelegt werden sollen, und versichert, der menschliche Charakter „ranke weniger an Lehre und Denken in die Höhe, als an stetiger Einhaltung äußerer Aufgaben und Formen.“ Nicht auf die edlern Elemente des menschlichen Geistes und deren Entwicklungsfähigkeit, nicht auf sittliche Richtungen und auf den psychologischen Zwang der Unterordnung unter die Vernunft baut er also seine Menschen- und Völkererziehung, sondern allein auf den rein mechanischen Proceß der Gewöhnung. Als einen Beleg dieser Ansicht erfahren wir denn, „daß flüßerliche

Erziehung (!) und langer Militärdienst feste, entschlossene, resolute, praktische Menschen bildet, weil in beiden Verhältnissen Leben um eine bestimmte Norm besteht,“ und unsere Pädagogen werden sich freuen über das neue vom Dachprediger ihnen aufgesteckte Licht. Die Ruhanwendung macht er nun weiter in folgender Weise: „Wo die Nation in Kreisen gegliedert lebt, von denen jeder Rechtsumfang besitzt mit normirter Begrenzung, (da) werden die Individuen daran gewöhnt, ihre Stellung und Wirksamkeit vom Standpunkte des Besondern zu berechnen und in speciellen Bedingungen und Begrenzungen zu erzielen und zu agiren.“ Von einer solchen Art der Volksbildung erwartet der Doctor »jene Sitte und praktische Anschauung der politischen Dinge, welche gegebene Verhältnisse und Voraussetzungen als unumgängliche Bedingungen politischen Rechnens und Strebens respectirt und in Ansaß bringt“ u. s. w. Im weitem Verfolge dieser bisher noch abstract gehaltenen Lehre erfahren wir dann (S. 406) weiter, daß die Oestreicher und Hannoveraner praktische Menschen sind, als die Preußen, weil dort noch gegliederter Volksbau bestehe, hier aber nicht. Denn »das Gleichheitssystem“ — welches den Charakter des preussischen Staatsmechanismus bildet — »eben wegen seiner ungemessenen Schrankenlosigkeit nach allen Seiten hin, pflanzt etwas Unstetes und Flüchtiges in Denken und Manier, während das sichere, feste Bereich des Einzelnen in der gegliederten Ordnung, wie überhaupt fester Besitz, jene Sicherheit, Ruhe, Solidität erzeugt, die wir am Oestreicher und nordwestlichen Deutschen (d. h. Hannoveraner) gewahren u. s. w.

Es würde zu weit führen, alle Unklarheiten und Unrichtigkeiten nachzuweisen, welche in dieser Darstellung vereinigt sind, und ich muß mich auf die wichtigsten beschränken. Zunächst ist es rein unmöglich, den Grund der innern Nothwendigkeit sich klar zu machen, aus welchem nach des Doctors Ansicht die alten Gliederungen fortbestehen müssen. Auf die im Volke lebenden Ideen als Träger der Verhältnisse gibt er, wie wir schon wissen, gar nichts, indem er

vielmehr äußere feststehende Thatsachen fordert, welche auf die Vorstellungsweise einwirken und den Willen bestimmen sollen. Den in dieser Hinsicht schon oben angeführten Stellen können wir hier noch eine spätere Aeußerung von S. 425 hinzufügen, wo er von der öffentlichen Meinung sagt: »sie ist eine unberechenbare Größe, bald viel wirkend, bald gar nichts, und heute so, morgen anders gelaunt.« Wenn man nun hiernach annehmen dürfte, daß der Doctor auf dem Standpunkte der reinsten Positivität sich befinde, daß er nur das einmal Bestehende auch für die einzige Grundlage des fernern Bestehens halte, so wird man doch wieder irre durch andere Aeußerungen, welche mit einer solchen Ansicht in keinem Falle zu vereinigen sein würden. So entwickelt er selbst S. 381 u. f. die Umwandlung der mittelalterlichen Volkszustände seit dem sechzehnten Jahrhunderte, indem er nachweist, daß von jenem Zeitpunkte an bereits ein großer Theil der frühern Gliederungen verschwunden sei, weil er die äußere Macht verloren habe, und er sagt ausdrücklich: »ganz rein erhalten finden wir am Anfange der achtzehnten Jahrhunderts nirgends die gegliederte Ordnung des Mittelalters.« So erzählt er S. 390 von Frankreich, daß auch nachdem Geist und Zweck des mittelalterlichen Zustandes gewichen, die alten Formen noch eine Zeitlang ihre Spannkraft behalten hätten, und fügt dann hinzu: »Aber die Klugheit rieth zum Abtragen und Begräumen der Trümmer, so wie das Neue allmählig vorrückte und nach Boden rang: — statt dessen hielt unerklärbare Verblendung alles Lästige und Beschwierliche der verschwundenen Verhältnisse mit unerschütterlicher Zähigkeit fest, zum Nachtheil der untern Volksklassen.« Ja, er geht S. 391 noch einen bedeutenden Schritt weiter, indem er dem Wahne entgegentritt, als sei die französische Revolution die Folge einer besonderen politischen Lehre oder der Literatur gewesen, vielmehr behauptet: »Der Widerspruch des öffentlichen Bedürfnisses mit dem, was von der Regierung geschah; der Contrast zwischen unweise festgehaltenen Einrichtungen und den Forderungen, welche neue Gestaltung

des öffentlichen Zustandes machte — sie sind die wahren Ursachen der Revolution.“ Er erklärt ferner (S. 410) Sachverhältnisse für die nothwendige Bedingung bei einer Volksgliederung, welche das Staatsgebäude tragen soll, und wenn man auch wohl vergeblich sich anstrengen möchte, um sich klar zu machen, was unter solchen „Sachverhältnissen“ im Sinne des Doctors eigentlich zu verstehen sei, so gelangt man insoweit doch wenigstens zur Gewißheit, daß er auch für das Bestehen außer dem bloßen Factum noch eine andere Bürgschaft fordert, und da diese Bürgschaft nicht wieder eine bloße Thatsache, etwas zufällig Bestehendes sein kann, für welches man dann wieder nach der Bürgschaft fragen müßte, daß er mindestens auf die Ahnung einer innern, mit der geistigen Beschaffenheit des Menschen zusammenhängenden Nothwendigkeit gebracht wird. Wo es aber gilt, diese Nothwendigkeit geschichtlich zu entwickeln, da verfällt der Doctor wieder unwillkürlich in seine bekannte Wasserscheu vor allem Spirituellen, denn (S. 384) „ihn jammert immer die historische Juristenschule, wenn er ihr erschreckliches Bemühen sieht, die leitende und schaffende Idee der öffentlichen Institute zu finden.“ Ist es möglich, alle Regeln des vernünftigen Auffassens der Geschichte in eine buntere Confusion zu bringen? Wenn wir um Entstehung, Zweck und Bedeutung der alten Gliederungen und Corporationen uns nicht bekümmern, wenn wir sie lediglich als etwas vom haarsten Zufalle Gegebenes betrachten, keinen Zusammenhang mit einem in der Geschichte waltenden Gedanken auffuchen sollen, was kann uns denn jetzt veranlassen, Verhältnisse, die der Doctor selbst als im Vergehen begriffen darstellt, noch ferner ängstlich zu halten, und (S. 412) „das Fortschreiten des gegliederten Staates darin zu erkennen, daß er seine Volkstheile und Classen bewahrt, deren innere (?) Kraft zur vollständigsten Entwicklung bringt u. s. w.“ — Hat bei deren Bildung nur der Zufall sein Spiel getrieben, nun, so lasse man doch ihn allein auch ferner walten, denn wo jeder Richtpunkt für das Urtheilen versagt wird, da kann ja doch das

Urtheilen nichts weiter, als ein bloßes Greifen ins Blaue sein. Und worin besteht denn die „innere“ Kraft der Volksabtheilungen, wie verhält sie sich zu Dem, was der Doctor an einer andern Stelle das „Sachverhältniß“ genannt hatte, ist sie von demselben verschieden oder damit identisch?

Bei dieser confusen Unklarheit in den Grundbegriffen kann es nicht auffallen, daß der Doctor die verschiedenartigsten Erscheinungen unter seinen „Gliederungen“ zusammenwirft, und daß wir gar nicht erfahren, was er davon erhalten und was er aufgeben will. „Mir scheint der Zustand“ sagt er S. 402 — „wo Innungen, Gemeinden, Städte, Adel, Stände, Fürst alle hübsch das Ihrige haben, fest und begränzt, besser zu sein, als jener unbeschränkte Kampf von gegenwirkenden Thatsachen, in dem zwar alle gewinnen können, doch aber nur einer wirklich gewinnt.“ Das wäre schon ein ganz reichhaltiger Catalog von selbstständigen Besonderheiten, es werden aber an einer andern Stelle (S. 398) noch die Kirche und die Justiz hinzugefügt, deren Selbstständigkeit merkwürdiger Weise in der Patrimonialgerichtsbarkeit und in der Besetzung adelicher Bänke in den höhern Dikasterien bestehen soll. Sollen denn nun alle diese verschiedenen Abtheilungen und Gruppirungen im Staate einen Antheil an der Staatsgewalt haben? Sollen außer den Gemeinden auch die Gilden, sollen auch die Gerichte auf dem Landtage erscheinen, soll überhaupt die ganze Eintheilung eine ausschließliche sein, sollen alle jene Abtheilungen durch politische Privilegien getrennt und — was davon die nothwendige Folge sein würde — einander gegenübergestellt werden? Oder worin besteht sonst Dasjenige, was der Doctor „das Ihrige“ nennt, welches sie so hübsch besitzen müssen? Privatrechtliche Interessen können es nicht sein, denn die werden ja in keinem bekannten Staate auch dem Schwächsten genommen, vielmehr überall von der Staatsgewalt geschützt, der Doctor muß sich also nothwendig staatsrechtliche Verhältnisse dabei gedacht haben. Nun möchte ich aber doch den Künstler sehen, der aus jenem Mischmasch von den heterogensten Grundelementen und mit

Vertheilung der Staatsgewalt an dieselben einen vernünftigen und haltbaren Organismus zu Stande brächte. Ich würde die Geduld der Leser ermüden, wenn ich mich lange bei diesem publicistischen Wirrwarr aufhalten wollte, nur einige kurze Bemerkungen mögen mir über Einzelnes gestattet sein. Die Gemeinden und die Städte aufzuheben, wird keinem Menschen jemals einfallen, und daß sie grade aus ihrer historisch entstandenen Abhängigkeit wieder hervorgehoben und auf eine höhere Stufe der Selbstständigkeit gebracht werden müssen, darüber ist unter den denkenden Staatsmännern wohl kein Zweifel mehr. Ob Innungen bei dem jetzigen Stande der industriellen Bildung noch nothwendig, ja ob sie noch zulässig seien, ist eine vielfach bestrittene Frage, die übrigens auf jeden Fall nicht aus dem Gesichtspunkte des Staatsrechts im engern Sinne, d. h. hier der Lehre von der rechtlichen Begrenzung der Staatsgewalt und den dazu erforderlichen Einrichtungen, sondern lediglich nach dem Interesse der Industrie selbst beantwortet werden muß. Fordert die Industrie Gilden, so mögen sie bestehen, allein sie der Volksthätigkeit gegen deren Bedürfnis aufdringen zu wollen, nur um ein Organ für die Ausübung eines Theiles der Staatsgewalt zu bekommen, wäre die verkehrteste Politik von der Welt. — Der Adel in seiner jetzigen Gestalt ist niemals eine Corporation mit staatsrechtlichen Befugnissen gewesen, welche vielmehr von jeher an den Grundbesitz geknüpft war, und zu einer Restauration oder Reform in der Weise des englischen Adels, an welchen der Dachprediger oft genug erinnert, während er doch nur seinen Adel aus dem »nordwestlichen Deutschland« im Auge hat, haben wir auf der einen Seite zu wenig Elemente und auf der andern zu viele. — Also auch da, wo der Doctor seine Hauptstärke sucht, befindet er sich in einer durchaus unpraktischen Stellung ohne wirkliche Einsicht in Das, was er verwirft und was er fordert. Er stellt Vergleichen mit England, Frankreich und Preußen an, bei welchen er Aehnlichkeiten wie Gegensätze annimmt, die in der That nirgend existiren, und zu Folgerungen gelangt, die alle Welt in

Erstaunen setzen. So kann doch zum Beispiel ein verständiger Mann sich wohl kaum des Lächelns enthalten, wenn der Doctor bei der Anpreisung der Verhältnisse in Hannover immer auf Englands Muster hinweist und dann zu erkennen gibt, die Volksfreiheit sei in Hannover besser gesichert, als in Frankreich oder Preußen; wenn er uns zu verstehen gibt, die Justiz in Hannover sei unabhängiger, als die französische, weil es dort noch Patrimonialgerichte gebe und der Adel einen Theil der höhern Richterstellen besetze; wenn er (S. 389) behauptet, daß Gleichheit vor dem Gesetze den Despotismus begünstige; wenn er (S. 392) meint, Preußen mit seiner Städteordnung, seinem offenbar der Entwicklung zuschreitenden Gemeinwesen, seiner recht wesentlich auf ständische Unterschiede gegründeten Provinzialverfassung kenne keine Volksgliederung; wenn er endlich (auf derselben Seite) »den freien Zugang aller Classen des Volks zu Staatsämtern im Civil und Militär« als eine dem Gliederungssysteme widersprechende und darum nachtheilige Folge des Gleichheitsprincipes bezeichnet. Die Krone von Allem ist aber die S. 408 entwickelte Lehre von Demjenigen, was je nach der Verschiedenheit der politischen Systeme in den einzelnen Staaten ein Rückschritt und was ein Fortschritt sein soll. Hier wird uns zunächst mit dem Gefühle der Ueberlegenheit eines Dorfpræceptors unsere sündhafte wissenschaftliche Vernachlässigung vorgeworfen, »denn,« sagt der Doctor, »wer seine politische Weisheit aus dem Conversationslexikon schöpft oder die Definitionen aus den Handbüchern unserer modernen Liberalen holt, bekommt allerdings eine leichte Methode, rasch und bequem über die Frage abzuurtheilen, ob ein Land rückgängige Bewegung versucht oder vorwärts strebt.« Dann aber, nachdem wir unsere Nichtigkeit und des Doctors Unfehlbarkeit begriffen haben, erfahren wir, daß in Preußen Zerstörung des geschichtlich Bestehenden und Aufhebung aller Gemeinschaftlichkeiten im Volke selbst den Fortschritt bedinge, daß deshalb die Städteordnung ein Rückschritt gewesen sei und die weitere Ausbildung der ständischen Verfassung ebenfalls ein solcher sein würde, weil in beiden Fällen »die noth-

wendige Verschmelzung des Staates in ein ungetheiltes Ganzes unterbrochen werde.« Ganz anders sei es dagegen im gegliederten Staate, dessen Aufgabe darin bestehe, alle einmal vorhandenen Abtheilungen im Volke festzuhalten und nur für deren angemessene Verbindung mit dem Mittelpunkte zu sorgen. So gelangt der Doctor zu dem überraschenden Resultate, daß was in dem einen Staate ein Fortschritt ist, im andern ein Rückschritt sein würde, und umgekehrt. Aber freilich kann er dieses Resultat auch nicht entbehren, weil ihm Alles darauf ankommt, den Satz durchzuführen, daß die Grundidee des preussischen Staatsorganismus durchaus keine auf freier Persönlichkeit beruhende Gruppierungen seiner Bestandtheile vortragen könne. Deshalb sind alle seine Zeichnungen falsch, entweder Ideal oder Caricatur, den bestimmtesten Thatsachen widersprechend. Preußens Emancipationsbestrebungen seit 1806, vielleicht die glorreichste Epoche in seiner Geschichte, werden (S. 386) ebenfalls unter den Gesichtspunkt eines verwerflichen Nivellirungssystems gestellt, während auf der andern Seite das »nordwestliche Deutschland« für die Festhaltung seiner alten Gliederungen an vielen Stellen schmeichelhaftes Lob erhält, und doch weiß es ja Jedermann, daß grade von jenem Zeitpunkte an Preußens wunderschnelle Verjüngung und Kräftigung begann, während gleichzeitig das »nordwestliche Deutschland«, und namentlich Hannover, mit seinen altehrwürdigen Gliederungen hülf- und wehrlos eine Beute der französischen Invasion wurde.

Ein Volk ohne alle Gliederungen, ohne alle Unterschiede und Gruppierungen seiner Elemente gibt es in der ganzen Welt nicht und hat es nie gegeben; gleichwie aber die Art und Weise solcher Sonderung bei jedem Volke aus dessen Eigenthümlichkeiten hervorgeht und deshalb auch danach verschieden ist, so würde auch nur die flachste Anschauungsweise behaupten können, daß, was das eine Zeitalter hervorgebracht hat, mit gleicher Unabänderlichkeit für alle folgenden beibehalten werden müsse. Der jedesmalige politische, sittliche und sociale Bildungszustand eines Volkes wird bei einem ge-

sunden Leben auch von selbst die Hauptmassen bezeichnen, in welchen seine Bestandtheile sich scheiden und vereinigen, und es leuchtet ein, daß je höher jener Bildungszustand ist, je kräftiger das Volksleben von einem geistigen Aufschwunge gehoben wird, um so beweglicher auch die Gränzen werden müssen, welche die natürlichen Abtheilungen trennen. Eine größere Festigkeit nehmen allerdings diejenigen Verbindungen in Anspruch, welche auf natürlich dauernden Gemeinschaftlichkeiten beruhen und deshalb geographisch groupirt sind, also die Gemeinden, Bezirke, Kreise, Provinzen u. s. w.; aber je bestimmter dann hier das Vereinigungsprincip seine vernünftige Befriedigung fordert, desto weniger werden sich ihnen gegenüber auch solche Abtheilungen, welche von persönlichen Eigenschaften abhängen und deshalb auch nur störend auf jene geographischen Gliederungen einwirken können, in einer staatsrechtlichen Bedeutung zu halten im Stande sein. Dieser Richtung folgt auch die öffentliche Meinung der neuern Zeit mit großer Bestimmtheit, sie entfremdet sich immer mehr den ältern ständischen Unterschieden und fordert dagegen Kräftigung des individuellen Lebens der Gemeinden und größern Bezirke. Nicht das Princip der Volksgliederung selbst mißfällt den aufgeklärten Staatsmännern unserer Zeit, sondern nur die Unverträglichkeit seiner zum Theil veralteten Formen mit den Bedürfnissen der Gegenwart und das daraus unvermeidlich hervorgegangene Mißverhältniß, daß jene Formen zuletzt selbst in ihrem Innern keine Freiheit mehr kannten, sondern Privilegien für Freiheit nahmen. Bei der Lösung dieses Contrastes ist allerdings Frankreich zu einseitig zu Werke gegangen, obgleich auch Frankreich seine Gemeinden, seine Bezirke und Departements, also eine vollständige Gliederung hat; nur die organische, selbstbewusste Ausbildung dieser Mittelglieder des Staatskörpers ist dort zurückgeblieben, allein dem aufmerksamen Beobachter wird es schwerlich entgangen sein, daß auch in Frankreich ein immer kräftiger werdendes Streben nach dieser bisher vernachlässigten Richtung hin in der Auffassungsweise des Zeitalters sich kund gibt, welches, mit Be-

sonnenheit und Ausdauer verfolgt, auch sein Ziel nicht verfehlen wird.

So finden wir denn also im untersten Grunde des Raisonnements des Dachpredigers auch diesmal nichts als ein ganzes Gewebe von leeren Voraussetzungen. Er stellt Gegensätze auf, welche in dieser Weise gar nicht vorhanden sind, leitet Erscheinungen aus Thatsachen und Verhältnissen ab, welche damit nicht das Mindeste gemein haben, und verkennet umgekehrt sowohl den Charakter der Zeit, als die Bedeutung Desjenigen, was sie hervorgebracht hat. Ein Conservatismus im Sinne des Doctors ist nicht nur ein durchaus verworrenes, sondern zugleich das revolutionärste System, welches man sich denken könnte, weil es den Thatsachen Trost bietet, statt sie anzuerkennen und auf ihnen fortzubauen. Er hat weder eine klare Vorstellung von den politischen Fehlgriffen, vor welchen er warnt, noch von den Mustern, auf welche er uns verweist, er zwingt alle Verhältnisse im Voraus gewaltsam unter seinen einmal eingenommenen Gesichtspunkt und gelangt in seiner rhapsodischen Weise leicht zum Ziele, indem er selbst bei den heterogensten Sätzen oder Verhältnissen einen engen innern Zusammenhang als etwas Bekanntes voraussetzt und sich damit von der Mühe wie von der Pflicht des Beweises entbindet.

Eine gleiche Unklarheit und Begriffsverwirrung herrscht in Demjenigen vor, was der Doctor von der Aenderung des Wesens und der Bedeutung deutscher Stände sagt. Hier ist der Zusammenhang mit dem Zollvereine freilich nur lose angedeutet, aber er tritt doch erkennbar genug hervor. Der eine Abschnitt in der vierten Dachpredigt (S. 433) hat das Thema: »Die Wirksamkeit der Landstände besteht in Theilnahme an den öffentlichen Geschäften, nicht in Vertretung des Landes oder Volks, und nicht in Repräsentation der Interessen.« Dann geht die Argumentation weiter in der Weise, daß eine solche Theilnahme nur bei Festhaltung der alten Gliederungen möglich sei, daß also mit deren Sprengung nothwendig das Repräsentationsprincip eintreten und das deutsche

Staatsrecht in seinen Grundlagen erschüttert werden müsse. Solche Sprengung fürchtet aber der Doctor von Preußens Einflüsse im Zollvereine, und dadurch wäre also die letzte Uebergangsbrücke zu seinem Hauptthema hergestellt.

Der gute Prediger ist durch das unbedingte Vertrauen auf seine Unfehlbarkeit so irregeleitet, daß er nicht einmal den unglaublichen logischen Fehler wahrnimmt, welchen er an die Spitze seiner Untersuchung stellt. »Theilnahme an der Regierung« und »Vertretung des Volkes« — sind denn das Gegensätze, welche sich einander ausschließen? Ist Theilnahme an der Regierung nach den Regeln des gesunden Denkens nicht ebenfalls möglich bei Volksvertretern, und kann man sich auf der andern Seite Gliederungen und Stände ganz im Sinne des Doctors nicht ganz gut ohne solche Theilnahme denken? Der politische Aberglaube, welcher einen im Wesen beruhenden Unterschied zwischen ständischen und repräsentativen Verfassungen annahm, wird schwerlich noch einen denkenden Publicisten ernsthaft beschäftigen, und der Doctor selbst bezeichnet (S. 434) den darüber geführten Streit als eine traurige Folge der deutschen »Fertigkeit, Gegensatz und Widerstellung zu erfassen und als Banzapfel in Wissenschaft und Leben zu werfen«, — obgleich er selbst, beiläufig gesagt, es in dieser Fertigkeit bis zur Meisterschaft gebracht zu haben scheint. Und doch verfällt auch er ganz unwillkürlich in jenen Streit zurück, indem er (S. 438) behauptet, die deutschen Landstände sowohl, als das englische Parlament und die französischen Kammern beruheten nicht auf dem Repräsentationsgrundsatz, sondern auf dem der Theilnahme an der Regierung und dann — freilich etwas leichtfertig — zu dem weitem Satze überspringt, daß solche Theilnahme nur wirklichen im Staate vorhandenen Persönlichkeiten, möchten dieß nun Individuen oder Corporationen sein, bewilligt werden dürfte. Man wird mir vielleicht vorwerfen, daß diese Darstellung der Ansicht des Doctors unklar sei, und ich gestehe, daß ich sie selbst dafür halte; allein es ist nicht meine Schuld, sondern nur Folge des Mangels an Zusammenhang. Zweifeln kann man aber dar-

über nicht, daß der Doctor eine Theilnahme des Volks an der Regierung nur bei Corporationen und Persönlichkeiten für ausführbar, mindestens für zweckmäßig hält, wenn man ihn (S. 439) mit unverhehlter Mißbilligung sagen hört: »Erst unser Zeitalter hat in den Ländern, wo weder Personen mit hergebrachtem politischen Gewichte außerhalb des Monarchen existiren, noch Municipalitäten mit erworbener und erkannter Selbstständigkeit vorhanden sind; Bezirke und Districte, die an und für sich keine rechtliche Persönlichkeit bilden und kein politisches Ganzes machen, als Wahlschaften aufgestellt und somit eine nackte Bevölkerungszahl gewissermaßen zu mittelbarer Theilnahme an der Regierung berufen, wogegen die Staaten mit gegliederter Ordnung wohl im Ganzen (also doch auch keineswegs ohne Ausnahme) auch den Grundsatz in unsern Tagen festhalten, nur wirklichen Persönlichkeiten jene Mitwirkung zu verleihen.«

Gehen wir nun auf das frühere Bedenken des Doctors zurück, daß Preußen durch den Zollverein auf Zerstörung der Volksgliederungen hinwirke, so sehen wir wiederum die Gefahr ganz in der Nähe. Der Doctor weiß dieselbe noch durch eine andere Andeutung zu steigern. »Denn,« sagt er S. 443, »alle ständischen Zustände weisen hin zur Einheit mit dem Gouvernement, und aller Streit, welcher in den neuern Staaten mit Volksvertretung Statt gefunden hat, ist nur die Folge der falschen Vorstellung gewesen, daß man die Landstände als eine dem Fürsten gegenüberstehende Corporation, als Vertreter des Volkes gegen den Fürsten betrachtet hat.« Bei jener vielgerühmten Einheit muß man freilich nicht an die alten Stände denken, welche ihr eigenes Heerwesen hatten und dasselbe keineswegs immer nur zum Besten des Fürsten verwandten, welche sich das Recht vorbehielten, bestimmte Festungen zu besetzen und den Fürsten davon auszuschließen, welche unter Umständen den Fürsten im Kriege verließen oder gar mit Fehde überzogen, absetzten u. s. w. Und so wie der Doctor hier von Bürgschaften des Friedens, der Einheit und der Liebe in Verhältnissen predigt, wo doch wahrlich sehr oft nichts

weniger als Friede, Einheit und Liebe geherrscht haben, eben so rabulistisch schiebt er bei der Erwähnung des Repräsentativsystems dem Begriffe des »Gegenüberstehens« einen feindseligen Sinn unter, welcher damit keineswegs nothwendig verbunden ist. Allerdings stehen die Stände im verfassungsmäßigen Staate der Regierung gegenüber, aber keineswegs in dem Sinne, daß der Eine Nein sagen müßte, wenn der Andere Ja sagt, sondern so, wie überhaupt zwei Persönlichkeiten sich ganz friedlich einander gegenüberstehen, welche sich über einen gemeinschaftlichen Zweck verständigen wollen, dazu aber mit verhältnißmäßiger Unabhängigkeit des Willens zusammentreten.—

Ich habe jetzt dem staatsrechtlichen Systeme des Doctors gewiß Aufmerksamkeit genug erwiesen, indem ich dasselbe einer so umständlichen Prüfung unterwarf; ja ich habe mich dabei vielleicht schon zu lange für die Geduld der Leser aufgehalten, allein deswegen werde ich mich jetzt auch kürzer fassen können. Wir erinnern uns noch der Besorgnisse, welche ängstliche Politiker zu der Zeit, als die ersten kleinern deutschen Staaten sich dem preussischen Zollsysteme angeschlossen, wegen deren Verfassungswesens hegten. Der Text, über welchen der Doctor predigt, ist also nicht neu, sondern nur von einer eigenthümlichen Seite behandelt; seitdem hat die Erfahrung indeß darüber entschieden und die Grundlosigkeit jener Besorgnisse gezeigt. Auch die Warnung vor der Beseitigung aller Volksgliederungen und der damit zusammenhängenden Aenderungen in dem Wesen und der Wirksamkeit des ständischen Instituts macht uns nicht irre. Wir wissen recht gut, daß es eine baare Unwahrheit ist, wenn der Doctor meint, eine Aufhebung aller Gruppierungen in den Bestandtheilen des Staates liege nothwendig in dem Entwicklungsgange Preußens, und noch mehr, wenn er (S. 414) meint, »der Zollverein enthalte eine Verschmelzung der Länder in preussisches Volkssein,« so wie ferner, daß der Zollverein »das Bestehende zernage« und »die Auflösung des innern Volkslebens« herbeiführe. Wenn die alten Formen der geselligen und politischen Verhältnisse zum Theil neuen Erscheinungen weichen, und wenn eben die freie,

im Zollvereine herrschende Ansicht dazu beitragen sollte, so sind wir weit entfernt, dieß für ein Unglück zu halten. Im Gegentheil haben wir die feste Ueberzeugung, daß grade der Zollverein das Mittel ist, um dem Volksleben einen neuen Schwung zu geben und ihm die Entfaltung seiner Kräfte möglich zu machen. Die Furcht ist eine Eigenschaft der Schwäche, und es zeugt gewiß von der stärkenden Kraft und der geistigen Ueberlegenheit des Zollvereins, daß Besorgnisse, wie wir sie in den Dachpredigten hören, nicht in seiner Mitte, sondern nur in einem Gebiete ausgesprochen werden, in welchem die Zuversicht und das Gefühl der Sicherheit, die er gewährt, noch nicht über die Zaghaftigkeit einer kleinlichen Anschauungsweise erheben konnten. Hätte es auch wirklich jemals im Plane irgend eines preussischen Staatsmannes gelegen, durch den Zollverein ganz Deutschland auf preussischen Fuß zu bringen, so wäre dieß der größte Rechnungsfehler gewesen, den er machen konnte. Ich bin wenigstens der Meinung, daß seit der Bildung und Erweiterung des Zollvereins und zwar wesentlich durch dieselbe grade in Preußen viel größere Veränderungen vorgegangen sind, als in irgend einem andern Vereinsstaate. Namentlich hat dort die ständische Verfassung eine viel tiefere und breitere Grundlage in der allgemeinen Auffassungsweise erhalten, welche, wenn auch durch das Wort des jetzigen Königs wesentlich zur Erscheinung gebracht, doch an sich unbestreitbar schon früher in den geistigen Stoffen des Volkslebens vorhanden gewesen und nur durch neuere Vorgänge erst sichtbar geworden ist. Preußen selbst aber befindet sich noch lange nicht am Ziele der Laufbahn, welche seine innere Entwicklung eingeschlagen hat, diese Entwicklung tritt täglich bestimmter in das Bewußtsein, und schwerlich möchte jezt wohl ein einziger aufgeklärter Preuße leben, welcher den thörichten Glauben hegte, daß Preußen in seiner jetzigen Richtung dem Despotismus entgegenreise. Noch bestehen freilich manche politische Gegensätze zwischen Preußen und den andern verbündeten Staaten, aber eben der Zollverein wird sie ausgleichen, wie er sie zum großen Theile schon jezt ausgeglichen hat, und wie

wir nicht das mindeste Bedenken tragen, die Vorzüge, welche wir in Preußens Einrichtungen finden, bereitwillig anzuerkennen und uns selbst anzueignen, so wird auch Preußen das Bessere nicht verschmähen, was es im freiem Verkehr mit seinen verbündeten Staaten kennen lernt. Das ist überhaupt vielleicht die kostbarste und edelste Frucht des Zollvereins, daß er den Argwohn und die Eifersucht tödtet, an welchen Deutschland ein Jahrtausend hindurch gelitten hat, und daß er an deren Stelle festes, klares und selbstbewußtes Vertrauen setzt, Vertrauen auf sich selbst wie auf Andere, größere Durchsichtigkeit aller vaterländischen Verhältnisse und sicheres Erkennen ihres wahren Schwerpunktes. Sind wir dann erst ein Volk geworden, nicht bloß dem Namen, sondern auch der Sache nach, so werden wir die Gliederungen, welche unser sociales und politisches Leben fordert, schon von selbst finden und wenig darauf achten, ob man an der einen Stelle in dieser Hinsicht etwas zu weit rechts oder an der andern zu weit links gegangen ist. —

Auf dem bisherigen Wege sind wir schon tief genug in die Ansicht des Dachpredigers eingedrungen, um überhaupt beurtheilen zu können, was von seinen indirekten Befürchtungen für das landständische Verfassungswesen zu halten sei; noch zwei dahin gehörende Punkte werden nur einer vorübergehenden Erwähnung bedürfen. Der Doctor spricht (S. 426 u. f.) den deutschen Ständen einstweilen noch jede innere Bürgschaft des Bestehens ab und fordert deshalb äußere Stützen, zu denen er, außer seiner alten Volksgliederung, theils den deutschen Bund und theils das Interesse der einzelnen Landesfürsten selbst zählt. Wenn man nun dem Doctor zugeben müßte, daß sowohl der deutsche Bund als auch die Selbstständigkeit der einzelnen Staaten durch den Zollverein gefährdet seien, so würde es alsdann auf eine Prüfung jener äußern Stützen ankommen. Allein es bedarf derselben nicht, da, wie wir oben gesehen haben, eine solche Gefahr gar nicht vorhanden ist. Deutschland in seinem selbstbewußten, durchaus volksthümlichen Vereinigungsstreben wird auf

dem jetzigen Wege niemals zu einem politischen Nihilismus, zur Zerstörung seiner eigenen Volksrechte gelangen, nie mit offenen Augen sich selbst den Despotismus ausbürden. Und grade hier ist der Punkt, wo ich vielleicht am weitesten vom Doctor entfernt bin. Er legt (S. 429) auf die in einem Volke vorhandene politische Bildung nur wenig, ich dagegen lege allen Werth allein darauf, er fordert deshalb für die Erhaltung des Rechtszustandes äußere Thatfachen, und ich dagegen bin der Meinung, daß auch diese äußern Thatfachen ohne die Kraft einer sie tragenden Idee nur Zufälligkeiten sind, auf welche Niemand rechnen darf, weil man sonst immer wieder eine zweite äußere Thatfache zur Stütze für die erste, eine dritte für die zweite und so in die Unendlichkeit weiter fordern müßte. Wer überhaupt von einer Rechtsordnung sprechen will ohne die Voraussetzung einer den Geist beherrschenden und zwingenden Rechtsidee, der muß den Zustand unter den Kannibalen eben sowohl für einen durchaus befriedigenden und der Erhaltung würdigen erklären, wie die Verhältnisse in den gebildetesten Staaten. —

Wir wollen nun zu Demjenigen übergehen, was der Doctor als directe Gefahr für die ständische Wirksamkeit vom Zollvereine fürchtet und wovon er im letzten Abschnitte der vierten Predigt (S. 447 u. f.) handelt. Die Grundlage der ständischen Bedeutung setzt er mit Recht in die Befugniß zur Bewilligung der Geldmittel, weil durch diese die Stände einen nie ganz zu verweigernden Einfluß auf die Leitung aller öffentlichen Angelegenheiten behalten. Wäre es nun richtig, was er ferner behauptet, daß nämlich das Steuerbewilligungsrecht der Stände im Zollvereine den Todesstoß erhalte, so wäre allerdings eine Lebensgefahr unserm deutschen Verfassungswesen schon sehr nahe gerückt.

Allein der Doctor sieht auch hier wieder Alles durch die grüne Brille und geht von ganz falschen Voraussetzungen aus. Er mißbilligt (S. 449) überhaupt das System der indirekten Steuern, »da es Einnahmen gewähre, welche ohne ständische Bewilligung eingehen und fortlaufen,« und schon

dieser erste Satz ist durchaus unrichtig. Ueberall, wo indirekte Steuern bestehen, sind dieselben in verfassungsmäßigen Staaten mit Volksvertretern eben so wie alle übrigen der gewöhnlichen ständischen Bewilligung unterworfen; auch zeigt das Beispiel von Frankreich und England, welche beide ungleich höhere Zölle haben als unser Verein, daß die Gefahr des indirekten Steuersystemes für ständische Rechte doch so gar groß wohl nicht sein kann. Nur versteht sich freilich von selbst, daß, wenn ein gemeinschaftliches Steuersystem zwischen mehreren Staaten vertragsmäßig auf eine Reihe von Jahren festgestellt worden ist, während dieser Zeit die ständische Bewilligung nicht verweigert werden darf. Auch leuchtet es ein, daß da, wo Finanzfragen unmittelbar mit den einmal geordneten Grundlagen des industriellen Lebens eng zusammenhängen, der Freiheit der ständischen Bewilligung durch den Drang der Umstände eine Schranke gezogen ist, welche nicht leicht zu überschreiten schon die Rücksicht auf das eigene Wohl gebietet. Ganz etwas Aehnliches gilt indeß von allen Steuern. Das Finanzwesen jedes Staates beruht wesentlich auf der Steuerverfassung, d. h. denjenigen Grundsätzen, nach welchen die Steuern erhoben werden sollen, und ihr gegenüber hat dann das Bewilligungsrecht die Bedeutung, daß die Anwendung jener Grundsätze für einen bestimmten Zeitraum gestattet wird. Aus diesem Gesichtspunkte betrachtet ist auch ein Zollsystem nur ein Theil der Steuerverfassung jedes Landes, die sich überhaupt nicht so gradehin nach Belieben in jedem Augenblicke ändern läßt.

Von nun an aber ergeht der Doctor sich wiederum in den sonderbarsten Phantasieen. „Im Zollvereine,“ sagt er (S. 449) „besteht ein ausgedehntes und ungeheure Summen abwerfendes indirektes System; die Einnahme geht ohne alle Bewilligung der Stände vor sich“ (obgleich doch bekanntlich die Stände den Anschlußvertrag zu genehmigen haben und dadurch eben die Steuerbewilligung auf eine Reihe von Jahren aussprechen), „sie fließt in die Vereinskasse, welche ihnen keine Rechenschaft ablegt über ihre Eingänge und keine Notiz

ertheilt über Vertheilungsart und was auf den einzelnen Staat gekommen ist, so daß die Stände hierin nicht einmal den Schein von Bewilligungsantheil und Controle besitzen, — und nur am Jahreschlusse vom Fürsten erfahren, welche Dividende er aus der Gesamtcasse bekommen hat.“ Dann aber gelangt der Doctor gar zu Visionen: „gewährt die Union, und nicht die Stände jene Einnahme, so ist vor- auszusehen, die Fürsten dulden nicht ewig die vormundschaftliche Einmischung der Stände bei der Anwendung von Geldern, welche diese ja nicht verwilligt haben, und die Union möchte schwerlich auf die Dauer zugeben, daß ihre Glieder von ständischem Geschrei und Ausstellungen in regierungsmäßiger Verwendung der Dividende beschränkt werden. Ich sehe kommen, daß die Stände von jener Einnahme aus der Vereinscasse auch in Hinsicht auf deren Verwendung verdrängt werden, als von einer ihnen durchaus fremden Einnahme, die gewissermaßen Unionsache sei, wie es jetzt Bundessachen gibt, die frei bleiben von ständischer Einwirkung.“ Das wäre ja ganz entsetzlich! Aber — darf ich den Doctor fragen — erblickt er denn keine solche Gefahren in den kleinern Handelsvereinen, die er doch selbst entschieden billigt, erblickte er sie namentlich nicht auch in dem von Hannover begründeten Steuervereine? Oder worin läge die Eigenthümlichkeit des Zollvereins, die grade seinen zerstörenden Einfluß auf die finanziellen Rechte deutscher Stände im Unterschiebe von andern Zollverbindungen als etwas Nothwendiges erscheinen ließe?

Die Wahrheit ist, daß der Doctor, wie von dem eigentlichen Wesen der ständischen Verfassung, so auch von dem Organismus und dem formellen Gange ständischer Thätigkeit gar keinen Begriff hat. Freilich wird den deutschen Ständeversammlungen der zollverbündeten Staaten von der Vereinscasse keine Rechnung über die Einnahme abgelegt und keine Notiz über deren Vertheilung gegeben, aber es wäre auch die monströseste Einrichtung von der Welt, wenn sie mit einer außerhalb des Staates stehenden Behörde in

Verbindung treten könnten. Die Stände verhandeln nicht allein nach dem positiven, sondern auch nach dem strengsten theoretischen Rechte nur mit ihrer Regierung *), und von dieser erhalten sie die Nachweisungen über Dasjenige, was der Landescaffe als Antheil von der gemeinschaftlichen Einnahme zugefallen ist. Halten sie diese Nachweisungen für ungenügend, so können sie Erläuterungen und eben so wie in jeder andern Rechnungssache Mittheilung der Belege von der Regierung fordern; wer aber die Schwierigkeiten und Mühseligkeiten einer Revision von Staatsrechnungen überhaupt kennt, wird es eben so begreiflich als vernünftig finden, wenn sie regelmäßig und namentlich einer des Vertrauens würdigen Regierung gegenüber deren Angaben als richtig annehmen und die Prüfung derselben im Einzelnen sich nur für besondere Fälle vorbehalten. Daß bei der Vertheilung der Einnahme keine Vertragswidrigkeit unterlaufe, daß dabei kein Vereinsstaat zu kurz komme, dafür werden die einzelnen Regierungen schon selbst sorgen, denn es hat wahrlich keine von ihnen ein Interesse, auf Kosten ihrer eigenen Bedürfnisse der andern einen vertragswidrigen Vorzug einzuräumen, und wie schwer es ist — selbst den schlimmsten, kaum denkbaren Fall vorausgesetzt — Geheimnisse unter einer Zahl von etwa dreißig Staaten zu bewahren, davon hat die neuere Zeit selbst in Fällen, wo es sich nicht einmal um Geldfragen handelte, mehr als ein Beispiel geliefert.

Bissher ist es auch noch keiner deutschen Regierung eingefallen, nur als Andeutung auszusprechen, daß die Einnahme aus der Zollvereinscaffe anderer Natur sei als jede andere Steuereinnahme, und daß deren Verwendung in geringerem Maße des ständischen Einverständnisses bedürfe; ja es ist überhaupt nicht einzusehen, wie jemals eine solche Behauptung auch nur mit dem Anscheine von Recht geltend gemacht und

*) Natürlich die hier nicht in Betracht kommenden Fälle ausgenommen, wo wegen erlittener Rechtsverletzungen Schutz gesucht werden soll.

wie sie ohne völlige Zernichtung des ganzen deutschen Verfassungswesens durchgeführt werden könnte. Das wäre denn doch aber wahrlich nicht anders möglich, als wenn man erstens bei den Regierungen den bösesten Willen und daneben zweitens bei den deutschen Ständeversammlungen eine Pflichtvergessenheit und eine Charakterlosigkeit voraussetzte, welche sie namentlich seit dem Entstehen des Zollvereins nirgend gezeigt haben und welche weit weniger da zu erwarten sind, wo bei dem Bewußtsein der Einheit auch das freie Selbstgefühl wächst, als da, wo man in argwöhnischer Kleinigkeitskrämerei nicht über die eigene Nasenspitze hinauszusehen wagt und ängstlich nur darauf Bedacht nimmt, daß nichts „Fremdes“ in das Land hereindringe. Der Zollverein beruht mehr wie jemals irgend eine andere Schöpfung des deutschen Nationallebens auf der selbstbewußten Zustimmung des deutschen Volkes, aus ihr allein nimmt er die Kraft der Fortdauer, und nur der beschränkteste Kleinmuth kann es für möglich halten, daß eine solche wahrhaft nationale Entwicklung einst zur Zerstörung der Volksrechte führen, daß der erwachte lebendige Volksgeist sich selbst mit offenen Augen wieder erdrücken werde. Nicht Despotie, sondern Freiheit ist die Seele des Zollvereins, und zwar eine unmittelbar aus den Bewegungen des Nationallebens hervorgegangene und tief in dessen Bedürfnisse verslochtene Freiheit; aber eine auf dem praktischen Wege gefundene und klar verstandene Freiheit kann auch in andern Richtungen nicht zu ihrem Gegentheile führen.

Daß zwischen dem ständischen Verfassungswesen und den Bedürfnissen des Zollvereins in diesem Augenblicke noch unausgeglichene Mißverhältnisse vorhanden sind, soll nicht geläugnet werden, obgleich sie nicht da liegen, wo der Doctor sie sucht. Sie bestehen auf der einen Seite und zwar für die deutschen Stände darin, daß, bevor ihnen eine Einmischung gestattet ist, die Verhandlungen über höchst wichtige Landesangelegenheiten in der Regel auf einen Punkt gebracht werden, auf welchem jede weitere Abänderung unthunlich,

die Ablehnung aber verderblich sein würde, wo also die ständische Zustimmung sehr häufig nur die Unterordnung unter eine relative Nothwendigkeit ist. Auf der andern Seite und zwar für den Zollverein selbst folgt aus der jetzigen Lage der Verhältnisse der bedeutende Nachtheil, daß bei der Umständlichkeit der regelmäÙig wiederkehrenden Unterhandlungen mit vielen ständischen Corporationen jeder Fortschritt im Geiste der Gemeinschaftlichkeit noch sehr erschwert wird, daß es noch zu wenig gelingt, die allgemeine Auffassungsweise auf einen höhern vaterländischen Standpunkt zu erheben, und daß aus diesem Grunde in dem geschäftsmäÙigen Leben des Zollvereins noch immer zu viel Particularismus nistet. Gerade aus diesem Standpunkte rechtfertigt sich das Verlangen nach einem vollkommnern, dem verfassungsmäÙigen Principe entsprechenden Organismus des Zollvereins, zu welchem die regelmäÙigen Versammlungen der ZollcongreÙe einen nahe liegenden Anknüpfungspunkt darzubieten scheinen *). Allein wenn solche MiÙverhältnisse auch noch als Mängel anerkannt werden müssen, so kann doch nur böser Wille oder die unmännlichste Verzagtheit deßhalb vom Eintritte in den Zollverein abrathen oder verlangen, daß vorher jeder Wunsch auf das Vollständigste befriedigt werde. Wer Vertrauen auf die Macht der Idee und die Gewalt der Ueberzeugung hat, der wird auch ohne Besorgniß in ein noch im Entstehen begriffenes großartiges Verhältniß eintreten, wenngleich dasselbe noch an einigen Unvollkommenheiten leidet, und wem es wahrhaft und ehrlich um die gute Sache zu thun ist, der wird nicht mäÙelnd und verdächtigend vor der Thür bleiben, sondern frisch und überzeugungstreu in das große Haus treten, dessen Eingang allen deutschen Brüdern offensteht, und mit dem Bewußtsein des Muthes, welchen allen edlern Geistern der Dienst einer großen Sache verleiht, durch Schrift und

*) Wegen des Weitern in dieser Frage verweise ich auch hier auf meinen schon oben angeführten Aufsatz über die deutschen ZollcongreÙe im ersten Bande von Weill's constit. Jahrbüchern.

Wort, durch Lehre und That zur Aufklärung, zur Verständigung, zur Einsicht in die Bedürfnisse, zur Anerkennung der höhern Gesichtspunkte, zur Verwirklichung der in der Richtung des Volkslebens liegenden Ideen nach Kräften beitragen. Ist wirklich im Zollvereine ein kräftiges, organisches Leben — und wir glauben zuversichtlich, daß dem so sei — so wird es sich auch die nothwendigen Formen seiner äußern Erscheinung verschaffen, aber dafür kann man nur wirken, wenn man selbst diesem Leben sich zugesellt, sich selbst von seinem Hauche durchdringen läßt, an seinen Leiden, wie an seinen Freuden Theil nimmt und in dem eigenen innersten Herzeblute die Kraft und die Begeisterung sucht, um aus dem Mittelpunkte jenes warmen Lebens heraus an dem Werke der Zukunft zu arbeiten.

Man soll mich nicht der Schwärmerei bezüchtigen, ich will auf Thatfachen hinweisen. Die Zeit vor etwa zehn Jahren war die der Trostlosigkeit der Freiheitsfreunde, oder wie man sie zu nennen gewohnt ist, die Zeit der Reaction. Damals hegten selbst einsichtsvolle Männer die schwerste Besorgniß wegen des Fortbestehens der deutschen Verfassungen, und gewiß war diese Sorge nicht ohne manchen äußern Grund. Aber seit der nämlichen Zeit machte der Zollverein in seiner äußern und innern Ausbildung die bedeutendsten Fortschritte, und kaum hatten diese Ereignisse einige Jahre lang ihre Wirksamkeit geäußert, als ein höchst bemerkbarer und günstiger Umschwung in der Stimmung des deutschen Volkes eintrat. Daß diese Stimmung auf eine erfreuliche Weise sich an den Tag legte, dazu haben allerdings Nebenumstände mit beigetragen, allein unverkennbar trat vor allen Dingen das erhöhte Selbstgefühl hervor, welches im Schooße des Zollvereins sich entwickelt hatte, in ihm und durch ihn hatten die Ideen vernünftiger Freiheit ihre esoterische Natur verloren und waren praktisch-populär geworden, hatte die ganze Volksansicht mehr Haltung, Sicherheit und Klarheit erhalten. Und eben seit jener Zeit hat auch in dem deutschen Verfassungsweisen ein neuer Aufschwung sich gezeigt,

der um so kräftiger und nachhaltiger wirken wird, je weniger er die nur äußere Folge rasch vorübergehender Ereignisse gewesen ist, je bestimmter er vielmehr in der sittlichen und intellectuellen Einsicht des Volkes seine Wurzel hat, je deutlicher er als die erste Frucht des Bewußtseins eines deutschen Vaterlandes sich zeigt.

Vaterland! — der Name war lange ein todt's Wort für uns, höchstens die wehmüthige Erinnerung an einzelne glückliche Momente der Vergangenheit, oder eine unklare Traumgestalt aus der Zukunft. In bekümmelter Gedrücktheit sahen wir die großen Nachbarvölker um uns her, welche im stolzen Bewußtsein ihrer geeinigten Kraft geringschätzend auf uns herabblickten, sahen wir unser unermüdeliches und doch müßiges Streben nach Zielen, die keinen Vereinigungspunkt hatten, sahen wir das Auseinanderirren der besten Kräfte, den unausgeglichenen Widerstreit der Interessen, und die edelsten Herzen begannen schon sorgenvoll an das Schicksal von Polen zu denken. Jetzt aber wissen wir, daß wir ein Vaterland haben, ein Vaterland, welches im kräftigsten, gesündesten Verjüngungsproceß sich befindet, welches täglich sich klarer selbst erkennt, an Körper und Geist in der organischen und harmonischen Entwicklung täglich weiter schreitet, täglich mehr alte Mißverhältnisse löst und klarer in seinen Zwecken wird. Wir wissen, daß wir ein Vaterland haben, welches die vernünftige Freiheit will, und wir wissen zugleich, daß das allgemeine Verständniß der Freiheit und die innige Verschmelzung ihres Wesens mit dem ganzen Volkscharakter unendlich wichtiger ist und unendlich höher steht, als die doch nur zufälligen Formen, in denen sich die Reste einer verunstalteten und völlig entarteten Freiheit zum Theil noch erhalten haben. Wir sind weit entfernt, unser Ziel schon für erreicht, unsere Aufgabe schon für gelöst zu halten, aber grade dadurch unterscheiden wir uns von jenen separatistischen Politikern, für welche die Geschichte ihren Lauf vollendet hat, und welche keine höhere Weisheit kennen, als sich selbst vom großen Strome der Begebenheiten fern zu halten. Das viel-

mehr ist eben unsere Stärke, und darin liegt die Bürgschaft für Deutschlands Zukunft, daß wir das Werk der Gegenwart als ein noch unvollendetes erkennen, daß also der jetzige Zustand nicht ein Zustand der Befriedigung, der Ruhe, auf welche fast unausbleiblich der Verfall und der Rückschritt folgt, sondern ein Zustand des Werdens ist und deßhalb mit aller Keimkraft eines gesunden Wachsthums seinen Organismus entwickelt. —

Ich scheide hier vom Dachprediger mit einer allgemeinen Schlußbemerkung. Bei aller äußern Zuversicht, mit welcher er redet, vermißt man in seinen Ausführungen doch das, wodurch allein ein publicistischer Schriftsteller im deutschen Volke und auf dasselbe wirken kann, nämlich die sichere Ruhe einer ehrlichen Ueberzeugung. Er dient nicht der Wahrheit, die Gott ihm in das Herz geschrieben hat, sondern einer Richtung, die hie und da gewünscht wird, er sucht seine Leser durch Sophismen und Einseitigkeiten zu verblenden, und die günstigste Voraussetzung, welche man noch bei ihm annehmen kann, ist die, daß er selbst auf solche Weise zuvor verblendet worden ist. Unmöglich kann man insbesondere glauben, daß er wirklich aus dem tiefen Grunde einer Ueberzeugung spricht, wenn er vor den Gefahren warnt, welche dem ständischen verfassungsmäßigen Leben vom Zollvereine drohen sollen. Wohl aber drängt sich die Vermuthung einer unlautern Nebenabsicht auf. Wenn es gelänge, im Zollvereine selbst Unfrieden anzustiften, Argwohn zu erregen und namentlich die freisinnige Partei in Deutschland, welche von wohlgeordneten verfassungsmäßigen Zuständen das Heil des Vaterlandes erwartet, gegen diese großartige Schöpfung der Zeit aufzuregen, dann wäre allerdings Vieles von Demjenigen gewonnen, was deren erbitterteste Feinde nur wünschen können. Ich will es dahin gestellt sein lassen, ob die Dachpredigten wirklich von einer solchen Absicht geleitet gewesen

sind, zu deren Annahme sie allerdings Stoff genug darbieten; so viel aber ist gewiß, daß die Berechnung eine durchaus falsche gewesen sein würde. Das deutsche Volk ist allmählig aufgeklärt genug, um einzusehen, wo seine Interessen liegen, und unseren Politikern fehlt es nicht an dem praktischen Takte, der sie vor der Verführung durch publicistische Scheinheiligkeit bewahrt und sie begreifen läßt, daß man keinen Fortschritt erreicht, wenn man das Streben danach nicht an eine große in der Zeit lebende Idee knüpft. Nur da, wo das thätige Leben des Volkes seine rüstigen Schwingen entfaltet, setzt die wahre Staatsweisheit ihre Hebelkraft an und sucht die Verbindungen auf, welche die Richtungen seiner Thätigkeit mit den höheren Zwecken des politischen und menschlichen Daseins haben, während die Stümperei ewig auf ihrem subjectiv gewonnenen Standpunkte stehen bleibt und, weil sie ihn für den Mittelpunkt der Welt hält, gegen Alles ankämpft, was von dort aus nicht in der graden Linie zu stehen scheint, eben deshalb aber auch nur nach Zerstörung trachtet. Wer nicht an Gedanken glaubt, die in der Geschichte herrschen, und wer nicht die bestimmenden Gedanken in der Gegenwart aufzufinden und zur Grundlage seiner öffentlichen Thätigkeit zu machen weiß, der gebe nur die Hoffnung und das Bestreben auf, in den Gang der Begebenheiten einzugreifen. Wir wissen, daß die Vereinigung Deutschlands in den Verkehrsinteressen ein inneres organisches Leben hat; wir sind überzeugt, daß ihr Schicksal mit dem Schicksale des Vaterlandes zusammenhängt, und wir halten fest an dem Glauben, daß nur die Einheit und Kraft, welche wir durch sie erlangt haben und weiter entwickeln können, uns auch diejenige innere Selbstständigkeit geben wird, welche der Ehre und Würde eines großen gebildeten Volkes entspricht. Und dieses Bewußtsein ist die Sonne des neuen Ostermorgens, der über dem Vaterlande anbricht.

Im Verlage von Friedr. Vieweg und Sohn in Braunschweig
ist erschienen:

Die Aufgabe des Advocatenstandes
in constitutionellen Staaten. Von K. Steinacker. gr. 8^o. fein
Velinpap. geh. Preis: 20 Ggr.

Ueber
das Verhältniß Preußens zu Deutschland,
mit Rücksicht auf die Schrift des Herrn von Bülow-Cummerow:
Preußen, seine Verfassung u. s. w., von K. Steinacker. gr. 8^o.
fein Velinpap. geh. Preis: 1½ Thlr.

Hannover und der Zollverein.
Von einem Preußen. Erstes Heft. gr. 8^o. fein Velinpap. geh.
Preis: 2 Ggr.

Die deutschen Nordseestaaten
und deren Politik. Von Dr. v. d. Horst. gr. 8^o. fein Velinpap.
geh. Preis: 8 Ggr.

Der Anschluß Braunschweigs an den Zollverein,
dessen Gründe und nächste Folgen, nebst einigen anderen durch
die Hannoversche Staatschrift hervorgerufenen Betrachtungen.
Eine Staatschrift. gr. 8^o. fein Velinpap. geh. Preis: 8 Ggr.



KODAK GRAY SCALE



C	Red-Filter Negative	Cyan Printer	M	Green-Filter Negative	Magenta Printer	Y	Blue-Filter Negative	Yellow Printer
----------	---------------------	--------------	----------	-----------------------	-----------------	----------	----------------------	----------------



KODAK COLOR CONTROL PATCHES



These colors have been selected as representative of those inks commonly used in photomechanical reproduction.